

Jemal Nebez

Die nationale Frage der Kurden

**Autonomie? Oder ein unabhängiger Staat Kurdistan?
Oder Selbstbestimmung in Freiheit für die Freiheit?**

*Vom Kurdischen ins Deutsche übersetzt von
Bruska Ibrahim*

**Seminarvortrag, gehalten am Samstag, 11. Mai 1985 in Stockholm für die in Schweden im
Exil lebenden Kurden**

**ergänzt und Geleitwort dafür geschrieben von
Jemal Nebez**

Text erfasst, verarbeitet und Online herausgegeben von
[Kurdun](#)
2006

Zitatübernahme nur gestattet, wenn alle auf dieser Titelseite gegebenen Hinweise und
anderen relevanten Daten vollständig mitgeliefert werden

Jemal Nebez

Die nationale Frage der Kurden

**Autonomie? Oder ein unabhängiger Staat Kurdistan?
Oder Selbstbestimmung in Freiheit für die Freiheit?**

*Vom Kurdischen ins Deutsche übersetzt von
Bruska Ibrahim*

*Seminarvortrag, gehalten am Samstag, 11. Mai 1985 in Stockholm für die in
Schweden im Exil lebenden Kurden*

Publikation der kurdischen Akademie für Wissenschaft und Kunst
Stockholm 2599 / 1987
Schwerpunkt: vi/ Klasse I
Nebez: Die nationale Frage der Kurden
Deutsche Übersetzung: Bruska Ibrahim

Alle Rechte innerhalb und außerhalb von Schweden sind ausdrücklich und nachdrücklich vorbehalten.

Zitatübernahme nur gestattet, wenn alle auf der Titelseite gegebenen Hinweise vollständig mitgeliefert werden (Verfasser, Titel des Buches, Übersetzer, publizierende Organisation und Verlag, Erscheinungsort, Erscheinungsjahr).

Publikation der Kurdischen Akademie für
Wissenschaft und Kunst
Stockholm (Schweden), 2599 / 1987

Stockholm, Azad - Verlag 1985, Stockholm



(Umschlag der ersten Ausgabe)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Geleitwort des Autors zur neuen deutschen Auflage auf der Webseite von Kurdbun.....	4
Vorwort des Übersetzers.....	15
Eröffnungswort von SOKSE.....	16
I. Begrüßung der Seminarteilnehmer.....	17
II. Einführung in das Thema.....	17
III. Geschichtlicher Überblick: Kurdistan und die Kurden und der Unabhängigkeitsgedanke.....	18
IV. Die Kurden und der Autonomiegedanke.....	20
V. Die „Argumente“ der Gegner der kurdischen Unabhängigkeit... 1. "Da die Kurden bisher keinen Staat hatten, sollen sie auch jetzt keinen haben.".....	29
2. "Eine Unabhängigkeit Kurdistans würde die Schwächung des türkischen, persischen, arabischen und kurdischen Proletariats bedeuten.".....	32
3. "Jeder Staat ist sakrosankt und darf nicht geteilt werden.".....	35
4. "Die Kurden sind keine 'Nation' und haben daher kein Recht auf einen unabhängigen Staat.".....	36
5. „Die Errichtung eines Kurdenstaates bringt Unstabilität für die Region des Vorderen und Mittleren Orients“.....	39
6. „Die Kurden sind Muslime bzw. Glaubensbrüder der Türken, der Perser und der Araber, die auch Muslime sind. Daher ist es nicht notwendig, daß die Kurden ihren eigenen Staat errichten.“.....	41
7. „Der Nationalstaat ist ein veraltetes, nicht mehr zeitgemäßes Modell. Die Entwicklung der zivilisierten Welt geht in Richtung des Zusammenschlusses und der Bildung größerer staatlicher Einheiten, wie z. B. die Europäische Union. Das Streben der Kurden nach einem eigenen Nationalstaat ist nicht modern und hat keine Berechtigung mehr.“.....	45
8. „Der kurdische Staat ist eine Utopie und kann nie verwirklicht werden“ ..	47
VI. Die Kurden und der Vorwurf des "Separatismus".....	47
VII. Die Entwicklung der "Autonomie" im irakischen Teil Kurdistans.....	48
VIII. Kritik der kurdischen Autonomie.....	54
IX. Die Bedeutung der "Staatenlosigkeit" für das kurdische Volk...	59
X. Selbstbestimmung in Freiheit für die Freiheit.....	60

**Ein Geleitwort zum Seminar „Die nationale Frage der Kurden“
anlässlich dieser neuen Auflage auf der Webseite von „Kurdun“ im Jahre 2006**

Mit dem Erscheinen dieser neuen deutschen Auflage auf der Webseite „Kurdun“ sind nun über 20 Jahre vergangen, seitdem ich am 11.05.1985 diesen Vortrag in kurdischer Sprache in Stockholm vor hunderten Kurden gehalten habe, die für die Teilnahme an dem Seminar aus verschiedenen skandinavischen und anderen europäischen Ländern nach Stockholm gekommen waren. Anhand einer Videoaufnahme der Gesamtveranstaltung wurde dann der Text des Vortrags geschrieben und noch im selben Jahr (1985) in Stockholm verlegt. 1987 wurde die deutsche Übersetzung und 1988 die schwedische Übersetzung als Publikation der Mitte 1985 in Schweden gegründeten Kurdischen Akademie für Wissenschaft und Kunst herausgegeben. Das Interesse für die Lage der Kurden und ihr Heimatland ist in den letzten Jahren entsprechend der politischen, wirtschaftlichen und strategisch bedeutenden Ereignisse in den Staaten, die Kurdistan unter sich aufteilen und beherrschen, ziemlich groß geworden, aber auch die tiefgreifende politische Entwicklung im Mittleren und Vorderen Orient und in der ganzen Welt hat die kurdische Frage sichtlich beeinflusst und ihr neue Tragweite und Dimensionen gegeben. Der Völkermord an den Kurden im Irak in den 80er Jahren, der unter dem Koranvers „Anfal“ (mit der Bedeutung „Beute“, im übertragenen Sinne „vogelfrei“) von dem arabischen Baath-Regime unter Saddam Hussein verübt wurde, wobei ca. 200 000 Kurden getötet und in Massengräbern verscharrt wurden, erreichte seinen Höhepunkt, als der arabische Staat Irak Giftgas gegen die Zivilbevölkerung der Kurdenstadt Halabja anwandte, wobei 5 000 Kurden sofort getötet und weitere 10 000 als Folge davon entweder später qualvoll starben oder bis heute auf verschiedenste Weisen daran leiden. Immer noch ist Halabja eine Geisterstadt. Der Überfall des Iraks am 2. August 1990 auf Kuwait, Helfershelfer des Iraks im 8-jährigen Irak-Iran-Krieg (1980-1988) und arabisches „Brudervolk“, und die anschließende blamable Niederlage der irakischen Armee vor den Alliierten unter Führung der USA, schufen die Gelegenheit für eine kurdische Volkserhebung im Frühling 1991, die zur Befreiung mehrerer Kurden-Provinzen in Südkurdistan führte, u. a. auch der Erdölstadt Kirkuk. Saddam Hussein ging trotz der Niederlage seines Heeres im Kuwait-Krieg gegen die aufständischen Kurden vor und verfolgte sie mit Hubschraubern, um sie restlos zu vernichten. Der Friedensvertrag von 1991 zwischen den Alliierten und dem Irak enthielt ein Flugverbot für irakische Flugzeuge, erlaubte aber den Einsatz von Hubschraubern. Die kurdische Bevölkerung geriet angesichts der Hubschrauber und aus Angst vor ihrem Einsatz mit Giftgas in eine nicht zu beschreibende Panik. 1 ½ Millionen

Kurden flohen in die Richtung der Grenzen zum Iran und der Türkei, wo sie vor den verschlossenen Grenzen dieser Staaten schutzlos ausgeliefert waren. Diese katastrophale Lage der Kurden, die wochenlang die Massenmedien beschäftigte, brachte für die Kurden große Sympathie und Mitgefühl in der ganzen Welt. Dies war begleitet von weiteren günstigen Bedingungen für die Kurden zu jener Zeit, u. a. daß François Mitterand, dessen Frau Danielle Mitterand eine gute Freundin des kurdischen Volkes ist, dann Präsident von Frankreich war. Durch sein Engagement und die Unterstützung von John Major (zu dem Zeitpunkt Premierminister von Großbritannien) und das Verständnis Turgut Özal für die Kurden (zu dem Zeitpunkt Premierminister der Türkei), hat der Sicherheitsrat der UNO das irakische Regime scharf verurteilt und entsprechend seiner Resolution Nr. 688 vom 5. April 1991 eine internationale Rechtsgrundlage für eine „humanitäre Intervention“ geschaffen, die unter dem Namen „Operation Provide Comfort“ bekannt wurde. Armeeeinheiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs warfen aus der Luft Lebensmittel für die an der Grenze gebliebenen Flüchtlinge ab, die obdachlos, hungrig, durstig und in auswegloser Lage waren. Tagtäglich starben zahlreiche Kinder, die zu den Strapazen der Flucht, neben Hunger und Durst, insbesondere das Frieren in der nächtlichen Kälte nicht aushalten konnten.

Obwohl die Resolution Nr. 688 des Sicherheitsrats der UNO nur von „humanitären Interessen“ sprach, haben die USA und ihre Alliierten sich darauf berufen und eine „Schutzzone“ in einem Teil des irakischen Kurdistans errichtet, die zu überfliegen den irakischen Flugzeugen untersagt war. Vom 15. Juli 1991 hat die Luftwaffe der Alliierten, vor allem die USA, von der in der Türkei liegenden Militärbasis „Inçirlik“ die Schutzzone ständig überwacht. Diese Situation schuf nicht nur den Boden für humanitäre Organisationen, NGOs, und die Möglichkeit für Journalisten etc. aus zahlreichen Ländern einen Teil Kurdistans frei zu besuchen, sie hat zu einem Novum und Präzedenzfall im Rahmen des existierenden „Völkerrechts“ der Weltgemeinschaft geführt.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ausschließlich das Staatenrecht gegolten, eben auch noch zur Zeit dieses Vortrages in Stockholm. Staatenrecht war „sakrosankt“ und „unantastbar“ und „das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines Staates“ gemäß Art.2 Abs. 7 der UNO-Charta „verboten“. Das ist durch die Maßnahme „Operation Provide Comfort“ geändert worden.

Diese Situation hat folgerichtig die Kurden ermutigt, in der „No Fly Zone“ im Mai 1992 ein Parlament zu wählen, eine Regierung zu bilden, eine eigene Polizei, eigene Ämter, Pressewesen, zahlreiche TV- und Radio-Sender und mehrere Universitäten zu gründen, und mit dem Ausland direkte kommerzielle Kontakte und diplomatische Beziehungen zu suchen. Das Parlament hat dann am 4.10.1992 einstimmig eine Resolution verabschiedet, nach der die Beziehungen

zwischen der Region Kurdistan und der Zentralregierung in Bagdad nunmehr auf der Basis von Föderalismus stünden, während die Kurden vor diesem Zeitpunkt immer nur Autonomie für Kurdistan verlangt hatten. Damit konnten die Kurden in der Schutzzone, in diesem kleinen Teil ihres Heimatlandes, de facto einen Staat bilden.

Zu anderen großen Ereignissen in den Jahren, die auf den Vortrag in Stockholm folgten, gehört auch der Zusammenbruch der UdSSR am Ende der 80er Jahre, der positive und negative Wirkungen hatte. Zu den positiven Folgen gehört vor allem die Auflösung dieser totalitären Weltmacht, die abgesehen vom Völkermord an den Kurden zur Zeit von Stalin und der Auflösung ihrer Autonomen Region „Rotes Kurdistan“, über Jahrzehnte die Kurdistan aufteilenden, künstlich gebastelten Unrechtsstaaten mit Waffen, Diplomatie und Technik unterstützte, obwohl diese Staaten mit allen Mitteln die Kurden zu vernichten versuchten, u.a mit chemischen und biologischen Waffen, die z. T. aus der UdSSR selbst stammten und z. T. aus jenen Staaten, die von diesem System als „kapitalistisch-imperialistische Ausbeuterstaaten“ bezeichnet wurden.

Das Ende der UdSSR brachte es auch mit sich, daß die moskauhörigen kommunistischen Parteien in der ganzen Welt in eine prekäre Situation gerieten, als ob sie von einem Stromschlag getroffen wären. Demzufolge haben sich auch marxistisch nennende und das Sowjetsystem huldigende kurdische Parteien und ihre Vereine ihre Richtung geändert. Die kurdischen Kommunisten, die in der irakischen KP integriert waren, haben sich getrennt und die KP-Kurdistan gegründet, deren Programm eine sozialdemokratische Richtung genommen hat.

Das Ende der UdSSR führte auch zum Zusammenbruch des totalitären Ostblock-Systems und zur Befreiung der Völker Osteuropas. Die zuvor im Kalten Krieg gefangene Welt konnte nun aufatmen.

Trotz all dieser positiven Folgen gab es auch einige negative Folgen für die Kurden. Den Kurden, die in dem Gebiet lebten, das sich zur UdSSR zusammenschloss, wurde zwar Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts eine autonome Region zwischen Armeniern, Aserbeidschanern und Iran unter dem Namen „Rotes Kurdistan“ mit Latschin als Regionshauptstadt zugestanden, doch unter Stalin wurde ihnen ihr autonomer Status wieder aberkannt, ihr Gebiet an Aserbeidschan annektiert und die kurdische Bevölkerung mehrheitlich nach Kasachstan und Sibirien verbannt. Die Perestroika von Gorbatschow sah eine Rücksiedlung nicht vor. Die Platzhalter im ehemals sowjetischen Nordkaukasus ergriffen ohne Verzug die Gelegenheit. Das neue Regime in Armenien hat nach dem armenisch-aserbaidshianischen Krieg über Nagorny-Karabach einen Teil von „Rot-Kurdistan“ besetzt und

an Armenien annektiert und dazu noch zig Tausende auseinander gesiedelter Kurden verbannt. Damit sind die Kurden zu einem obdachlosen Volk der neu gegründeten Kaukasus-Republiken geworden.

Seitdem die UdSSR vom Erdboden verschwunden ist, der Kalte Krieg sich verflüchtigt hat und nur noch die Weltmacht USA übrig geblieben ist, ist es zu einer für die Kurden überaus wichtigen Entwicklung gekommen. Das entstandene Machtvakuum erlaubte die Entlarvung des staatsterroristischen Charakters jener Staaten, die Kurdistan gewaltsam beherrschen, und zwar als Thema der öffentlichen Meinung in Europa und in den USA. Das ist aber nur sehr langsam und schubweise und zustande gekommen, weil die Großmächte und Europa gute wirtschaftliche Beziehungen zu jenen Herrscherstaaten hatten und nicht bereit waren, wegen der staatenlosen Kurden ihr Interesse zu opfern. Aber als die Kurdistan erobernden Staaten anfangen, das Interesse des Westens zu gefährden, hat die Politik sich einigermaßen geändert. Hier sind manche Beispiele:

Als das irakische Regime unter Saddam Hussein 1979 zwei „Diplomaten“, die in Ost-Berlin akkreditiert waren, nach West-Berlin schickte, um eine Konferenz kurdischer Studenten mit ca. 300 Teilnehmern in die Luft zu sprengen und beide Terroristen zusammen mit dem Sprengstoff von der Westberliner Polizei festgenommen werden konnten, wurden beide Terroristen zwei Tage später von der SPD-Regierung in Berlin unbestraft in den Irak zurückgeschickt, und zwar mit dem interessanten „Argument“, daß die irakische Regierung sich bereit erklärt hätte, gegen internationalen Terrorismus miteinzutreten. Zu wissen ist, daß zu jener Zeit der international steckbrieflich gesuchte Terrorist, Abu-Nidal, in einer vom Regime zur Verfügung gestellten Villa in Bagdad beherbergt wurde, und das war paradoxerweise zu einer Zeit, als politisch engagierte Kurden in der BRD wegen vergleichsweise geringfügiger Vergehen als „Gewalttäter“ angeklagt und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Hier zeigt sich der abgrundtiefe Unterschied zwischen einem „Staatsvolk“ und einem „staatenlos Volk“.

Im Jahre 1980, als der Irak den Iran überfallen hat, hat dann die US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan den Namen des Irak von der Liste der terroristischen Staaten gestrichen und an den Irak Waffen geliefert. Frankreich hat darüber hinaus den Irak mit Atom-Technologie ausgestattet und mit Überwachungsflugzeugen des NATO-Standards „Awacs“. Erwähnenswert ist, daß auf der 1989 in Frankreich gehaltenen Konferenz zur Eindämmung der Gefahr der chemischen Waffen, der Irak nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, obwohl das irakische Regime ein Jahr zuvor Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung der Stadt Halabja eingesetzt hatte, wofür im übrigen mehrere deutsche sowie weitere europäische Firmen die

Material-Komponenten geliefert hatten. Die Kurden, die Opfer dieser Waffen, durften sich an der Konferenz nicht beteiligen, während der Irak, der Täter, unbehelligt vertreten sein konnte. Die Kurden blieben ausgeklammert, weil sie „staatenlos“ sind.

Auch die Ermordung von Professor Abdulrahman Kassemou, Generalsekretär der DPK-Iran, und seiner Parteifreunde am 13. Juli 1989 in Wien durch einen Gesandten des iranischen Regimes führte nicht zur Verfolgung des Täters, der kurz nach seiner Festnahme von den österreichischen Behörden freigelassen wurde und unversehrt in den Iran ausreisen konnte. Kassemou hatte sich nach einem Angebot des iranischen Regimes mit dem Vertreter des Regimes in Wien in einer Wohnung wohlwollend getroffen, um eine Friedensvereinbarung zwischen den Kurden und dem iranischen Regime zu verhandeln.

Noch ein Beispiel: Obwohl die beteiligten Terroristen an dem Mord an Dr. Sharafkendi, Generalsekretär der DPK-Iran nach Kassemou, sowie an seinen Parteifreunden im Restaurant Mykonos in Berlin, dank des großen Engagements der Staatsanwaltschaft und des Rechtsverständnisses des Kammergerichts Berlin verurteilt wurden, und mit ihnen das iranische Regime als Auftraggeber des Terrors, liefen die Beziehungen zwischen der BRD und dem iranischen Regime trotzdem normal weiter. Zu wissen ist, daß die ermordeten kurdischen Politiker Staatsgäste der BRD waren. Sie wurden eingeladen, um an der Tagung der „Sozialistischen Internationale“ teilzunehmen.

Auch die 80jährige Vergewaltigung des einfachsten Rechtes von Millionen Kurden in der Türkei u. a. durch das Verbot ihrer Muttersprache, was Kulturmord ist, sowie durch das Verbot sich Kurden zu nennen seitens des türkischen Militarismus zog nur geringfügige und unwesentliche Aufmerksamkeit der Europäer und USA auf sich, weil die Türkei NATO-Partner und Assoziierungsmitglied der EWG und neuerdings Mitgliedskandidat der EU ist. Eine Reihe von Staaten, genauer die USA, Israel, Griechenland, Russland und Kenia, haben gemeinsam bei der Entführung des PKK-Vorsitzenden Apo Öcalan mitgewirkt, ohne ihr Gewissen befragt zu haben, ob das Phänomen Öcalan und der PKK nicht eigentlich eine Folge der abscheulichen Politik des Türkenstaates gegen die Kurden ist!! Wenn manche Staaten aktiv bei seiner Verfolgung zusammengewirkt haben, und kein Staat auf dieser Erde bereit war, Öcalan Asylrecht einzuräumen oder ihm eine Duldung zu gewähren, bleibt immer noch die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, Öcalan in Italien festzunehmen und ihn einem internationalen Gericht vorzuführen. Dort hätte er zumindest die Möglichkeit gehabt, seine Argumente vor neutralen Richtern vorbringen zu können. Man hat ihm diese Chance nicht eingeräumt, damit sich der Gestank der Ungerechtigkeit gegen das kurdische Volk nicht etwa in der Welt verbreitete.

Kommen wir zum Diktaturregime Syriens, das bei seiner Konstituierung nach dem Zweiten Weltkrieg von der französischen Mandatur ein Teil Kurdistans als Geschenk erhalten und den darauf gegründeten künstlichen Staat Syrien zum „arabischen Staat“ erklärt hat und seitdem mit allen Mitteln versucht, die Kurden zu vernichten, zu vertreiben, ihr Land zu arabisieren, ihre Kinder zu Hunderten im Kino zu verbrennen, ihre Elite und Intellektuellen und Freiheitskämpfer zu ermorden, in jüngster Zeit z. B. den großen Gelehrten und Religionsreformer Maaschuq Khaznawie.

In den Jahrzehnten nach der Gründung Syriens ist dem kurdischen Elend in diesem Staat nicht die geringste Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das hat sich erst vor kurzem teilweise geändert, als Syrien der westlichen Welt offen seine Gegnerschaft gezeigt hat, ganz besonders nach der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri, die international bzw. von der UNO geahndet wird. Aber über den Kurden Khaznawie verliert man kein Wort. Liegt das vielleicht daran, daß Khaznawie ein staatenloser Kurde ist? Zu wissen ist, daß Khaznawie im Islam eine ähnliche Rolle hätte spielen können wie Martin Luther im Christentum, wenn er nur unterstützt worden wäre. Bei einer Besuchsreise durch Europa haben viele Politiker, Geistliche und Medienvertreter seine reformatorische Koran-Exegese aufmerksam verfolgt. Als er kurz nach seiner Rückkehr in Syrien entführt wurde, hat man in Europa und in den USA keinen Finger für ihn gerührt. Am Rande einer Veranstaltung in der Berliner und Brandenburgischen Akademie für Wissenschaft über den Islam als Religion, der ich beiwohnte, habe ich mit einem deutschen Politiker zum Thema Khaznawie ein Gespräch geführt und die Schweigsamkeit der europäischen Politiker angesichts der Entführung und Ermordung dieses sowohl friedliebenden als auch bedeutenden Reformators kritisiert. Er sagte, daß es ihm im großen und ganzen leid tue für Khaznawie. Dann hat er gesagt: „Schade, daß Khaznawie ein Kurde war! “

Die Politik der Stabilitätserhaltung, die Europa und die USA, sowie die UdSSR zu ihrer Zeit, im vorigen Jahrhundert streng verfolgten, um ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen zu sichern, erforderte es nach ihrer Einschätzung, diese Terrorsysteme zu unterstützen. Wenn Gewalttaten gegen Kurden bekannt wurden, sogar auf dem Boden dieser Staaten, wurden keine Gegenmaßnahmen ergriffen.

Die allein stehenden Kurden, die durch Erhebungen einschließlich vieler Opfer ihre Freiheit erreichen wollten, waren für diese Mächte ein „Störfaktor“, der gnadenlos bekämpft werden musste. Sie wurden dann als „Rebellen“, „Separatisten“, „Aufrührer“ und durch weitere abwertende Bezeichnungen erniedrigt und gebrandmarkt. Damit wurden das Opfer ganz bewusst ausgegrenzt und die Täter reingewaschen.

Die Kurzsichtigkeit dieser Politik ist erst entlarvt worden, als diese Terrorsysteme ihre terroristischen Taten gegen ihre vormaligen Unterstützer-Staaten richteten. Der erste Schlag kam von dem kurz zuvor noch im französischen Exil wie ein König lebenden und agierenden schiitischen Geistlichen Khomeini, als er US-Diplomaten in ihrem Botschaftsgebäude in Teheran 444 Tage unter erniedrigenden Umständen inhaftieren ließ. Um das Leben ihrer Diplomaten zu schützen, und um seine zweite Präsidentschaft sicherzustellen, hat US-Präsident Jimmy Carter seinem ehemaligen, von ihm hochgeschätzten Freund, dem gestürzten persischen Diktator Schah Mohammed Reza Pahlavi nicht einmal ein Visum erteilen lassen, das ihm die Behandlung seiner schweren Krebskrankheit in den USA ermöglicht hätte. Trotzdem verlor Jimmy Carter die Präsidentschaftswahl, und Ronald Reagan gewann. Der seinerzeitige iranische Präsident Rafsanjani hat triumphierend gesagt: „Wir haben die Nase der USA in den Matsch gesteckt, sie erniedrigt und ihre Wahlen beeinflusst.“ Auch der gute Freund der USA und des Westens, der irakische Terrorist und Staatspräsident Saddam Hussein, dem während seiner Kriegsjahre gegen den Iran (1980-88) und gegen die Kurden intensiv geholfen worden war, da er als ein „Stabilitätsfaktor“ und ein Gegenpol gegen den islamistischen Expansionismus von Khomeini galt, griff am 2. August 1990 das Erdölland Kuwait an, was die Interessen der USA und Europas ziemlich bedrohte. Damit kamen die Terrortaten von Saddam, u. a. der Giftgaseinsatz gegen die Kurden, plötzlich auf die Tagesordnung. Die Einrichtung der „Schutzzone“ für die Kurden im „Norden des Iraks“ war eine Folge dieses Ereignisses, und nicht die Folge des jahrelangen Freiheitskampfes der Kurden oder die Folge der nunmehr einigermaßen erlangten Einschätzung dieses Kampfes als gerechte Sache.

Der ausschlaggebende Faktor für die Revision der Politik der USA, Großbritanniens und einiger andere Mächte war der Terroranschlag vom 11. September 2001 gegen das World Trade Center in New York, der vom Regime der Taliban in Afghanistan in die Wege geleitet worden war. Dazu ist zu sagen, daß das Taliban-Regime seinerzeit von den USA kurzsichtig und unverantwortlich bei der Machtübernahme unterstützt worden war. Die nach „Nine-Eleven“ erfolgte Rückbesinnung der Politik der USA und ihrer Verbündeten ist nach wie vor auf Stabilitätsbewahrung gerichtet, aber diesmal, wie George W. Bush meint, nicht durch Unterstützung der Diktatorsysteme, sondern durch den Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, da Diktatorsysteme erfahrungsgemäß keine nachhaltige Garantie für Stabilität abgeben. Der Sturz des Regimes der Taliban und das Saddams, sowie die Bekämpfung des Regimes der Mullahs in Iran, um ganz besonders den Iran am Besitz von Atom-Waffen zu hindern, sind Folgen dieser neuen Orientierung. Die Verurteilung des niederländischen

Kaufmanns Frans van Anraat, der dem Regime Saddams bei der Produktion chemischen Waffen geholfen hat, zu 15 Jahren Freiheitsstrafe durch das Gericht in Den Haag am 23.12.2005 ist ein Beispiel. Auch die Untersuchung der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri, die dem syrischen Regime angelastet wird, ist ein zudem international geführter Schlag gegen dieses Terrorregime. Diese Herberge der anti-israelischen palästinensischen Milizen zu zerstören, vor allem die vom Iran und Syrien unterstützten Hamas, die in einer freien Wahl in Palästina mit absoluter Mehrheit gewann, ist Ziel der neuen US-Politik und ihrer Verbündeten. Nun kann man einen Blick in diesem Rahmen auf die kurdische Frage werfen und fragen, ob die Kurden in der Lage sind, die USA und ihre Verbündeten zu überzeugen, daß jene Staaten, die Kurdistan aufteilen, heillos anti-demokratische, künstlich zusammengebastelte Unrechtsstaaten sind und nur durch Gewalt und Terror zusammengehalten werden können. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn solche Staaten irgendwann geschwächt sind oder gar Freiheit herrscht, kommt es sofort zu Aufruhr, Rebellion und Gruppen-Terror. Die Situation im heutigen Irak, wo tagtäglich mehrere Personen ermordet und sogar die heiligen Stätten in die Luft gesprengt werden, ist ein lebendiges Beispiel dafür, was die Machthaber und Meinungsführer in den USA sowie in Europa nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, obwohl einige unter ihnen, wie z. B. Henry Kissinger, nicht gegen die Dreiteilung des Iraks sein werden, wenn die Unruhen nicht aufhören. Es geht hier natürlich nicht nur um den Irak, denn zahlreiche Staaten im Mittleren Osten, Vorderen und Fernen Orient und in Afrika sind solche künstliche Staaten, die von europäischen Kolonialisten willkürlich gebastelt wurden. Sie sind alle Herde von Unruhen, solange sie in diesen künstlichen Grenzen bleiben. Sie alle werden eine neue geographische Aufteilung wollen. Man wird nicht umhin kommen, den Willen der Völker durch Referenda zu ermitteln, um eine geeignete Ausgangsvoraussetzung für einen nachhaltigen Frieden zu haben. Dabei darf man nicht erwarten, daß nach dem Sturz oder der Neuordnung eines solchen Staates die demokratische Denkweise und die entsprechenden Spielregeln sofort respektiert und angeeignet sind. Demokratie ist das Resultat eines langen Prozesses, unter Umständen auch eines erzieherischen Prozesses, und keine Aspirin-tablette mit sofortiger Wirkung. Langfristige Aufklärung im gesicherten Umfeld ist für eine Umorientierung notwendig. Freie Wahlen bedeuten nicht unbedingt den Sieg der Demokratie und des Liberalismus, wenn der Wille der Massen plötzlich, durch irgendeinen Einfluss eine andere Richtung nehmen kann.

Zusammengefasst:

Wenn man den Verlauf dieser angesprochenen letzten 20 Jahre durchschaut, findet man in Bezug auf die kurdische Frage sehr negative, aber auch sehr positive Abschnitte. Der Völkermord, die Vertreibung, die Heimatlandzerstörung, Exodus, Armut und Elend gehören zur negativen Sicht der kurdischen Frage. Zur positiven Seite gehören die partielle Behebung der Schweigespirale bezüglich der viel zu lange schon auf die Kurden gezwungenen Unrechtssituation, in der sich Kurdistan und die Kurden nach wie vor befinden. Die Entlarvung der autoritären, militaristischen und religiös-fanatischen bis zu terroristischen Natur jener Staaten, die durch die Europäer in die Welt gebracht wurden und durch das 20. Jahrhundert bis jetzt von den Großmächten zwecks Bewahrung ihrer kurzfristig-kurzfristigen, gierig-materialistischen Interessen die gewaltsam bewahrt wurden, gehört zu der positiven Seite, die von den gutwilligen und freiheitsliebenden Kräften in Europa, USA und sonst wo im Sinne der Menschenrechte aufgegriffen werden muss, damit auf breiter Basis endlich eine Entwicklung zum Besseren in Gang kommen kann.

Erst im letzten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts ist diese Tatsache ans Licht gekommen, eben durch die relativ neuen Konflikte zwischen den ehemaligen Schützern und ihren Schützlingen und weil Einzelne den Mut hatten, sich zu dem ihnen bekannt gewordenen Unrecht zu äußern. Im größeren Umfang hat das mit dem Zweiten Golfkrieg angefangen und erreichte seinen Höhepunkt durch den Sturz des irakischen Regimes von Saddam Hussein am 09. April 2003, wobei die Kurden diesmal als Verbündete der USA sich hervorheben konnten, nachdem die Türkei sich geweigert hatte, ihrem „strategischen Partner“ USA nach 50 Jahren Schulterchluss, die Hand zu reichen.

Es hat eine Menge "Friedenstauben" unter den deutschen "Sozialdemokraten" von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem "Grünen" Vize und Außenminister Joschka Fischer gegeben, sowie im Kreis des Franzosen Jacques Chirac, der im irakischen Jargon "Jacques Irak" genannt wird wegen seiner Freundschaft mit Saddam Hussein, darunter Außenminister de Villepin, der als Premierminister neuerdings für seine Ausfälle gegen George W. Bush sowie für seine "Sorge um die Integrität des Iraks" und für die Gewährung von Asyl für den kürzlich aus Syrien übergelaufenen Abdul Halim Khaddam bekannt ist, der 40 Jahre lang hochrangiger Machthaber in Syrien gewesen ist. Sie alle haben 2002/03 eine Reihe "gegen den Krieg" gebildet und hundert Tausende Leute auf die Straßen Europas laufen und anti-amerikanische Parolen skandieren lassen."

Unter diesen Demonstranten gab es im übrigen einige, die nicht wussten, wo der Irak liegt, wie ich durch persönliche Kontakte festgestellt habe. Diese europäischen Staatsspitzen, im Verbund mit ihren Wählern und Gleichgesinnten auf den europäischen Straßen wollten angeblich den Krieg verhindern bzw. gewollt oder nicht gewollt, das Terrorsystem von Saddam Hussein weiter am Leben erhalten, da sie keine Alternative zum Krieg hatten. Als Saddam Hussein Giftgas gegen die Kurden einsetzte, und das iranische mittelalterliche System kurdische und iranische Oppositionelle auch im Ausland, und nicht zuletzt in Europa selbst ermordete, haben diese „Friedenstauben“ Stillschweigen bewahrt, nicht mit einem einzigen Wort dagegen protestiert. Wissen diese deutschen und französischen „Irak-Krieg-Gegner“, die die USA wegen ihres Angriffs auf Saddam Hussein verteufeln, daß die Freiheit, die sie heute genießen, durch das Opfer von tausenden US-Soldaten im 2. Weltkrieg ermöglicht wurde? Wenn die USA und Großbritannien sich nicht entschlossen hätten, wenn auch verspätet, gegen das Regime Hitlers vorzugehen, wären die Eltern von Chirac, de Villepin, Schröder, Fischer und ihresgleichen nicht in der Lage gewesen, sich von diesem Regime zu befreien, noch könnten deren Kinder sich heute ganz bequem als gut verdienende Regierende behaupten.

Die nationale Frage der Kurden ist ein heißes Thema geworden und sie hat gute Chancen erhalten, im Sinne der Kurden gelöst zu werden, die es nie zuvor gegeben hat, doch muss man fragen, ob die kurdischen Machthaber bzw. beide kurdische Parteien im Irak, DPK und PUK, eine Lage geschaffen haben, diese Chance richtig zu nutzen.

Als die „Schutzzone“ von 1991 bis 2003 existierte, haben beide Herrschaftsparteien DPK und PUK keinen gemeinsamen Plan entwickelt. Sie haben mehr an lokale eng gesteckte Parteiinteressen, als an nationale Interessen gedacht. Um diese engen Interessen zu schützen und alleinige Hegemonie zu erreichen, haben sie sich auch mehrere Jahre bekämpft und die Kurdistan besetzt haltenden Usurpatoren haben diese Zwistigkeiten für ihre Interessen gut ausgenutzt, bis die USA 1998 durch die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright beide Parteiführer, Barzani und Talabani, zur Unterschrift eines Versöhnungsvertrages veranlasst hat, wonach es auch noch jahrelang dauerte, bis der Vertrag halbwegs in die Praxis ging.

Zu wissen ist, daß der Generalsekretär der PUK, Jalal Talabani, heute gewählter irakischer Staatspräsident ist, und der Vorsitzende der DPK, Masud Barzani, der gewählte Präsident der „Region Kurdistans“, der als einflußreicher Politiker im „Oval Office“ des Weißen Hauses neben George W. Bush in kurdischer Tracht gestanden war und in kurdischer Sprache eine Rede hielt und von Bush Lobesworte einstecken konnte.

Was als wichtigster Punkt abschließend hervorzuheben ist, der sich erst nach dem Zeitpunkt des Vortrages in Stockholm eindeutig herauskristallisiert hat, ist die einhellige Aufgabe des Ziels der „Autonomie“, das ein halbes Jahrhundert lang die strategische Forderung aller kurdischen Parteien (ausgenommen der Kurdistan National Congress KNC unter Jawad Mella) dargestellt hat. Zur Zeit der Veranstaltung in Stockholm war „Autonomie“ unter den Kurden mehrheitlich noch ein wünschenswertes Ziel. Heute ist sie das nicht mehr. Die meisten kurdischen Parteien streben jetzt nach „Föderalismus“. Doch sie sollten das kurdische Volk hören, das sich für Föderalismus nicht begeistert.

Ein Referendum in Südkurdistan am 30. Januar 2005 hat nämlich ergeben, daß ca. zwei Millionen Kurden einen unabhängigen kurdischen Staat wollen. Abgesehen davon, sprechen inzwischen namhafte Politiker im Westen von dem Recht des kurdischen Volkes auf Selbständigkeit, vor allem die Herren Kissinger und Galbraith. Die Diskussion über die kurdische Frage ist ganz heiß und wird mit der Zeit noch heißer werden. Zahlreiche bedeutende Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Menschenrechtler sind nun zur Überzeugung gelangt, daß die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates Kurdistan nicht nur die Stabilität nicht zerstört, sondern im Gegenteil zur Stabilität im Vorderen Orient und zum Weltfrieden ein großen Stück beitragen wird.

Die Leser des folgenden Textes werden merken, daß sein Inhalt nach 20 Jahren aktueller denn je ist. Es lohnt sich, daß er dank des uneigennütigen Engagements der Webseite Kurdbun, allen Interessenten hier im Internet zur Verfügung steht.

Berlin, den 22.02.2006

Jemal Nebez

Anmerkung: Ich habe in dieser Auflage noch drei „Argumente“ der Gegner der Entstehung eines Staates Kurdistan hinzugefügt (S. 39 - 47). Damit sind alle mir bekannten Argumente sachlich dargestellt und untersucht. Abgesehen davon habe ich den vom Kurdischen ins Deutsche übersetzten Text, der 1987 in Schweden verlegt wurde, durchgesehen und die Druckfehler beseitigt. Dazu noch habe ich einige Fußnoten hinzugefügt, die ich mit Sternzeichen ** gekennzeichnet habe. J. N.

VORWORT DES ÜBERSETZERS

Die vorliegende Arbeit hat eine große Bedeutung für das Verständnis der kurdischen nationalen Frage, die sich mühsam der auf sie gezwungenen Schweigespirale entzieht und allmählich doch zum Gegenstand der öffentlichen Meinung wird. Das hier erstmals systematisch behandelte Thema erfaßt alle heute denkbaren Gesichtspunkte und stellt sie unter die Lupe einer fachmännisch-kritischen Untersuchung, so daß das Werk dem deutschen Leser sehr wertvolle Hilfe bei der Beschäftigung mit der Kurdenproblematik bietet.

Der Verfasser, dem ich seit einem Vierteljahrhundert durch persönliche Freundschaft und politische Zusammenarbeit verbunden bin, ist selbst Orientalist und Politologe und hat bereits eine ganze Reihe von Schriften zur Sprache und Kultur, zur sozialen und politischen Geschichte der Kurden veröffentlicht. Der hiesige Beitrag wurde als ein öffentlicher Vortrag in Stockholm für die dort lebenden Immigranten gehalten. Zu dieser Veranstaltung hatte die zu jener Zeit existierende studentische Organisation SOKSE eingeladen. Ca. 300 Kurden hatten dem Vortrag und der anschließenden Diskussion beigewohnt.

Bei der Übersetzung der kurdischen Lektüre habe ich mich um eine größtmögliche Nähe zum Original bemüht, mußte aber selbstverständlich auch darauf achten, daß der Text auch den deutschen Lesern verständlich sein würde, und habe so gelegentlich etwas freier übersetzt. An dieser Stelle möchte ich auch meiner Frau Irmgard für ihre Korrekturarbeit danken.

Ich hoffe, mit dieser Übersetzung einen nützlichen Beitrag geleistet zu haben, der Kurden und Deutschen gleichermaßen zugute kommt.

Ried, 13. 12. 1986

Bruska Ibrahim
Diplom-Ingenieur

Eröffnungswort von SOKSE

Verehrte Gäste!
Liebe Gesinnungsfreunde!
Liebe Schwestern und Brüder!

Im Namen der Sozialistischen Organisation Kurdischer Studenten in Europa (SOKSE), Sektion Schweden, bringen wir Euch in Gedanken an Freiheit und Gleichheit unsere Grüße entgegen und heißen Euch herzlich willkommen.

Wir haben es für nötig erachtet, dieses Seminar zu veranstalten, gerade in diesen Tagen der Geschichte unseres Volkes, da wir sehen, daß die Mehrheit unseres Volkes sich mit großer Freude und Stolz den Stimmen anschließt, die ein freies Kurdistan mit gleichgestellten Bürgern verlangen. Seitdem der kurdische Neteweyî-Gedanke, der aus der kurdischen Schule des Sozialismus¹ in Kurdistan den Grund legte für eine Organisation, also vor etwa 25 Jahren, und zwar für die Organisation "Vereinigung für Freiheit, Wiederbelebung und Einheit der Kurden" (KAJYK)², war es seitdem noch nie so wie heute, daß so viele Kurden sich um diesen Gedanken geschart und sich ihm geöffnet haben. Dies ist auch eine Folge der Politik des Terrors, des Mordens und Plünderns, die die Okkupatoren Kurdistans gegen die Träger des Neteweyî-Gedankens eingesetzt haben in der Absicht, den Neteweyî-Gedanken und unsere Gesinnungsfreunde zu vernichten, einmal im Namen der "Brüderlichkeit", dann wieder im Namen des "Klassenkampfes" oder noch ein anderes Mal im Namen der "Gottesgläubigkeit". Aber selbst wenn sich die Finsternis einer ganzen Welt versammelt, kann sie doch nicht das Licht einer Kerze verdecken. Genauso ist es mit dem Neteweyî-Gedanken. Die Standfestigkeit und der Opfermut Hunderttausender Märtyrer, Gesinnungsgenossen und gleichgesinnter Schriftsteller sind heute noch lebendig. Jeder ehrenhafte Kurde und Kurdin in jedem der gemarterten Teile Kurdistans hat sich aufgemacht, um den Plänen der Okkupatoren Kurdistans und allen - der kurdischen Gesellschaft und der kurdischen nationalen Einheit feindlichen Gedanken entgegenzutreten. Die allseitige treue Bemühung gilt der Rettung der kurdischen Freiheitsbewegung aus dem Sturm, der von den feindlichen Okkupatoren entfacht wurde. Wir sind nicht weniger eine Nation als andere Völker, die in unserer Nachbarschaft leben. Warum sollen wir nur nach Autonomie streben und uns geringer schätzen als die anderen Nationen? Warum sollen wir uns untereinander spalten und bekämpfen und mit den Okkupatoren Bruderschaft schließen? Warum soll Kurdistan nicht ein freies Kurdistan werden und mit allen umliegenden Völkern und der ganzen Welt in Freundschaft und Brüderlichkeit zusammenarbeiten?

Im Sinne dieses Ziels hoffen wir alle, von diesem Seminarvortrag unseres Lehrers und Bruders, Jemal Nebez, zu profitieren.

Vielen Dank.

¹ Mitte der 50-er Jahre kam es in Mittelkurdistan zu einer spontanen geistigen Bindung zwischen einer Gruppe kurdischer Intellektueller, die der Denkweise und den politischen Handlungen der kurdischen traditionellen Führerschaft und des marxistischen Kleinbürgertums sehr kritisch gegenüberstanden. Aus dieser Kritik und der gegenseitigen Anregung ist eine neue geistige Strömung entstanden, die damals die "Dritte Kraft" oder die "Kurdische Schule des Sozialismus" genannt wurde. Diese Schule beruft sich auf die Unabstufbarkeit der Freiheit des Menschen; daß es "keine Gleichberechtigung unter Ungleichen" gibt, daß "Gleichberechtigung nur in Gleichheit in Bezug auf die Macht vorstellbar" sei. Mit anderen Worten: "Freiheit und Gleichheit bedingen einander wie die beiden Seiten einer Münze". Diese Überlegungen führten auch zu einer neuen Einstellung in der Nationalfrage, die "Neteweyî"-Richtung genannt wird. Mit der Gründung der "Komeley Azadî w Jiyane w Yekîti y Kurd" (KAJYK) = "Vereinigung für Freiheit, Wiederbelebung und Einheit der Kurden" am 14. April 1959 machte die neue Strömung einen Schritt, sich formal zu organisieren. Das Manifest der KAJYK (KAJYK-Name), das Mitte Juli 1961 als Kollektiv-Arbeit und Frucht einer zweijährigen Diskussion herauskam, ist ein Leitfaden zur Kenntnis des Geistesgutes dieser Schule. Erwähnenswert ist, daß in diesem Vortrag (S. 59 - 62) eine Darstellung der Nationalfrage im Blickwinkel der "Neteweyî"-Idee enthalten ist. Außerdem hat der Vortragende am 18. August 1984 einen Vortrag für die Kurden in Stockholm über den "Neteweyî-Gedanken" gehalten. Der Titel dieses Vertrages lautet "Bîrî Neteweyî y Kurdî ne Bîrî Qewmîyeyî Rohelati w ne Bîrî Nasyonalîzmî Rojavayîye" (Der kurdische Neteweyî-Gedanke ist weder orientalischer noch abendländischer Nationalismus), Azad-Verlag/Stockholm 1984. Zur Erlangung weiterer Kenntnisse über diese Strömung mag der Leser auf andere Arbeiten des Vortragenden zurückgreifen, wie z. B. "Hêndêk le Kêşê Bineretiyekani Qutabxaney Kurdîy Sosalîzm" (Einige Leitsätze der Kurdischen Schule des Sozialismus), Azad-Verlag/ Stockholm 2596/1984, reprint in Sulaimani 1998 und in Hawleer 2002 auch "Die kurdische Zeitschrift 'Nischtiman' Juli 1943 - Mai 1944, Organ der kurdischen 'Je-Kaf-Partei' (16.9.1942-15.11.1945) und das Geistesgut des intellektuellen nationalistischen Kleinbürgertums in Kurdistan. Ein Beitrag zur Erforschung des Nationalismus im Vorderen Orient. Zum Anlaß des vierzigsten Jahrestages des ersten Erscheinens der Zeitschrift", Publikation der Kurdischen Akademie für Wissenschaft und Kunst/Stockholm, Azad-Verlag/Stockholm 1985." Besonders empfehlenswert sind darin S. 47-55.

² Siehe Anm. Nr. 1.

I. Begrüßung der Seminarteilnehmer

Verehrte Seminarteilnehmer!

Seid herzlich begrüßt! Ich danke Euch sehr für Eure Bereitschaft, an dem heutigen Seminar teilzunehmen. Tatsächlich hat mich Eure starke Teilnahme als in Schweden lebende Kurden an meinem letzten Seminar "Zum kurdischen Neteweyî-Gedanken" (Bîrî Neteweyî y Kurdî) dazu veranlaßt, schon nach neun Monaten zum zweiten Mal von Deutschland zu Euch nach Schweden zu kommen. Daß heute noch mehr von Euch anwesend sind als voriges Mal, nehme ich als Zeichen der Dringlichkeit Eures Wunsches, nach der Klärung und Lösung der Probleme der kurdischen Gesellschaft zu suchen.

Verehrte Seminarteilnehmer!

Wenn ich sehe, wie sehr sich die kurdischen Massen innerhalb und außerhalb Kurdistans darum bemühen, meine Vorträge und Schriften zu erhalten, die leider aus finanziellen und drucktechnischen Gründen nur in geringer Zahl und in sehr schlichter Form vorliegen können und von Hand zu Hand weitergereicht werden müssen, so ist das sehr erfreulich für mich und ein Ansporn, trotz Zeitmangels und zahlreicher Hindernisse, so viel ich kann, meine diesbezügliche wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen. Zu den Ergebnissen dieser Arbeit zählen z. B. auch solche in Europa veranstalteten Seminare wie das heutige, die sich sowohl an die Kurden als auch an Politologen, Orientalisten und Europäer allgemein wenden. An dieser Stelle möchte ich vor allem der Sozialistischen Organisation Kurdischer Studenten in Europa (SOKSE) herzlich danken für die Vorbereitung dieser Veranstaltung, die sich der Klärung einer der Fragen widmet, die mit der Zukunft der Kurden und Kurdistans zusammenhängen. Gleichzeitig möchte ich dem AZAD-Verlag besonderen Dank aussprechen für die große Mühe und ununterbrochene Arbeit, die er geleistet hat, um solche Seminare zu dokumentieren und viele andere Forschungsergebnisse dem Leser zu präsentieren. Ich hoffe, daß er diese verdienstvolle Arbeit ebenso erfolgreich wird fortsetzen können.

Verehrte Seminarteilnehmer!

Unser heutiges Seminar "Dozî Nasyonalî Kurd" (Die nationale Frage der Kurden) beschäftigt sich mit kurdischen und nichtkurdischen Vorstellungen aus der Vergangenheit und Gegenwart zur "kurdischen nationalen Frage". Zum Thema gehört, daß ich über die Haltung der politischen Gruppierungen und Strömungen spreche, die dieser Frage nachgegangen sind bzw. gerade dabei sind und die versuchen, das Problem zu lösen. Deshalb wird mein Vortrag eine objektive, also eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen sein. Ihr als Seminarteilnehmer sollt wissen, daß meine Absicht bei der Analyse der Haltung der verschiedenen politischen Strömungen in Vergangenheit und Gegenwart nur darin besteht, der Wissenschaft und der Erhellung der Tatsachen zu dienen. Ich bin andererseits ganz sicher, daß falsche Rücksichtnahme und Anbiederung in der Wissenschaft nichts zu suchen haben, da sonst alles in Widersprüchlichkeit, falschem Entgegenkommen und Lobhuderei versinkt, und ich hoffe, daß uns das allen fern liegt. Nochmals vielen Dank Euch allen!

II. Einführung in das Thema

Die kurdischen politischen Organisationen, einige intellektuelle Kurden und sogar Nichtkurden haben in den letzten zehn Jahren, also seit dem Zusammenbruch der kurdischen Septemberrevolution am 26. März 1975, immer wieder darüber diskutiert, was das Ziel der heutigen kurdischen Befreiungsbewegung sei. Diese Organisationen und Intellektuellen sind bis heute zu keinem einheitlichen Schluß gekommen. Einige sagen, die Kurden dürften nicht von den Forderungen der Septemberrevolution abweichen und sollten weiterhin "**Autonomie**" innerhalb der Staaten anstreben, an die Kurdistan gebunden ist. Aber die Autonomie, die jetzt gefordert werde, solle eine "**echte Autonomie**" sein. Andere sagen, daß eine Autonomie, wie die Erfahrung gezeigt habe, den Kurden nichts nütze, deshalb müßten die Kurden direkt für ein "**unabhängiges Kurdistan**" arbeiten. Die Gesinnungsfreunde der kurdischen Schule des Sozialismus, die ihre Gedanken erstmals Ende der fünfziger Jahre innerhalb der KAJYK-Organisation und später Mitte der siebziger Jahre innerhalb der Kurdischen Sozialistischen Partei (PASOK) artikuliert haben, verlangen wie eh und je "das Recht auf Selbstbestimmung" für das kurdische Volk und sagen, das kurdische Volk müsse "seine Beschlüsse in Freiheit und für die Freiheit" fassen. Hier in unserem Kreis wollen wir diese unterschiedlichen Auffassungen nachher diskutieren.

III. Geschichtlicher Überblick: Kurdistan und die Kurden und der Unabhängigkeitsgedanke

Die Vorstellung eines unabhängigen kurdischen Staates ist keine neue Forderung einiger kurdischer Intellektueller unserer Zeit oder einiger kurdischer politischer Organisationen von heute, sondern eine sehr alte Sehnsucht.

Wie ich in dem Vortrag "Der kurdische Neteweyî-Gedanke"³ im vorigen Jahr hier in Stockholm erläutert habe, gibt es historische Argumente dafür, daß es zumindest im 16. Jahrhundert den Gedanken zur Gründung eines Nationalstaates in Kurdistan gegeben hat. In meinem Vortrag habe ich dargelegt, daß die Existenz dieses Gedankens bei den Kurden die osmanischen Machthaber veranlaßte, entsprechend dem Verständnisgrad der damaligen Gesellschaft mit religiösen Argumenten gegen diesen Unabhängigkeitsgedanken vorzugehen. Eines dieser Argumente war der religiöse Lehrsatz, den der Mufti des Reiches, Chuadsche Sa'daddin (1537-1599), in seinem Buch "Tadsch ül-Tewarich" (Krone der Geschichte) wiedergibt: "Der islamische Prophet hat die Kurden verflucht, daß sie niemals einig werden, weil die Einheit der Kurden die Zerstörung der ganzen Welt bewirken würde,⁴ und allein aus diesem Grund ist es zu erklären, daß die Kurden seitdem und bis jetzt nicht fähig waren, einen großen Staat und eine mächtige Herrschaft zu gründen."⁵

Außerdem habe ich erwähnt, daß der große kurdische Denker und Dichter Ahmedi Chani (1650/51-1706) im 17. Jahrhundert die Leute aktiv ermutigte, sich für ein unabhängiges Kurdistan einzusetzen, und die Kurden aufforderte, die Zwistigkeiten untereinander beiseite zu schieben, sich unter einem kurdischen König zu einigen, sich vom Joch der Türken und Perser zu befreien und ihren eigenen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen. Die kurdischen Führer wie Dschanpolat Pascha (die Vorfahren des berühmten libanesischen Politikers und Drusenführers Walid Dschunbolat) und die Fürsten von Mukrian, Ardalan, Baban, Soran und Badinan hielten sich im 17., 18. und 19. Jahrhundert gegenüber dem Osmanischen, dem Safawiden und dem Qadscharischen Reich zurück, damit ihre Länder halb unabhängig blieben und nicht ganz unter die Herrschaft der Osmanen, Safawiden und Qadscharen gerieten.

Der Fürst von Botan, Bedir-Chan Pascha (1802-1867), stellte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine große Armee auf, prägte Geld in seinem Namen und propagierte die Einheit ganz Kurdistans. Scheich Ubeidullah Nêri versuchte 1880/81 durch die Bildung einer Armee, Kurdistan zu vereinen. Auch Dichter und Intellektuelle des 19. Jahrhunderts wie Hadschi Qadri Koyi (1815-1892), Scheich Razay Talabani (1837-1909), Kurdi (1812-1851?) und andere dienten dem Gedanken eines unabhängigen Kurdistan.

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertraten kurdische Revolutionäre wie Mela Selimi Khêzani und Abdul Selami Barzani den Gedanken eines unabhängigen Kurdistan. Die damaligen kurdischen Organisationen wie Ezmi Qewi (Starker Wille), Hêwi (Hoffnung), Ta'ali u Tereqi Kurdistan (Aufstieg und Fortschritt Kurdistans), Teschkilati Idschtima'iye (Soziale Organisationen) und die Vereinigung Miletî Kurd (Das kurdische Volk) und andere versuchten, von sich aus etwas zu bewegen. Sie unterstützten auch die Vertreter der kurdischen traditionellen Führung, wenn das Ziel ein unabhängiger kurdischer Staat war. Und sie suchten Verbündete. Zuerst knüpften sie Kontakte zu den russischen Zaren; nach der Oktoberrevolution von 1917 und der Niederlage des Osmanischen Reiches im Jahre 1918 einigten sie sich mit den siegreichen Alliierten und konnten 1920 im Vertrag von **Sèvres** die Anerkennung der Rechte der Kurden durchsetzen. Dieser Vertrag ebnete in den Artikeln 62 bis 64 den Weg für ein unabhängiges Kurdistan. Nach der Unterzeichnung des Vertrages von **Lausanne** im Jahre 1923, nach der damit verbundenen Rücknahme dieses Versprechens der Alliierten und der gewaltsamen Aufteilung Kurdistans auf

³ Siehe Anm. Nr. I.

⁴ Scheref Prince de Bidlis: Scheref-Nameh ou Histoire des Kourdes, publiee par V. Velliaminof-Zernof, Tome I, Texte Persan, premiere partie, St. Petersburg 1868, S. 16-17.

⁵ a.a.O.

fünf Staaten verdeutlichten die kurdischen Nationalisten durch ihren bewaffneten Widerstand, daß sie ein unabhängiges Kurdistan wollten. Sie erhoben sich mehrmals innerhalb der Grenzen der Besatzungsmächte und brachten zahlreiche Opfer. Die Revolutionen der zwanziger und dreißiger Jahre unter der Führung von Scheich Saidi Palo, Scheich Abdulqadiri Schemzini, Scheich Mehmudi Barzindschi, Qedem Chêr, Serdar Reschid, Ismail Chani Simko, Ihsan Nuri, Seyid Reza, Qotsch-Giri und den Barzanis, und sogar die Bewegungen im Zweiten Weltkrieg, hatten alle das Ziel eines unabhängigen Kurdistan. Dieser Unabhängigkeitsgedanke war das Rückgrat des Denkens und Handelns der traditionellen kurdischen Führung.

Der größte traditionelle Führer der Kurden während des Zweiten Weltkriegs war Qazi Muhammed (1893-31.3.1947). Diejenigen, die meine Worte nicht glauben, mögen bitte die Reden Qazi Muhammeds lesen, damit sie begreifen, daß Qazi Muhammed nicht nur Mehabad, Bokan, Sinah und Kermanschah als Kurdistan betrachtete, sondern daß ihm die Unabhängigkeit und Einheit ganz Kurdistans vorschwebte. Als am 17. Dezember 1946 das Hauptquartier Qazi Muhammeds von persischen Truppen besetzt wurde, holten die Anführer der Perser eine Landkarte aus seinem Zimmer heraus, die Qazi Muhammed über seinen Arbeitsplatz gehängt hatte. Dies war die Karte von Kurdistan. Davon wissen wir von einem der Führer der iranischen Armee namens Nedschef Gholi Pesyan, der selbst an der Erstürmung Mehabads beteiligt war und seinem Bericht die Abbildung der Karte beifügte⁶. Die Republik Kurdistan wurde von Qazi Muhammed und den Kurden damals nicht als "autonome Republik", sondern als "unabhängige Republik" betrachtet. Sie hieß auch nicht Republik Mehabad, sondern Republik Kurdistan. Dieses Emblem, das ich Euch hier zeige, sagt ganz klar, daß der offizielle Name "Republik Kurdistan" und nicht "Republik Mehabad" war⁷. Abgesehen davon war Iran ein monarchischer Staat. Ein autonomer Teil davon kann nicht eine Republik heißen.

Die traditionelle kurdische Führung stand mit dieser Haltung nicht alleine. Das kurdische intellektuelle Kleinbürgertum, nationalistischer wie marxistischer Richtung, hat die traditionelle kurdische Führung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eigentlich bedingungslos unterstützt, eben, um die Unabhängigkeit Kurdistans zu erreichen. Die Zeitschrift "**Nischtiman**", das Organ der Vereinigung JK (Je Kaf = Jiyanewey Kurd), jener Organisation, die 1942 von kurdischen Intellektuellen und Vertretern des nationalistischen Kleinbürgertums gegründet wurde, sagt über die Ziele von JK⁸:

„Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, wie innere Streitigkeiten, Selbstzerfleischung, Geldanbetelei, Verrat, die dem Fortschritt und dem Sieg der Kurden im Wege stehen, bemüht sich die JK mit all ihrer Kraft und all ihren Fähigkeiten, die Ketten und das Sklavenjoch und die Unterdrückung der kurdischen Nation zu beseitigen und aus diesem zerteilten Kurdistan ein großes, geordnetes Kurdistan aufzubauen, in dem jeder Kurde/Kurdin in Freiheit leben kann.“

Die Unabhängigkeit Kurdistans war ein Teil des Programms der „Kommunistischen Partei des irakischen Kurdistan“, die unter dem Namen „Revolutionspartei“ (Hizbî Şoriş) bekannt war. Die Unabhängigkeit Kurdistans war außerdem das Ziel jener Front „Partei zur Befreiung der Kurden“, (Hizbî Rizgarî Kurd) die ihren Ursprung in dieser „Revolutionspartei“ hatte.⁹

Sogar die „kurdische Sektion“ der Kommunistischen Partei des Irak (**Wahdat al-Nidhal**), die 1944 gegründet wurde, betrachtete die Unabhängigkeit Kurdistans als eines ihrer Fernziele. Die Zeitschrift

⁶ Der Vortragende hat den Anwesenden eine Landkarte gezeigt, die er aus der S. 149 eines Buches von Nadschaf ghol i Pesyan übernommen hat. Das Buch ist in Persisch geschrieben und sein Titel lautet: "Marg bod, Bazgascht ham bod/Tarikhtscha-i Firgha-i Demokrat-e Azarbaidschan o Hezb-e Komale i-Kordistan" (Es war Tod aber auch Rückkehr/ Kurze Geschichte der Demokratischen Partei Azarbaidschans und der Komala-Partei Kurdistans), Azarmah 1327 (Nov./Dez. 1948), Teheran. Unter der o. g. Landkarte stand auf Persisch folgender Satz: "Dies ist die Landkarte von Großkurdistan, dessen Schaffung Qazi Muhammad beabsichtigte und die er in seinem Büro über seinem Kopf aufgehängt hatte".

Anmerkung des Übersetzers bzw. des Vortragenden: Nach einer Auskunft, die der Vortragende in der letzten Zeit erhielt, und zwar von denjenigen, die Pesyan gut kannten, hatte Pesyan überhaupt keinen militärischen Rang. Er war nur ein Publizist bzw. Journalist, der die persische Armee auf ihrem Feldzug nach Kurdistan und Azarbaidschan begleitet und seine Schreibdienste dem Schah-Regime angeboten hatte.

⁷ Es handelte sich um ein Foto, das die kurdische Fahne zur Zeit von Qazi Muhammad zeigt. Um die Fahne stehen folgende Worte: "Dewletî Cimhûrî y Kurdistan/ Wezarefî Ferheng" (Der Republikanische Staat Kurdistan/Kultusministerium). Dieses Foto ist in der kurdischen Originalfassung auf Seite 94 dieses Vortrages abgedruckt.

⁸ Siehe die kurdische Zeitschrift "**Nischtiman**" Nr. 1, 1. Jahrg., Pûşper 1322 (Juli 1943), S. 1-2, Anm. 1.

⁹ Siehe die erste Erklärung des "Politbüros der Kommunistischen Partei des Irakischen Kurdistan", die im Winter 1945 herausgegeben wurde, und zwar anlässlich der Gründung der "Befreiungsfront der Kurden". Dort ist die "Befreiung Großkurdistans" als Ziel der Partei angekündigt. Der Text der Erklärung ist in dem Buch "Nidhal El Akrad" (Kampf der Kurden) gedruckt, das der Rechtsanwalt Zaid Ahmad Osman im Jahre 1946 in Kairo in arabischer Sprache und unter dem Pseudonym Scherzad herausgab, als er dort studierte. Diese Tatsache hat der verstorbene Osman dem Vortragenden Anfang des Jahres 1960 in Hewler persönlich mitgeteilt.

„Yekêfîy Têkoşîn“ (Einheit des Kampfes), das Organ dieser „kurdischen Sektion“ schrieb in der Nummer 3 ihres 1. Jahrgangs, also im Frühjahr 1945: „Wir werden unsere Bemühungen mit denen der Leute vereinen, die sich für die Lösung der kurdischen Frage einsetzen, und die Leute, seien es Kurden oder Nichtkurden, die gegen die Lösung der kurdischen Frage sind, als Feinde behandeln und uns gegen sie einsetzen... Bei all unserer vergangenen und zukünftigen Arbeit hatten und haben wir immer die Interessen unserer kurdischen Heimat und unseres kurdischen Volkes im Auge unter dem Gesichtspunkt des realen Zustandes der Kurden und der Welt, weil wir vor allem kurdische Patrioten und Anhänger der Unabhängigkeit und Freiheit Kurdistans sind. Also wollen wir uns für die Größe der kurdischen Heimat und des kurdischen Volkes einsetzen.

Zentralkomitee der kurdischen Sektion.“¹⁰

Kurz, alle diese kurdischen Organisationen, die vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vom kurdischen intellektuellen Kleinbürgertum gegründet worden waren, wie die Partei „Serbekhoyi Kurdistan“ (Unabhängigkeit Kurdistans), die Partei „Khoy-Bûn“ (Selbständigkeit), die Vereinigung „Zerdescht“ (Zarathustra), die Vereinigung „Brayî“ (Brüderlichkeit), die Vereinigung „Yekêfî“ (Einheit), die Vereinigung „Darker“ (Holzfäller), die Vereinigung „Pîschtiwanî“ (Unterstützung), die Vereinigung „Pêschkewtin“ (Fortschritt), die Vereinigung „Azadî“ (Freiheit), die Vereinigung „Hîwa“ (Hoffnung), die Vereinigung „JK“ usw., sie alle haben mehr oder weniger für die Unabhängigkeit Kurdistans gearbeitet, natürlich, wie vorher erwähnt, unter der Leitung der traditionellen Führerschaft der Kurden, weil das kurdische intellektuelle Kleinbürgertum damals weder quantitativ noch qualitativ in der Lage war, die Führung der kurdischen Nationalbewegung zu übernehmen. Das habe ich bereits in dem Seminar „Der kurdische Neteweyî-Gedanke“ dargelegt, und ich bitte die verehrten Teilnehmer der gegenwärtigen Veranstaltung, auf die inzwischen vorliegende Dokumentation zurückzugreifen.

IV. Die Kurden und der Autonomiegedanke

Die Idee der **Autonomie** oder wie die Perser sagen „**Khod-Mokhatari**“, **der Selbstverwaltung** oder wie die Araber sagen „**El-Hukm el-Thati**“, **der Selbstregierung** - die Türken sind offensichtlich noch nicht so weit gediehen, über Autonomie reden zu können (**Lachen der Anwesenden**) - ist relativ alt im Orient. Sie ist mindestens seit dem vorigen Jahrhundert in irgendeiner Weise vorhanden.

Die osmanischen Türken gewährten den bulgarischen Kirchengemeinden eine gewisse Selbstverwaltung und gaben dem Gebiet den Namen „Sonderprovinz Ost-Rom“. Ebenso enthielt die konstitutionelle Verfassung des Qadscharischen Kaiserreiches Iran, die im Jahre 1906 erlassen wurde, gewisse Selbstverwaltungsrechte, so genannte „Provinz- und Regionalräte“, die allerdings nie in Kraft getreten sind. Tatsächlich hatte jedwede Selbstverwaltung innerhalb des Osmanischen Reiches und innerhalb des Qadscharischen Reiches keinerlei nationalen Sinn und Inhalt. Der Provinz Ost-Rom wurden die Selbstverwaltungsrechte teils auf Drängen der Europäer gegeben, und auch, weil die Einwohner dieser Region vorwiegend Christen waren, und nicht, weil es sich um eine eigene Nationalität handelte. Innerhalb des Osmanischen Reiches lebten viele verschiedene territoriale Nationen, von denen keine auf der Grundlage ihrer Nationalität ein Recht auf Selbstverwaltung hatte.

Die Frage der Autonomie im Vorderen Orient wurde erstmals auf dem „Kongreß der islamischen Erhebung“, aufgeworfen, der 1899 in Mekka unter der Leitung des islamischen Gelehrten Abdul-Rahman Kawakibi (1849-1903), eines kurdischen Geistlichen, stattfand. Der Kongreß forderte die osmanische Regierung auf, allen Völkern des Osmanischen Reiches Unabhängigkeit in bezug auf die Verwaltung zu gewähren, die der jeweiligen Mentalität und Landesnatur angepaßt sein sollte, entsprechend dem Beispiel der seinerzeitigen Fürstentümer in Deutschland, der Bundesstaaten in den USA und der britischen und

¹⁰ Siehe die kurdische Zeitung "Yekêfî y Têkôşîn" (Einheit des Kampfes), Organ der Irakischen KP / Zweigstelle der Kurden, Nr. 3, 1. Jahrg., Frühling des Jahres 1945. Diese Zeitung erschien im Untergrund.

russischen Kolonien.¹¹ Die Forderungen des „Kongresses der islamischen Erhebung“ orientierten sich deutlich am Vorbild der westlichen politischen Systeme.

In der zeitlich wenig später niedergelegten iranischen Verfassung wurden - obwohl von Provinzen und Regionen die Rede war - weder die Kurden noch die Aserbeidschaner noch die Belutschen noch die Perser oder Turkmenen erwähnt. Die Artikel der iranischen Verfassung von 1906 zum Problemfeld der Provinzen und Regionen lauten:

Artikel 90

In jedem Landesteil des von Gott beschützten Iran wird je eine Provinz- und Regionalversammlung gemäß einer besonderen Geschäftsordnung gebildet. Die rechtliche Grundlage dieser Versammlungen besteht in den nachfolgenden Artikeln.

Artikel 91

Die Mitglieder der Provinz- und Regionalversammlung werden von den Einwohnern direkt gewählt gemäß der Geschäftsordnung der Provinz- und Regionalversammlungen.

Artikel 92

Die Provinz- und Regionalversammlungen besitzen die uneingeschränkte Aufsichtsvollmacht über alle Reformen, die dem Gemeinwohl dienen, soweit sie sich im Rahmen der verabschiedeten Gesetze bewegen.

Artikel 93

Eine Aufstellung aller Ausgaben und Einnahmen der Provinzen und Gebiete wird von den Provinz- und Regionalversammlungen in Druck gegeben und veröffentlicht.

Wie Ihr seht, ist in diesen Artikeln keine Rede von Nationen, Sprachen und nationalen Besonderheiten.

Was die ideengeschichtliche Verbreitung des Autonomiegedankens auf der Basis der Selbstverwaltung eines Volkes mit eigener Sprache, eigener Kultur und eigenem Siedlungsraum angeht, so richtig in Gang kam sie in Kurdistan und sogar im gesamten Nahen Osten in Anwesenheit der britischen Kolonialmacht, insbesondere als diese nach dem Ersten Weltkrieg in einem Teil des osmanischen Kurdistan Fuß gefaßt hatte und es entsprechend den regionalen Gegebenheiten und den eigenen wirtschaftlichen Interessen nützlich fand, mit dem Autonomiegedanken den Plänen zur Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates entgegenzuwirken.

Besonders ein kurdischer Staat unter der Führung eines Mannes wie **Scheich Mahmudi Barzindschi** (1882 - 9.10.1956), der kein Diener der Krone Großbritanniens war, wäre für die britischen Kolonialisten schädlich gewesen. Aus diesem Grunde holten sie zu der Zeit, als sie das erkannt hatten (und nachdem sie im November 1918 Scheich Mahmud als Regierungschef Südkurdistans offiziell anerkannt hatten), am 23. August 1921 einen gewissen arabischen Aristokraten namens Feisal aus Syrien und proklamierten ihn zum König über ihr Mandatsgebiet, das sie selbst „Mesopotamien“¹² und später „Irak“ nannten. Den Kurden kamen sie dann mit der „Autonomie-Masche“, erstmals am 24. Dezember 1922.

Das alles geschah wohl gemerkt, als der Vertrag von Sèvres (1920) noch gültig war. Den Kurden und dem Völkerbund erklärten die britischen Kolonialherren und ihre arabischen Mitarbeiter in Bagdad:

„Die Regierung Seiner Majestät von Großbritannien und die irakische Regierung erkennen das Recht der Kurden an, die innerhalb der Grenzen des Irak leben, eine eigene kurdische Regierung in den Gebieten zu bilden, in denen die Kurden die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellen. Beide Seiten hoffen, daß die verschiedenen kurdischen Elemente sich so bald wie möglich auf die Form und die Ausmaße der Regierung, die ihnen zusagt, einigen, und daß sie offizielle Vertreter nach Bagdad schicken, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Regierungen von Britannien und Irak zu beraten.“¹³

Ohne Zweifel war diese Erklärung der britischen und irakisch-arabischen Machthaber ein

¹¹ . Siehe das Register der Konferenz der Gesellschaft "Um-ul-Qura" (Mutter der Dörfer), im Monat Di-1-Qi'dah des Jahres 1316 h. Darin sind Protokolle der Beratungen und Beschlüsse des "Mu'tamar el-Nihdah el-Islamiyah" (Kongreß der Islamischen Erhebung), der in Mekka im Jahre 1316 h. gehalten wurde, enthalten. Publikation des Publikationszentrums in Port el-Said 1316, S. 144.

¹² . Die Vertreter der britischen Kolonialmacht in Kurdistan und Irak haben nach dem Ersten Weltkrieg nur von "Mesopotamien" gesprochen und nicht von "Irak". Dagegen haben sie durchaus das Wort "Kurdistan" benutzt. Siehe z. B. das Buch von Lt.-Col. Sir Arnold Wilson, Generalgouverneur des Irak: Mesopotamia 1914-1917, London 1930, Mesopotamia 1917-1920, London 1931. - Auch Haldane, A.L.: The Insurrection of Mesopotamia, Edinburgh 1922. - Auch E.B. Soane, To Mesopotamia and Kurdistan in Disguise, London 1912 bzw. 1924.

¹³ . El-Hassani, Abdul-Razzak: Ta'rikh el-Irak el-Siyasi el-Hadith (Die neue politische Geschichte des Irak; in arabischer Sprache), 2. Aufl., 3. Bd., Sidon/Libanon 1957, S. 267. Siehe auch Rambout, Lucien: Les Kurdes et le droit, Paris 1947, S. 51.

Betrugsmanöver gegen die Kurden. Unmittelbar nach der Ablösung des Vertrages von Sèvres durch den Vertrag von Lausanne zwischen den Alliierten und der kemalistischen Rebellen im Jahre 1923 mißachteten Britannien und die von Großbritannien gegründete irakische Regierung alle Versprechungen hinsichtlich einer Autonomie für Südkurdistan. Als im Februar 1929 sechs kurdische Abgeordnete im irakischen Parlament die Selbstverwaltung forderten, hatten die Briten und ihre arabischen Lakaien taube Ohren¹⁴.

Genauso wie Britannien von der Unterzeichnung des Vertrages von Sèvres 1920 bis zum Vertrag von Lausanne 1923 den Kurden die Autonomie-Fanfane spielte, propagierten auch die Jungtürken, die damaligen Führer der besiegten Osmanen, die Autonomie für die Kurden und erklärten ihre Bereitschaft, den Kurden eine „umfassende Autonomie“ in Form einer Sonderprovinz zu gewähren. Enver Pascha, der Ministerpräsident des Osmanischen Reiches und Führer der Organisation „Einheit und Fortschritt“ bildete eilig einen „Kabinettsausschuss“, um mit den Vertretern der Kurden zu verhandeln.¹⁵ Es ist allgemein bekannt, wie sich die Haltung der Jungtürken und der türkischen Machthaber gegenüber der „Autonomie für Kurdistan“ und gegenüber den Kurden überhaupt nach dem Vertrag von Lausanne entwickelte. Das alles ist so bekannt, daß nicht weiter darüber gesprochen werden muß.

Nachdem die Grenzen der entsprechend dem Vertrag von Lausanne künstlich entstandenen Staaten, unter die Kurdistan aufgeteilt wurde, auf der Landkarte endgültig gezogen und markiert worden waren, wurde in einigen dieser Staaten immer dann wieder von Autonomie geredet, wenn eine starke kurdische Bewegung zustande kam, z. B. von einem unabhängigen Kurdistan die Rede war oder die Bevölkerung Kurdistans auf die Besatzungsmächte Druck ausübte. Das alles geschah auf den Rat und nach den Plänen Großbritanniens und Frankreichs, die im Nahen Osten einen sehr großen Einfluß hatten, besonders im Irak, in Syrien, im Libanon, im Iran, in Palästina und in Ägypten. Großbritannien und Frankreich waren besonders daran interessiert, die Grenzen der neuen Staaten zu schützen, um nach ihrer Auffassung die „**Stabilität**“ zu bewahren.

Dazu im folgenden einige Beispiele:

Als am 22. Januar 1946 unter der Führung Qazi Muhammeds die Republik Kurdistan gegründet wurde, stellte die persische Führung in Teheran kurzfristig ein „Selbstverwaltungsprojekt“ vor. Der damalige Ministerpräsident des Iran, Ghawam ol-Saltene, sprach nach Beratungen mit dem Westen und den Sowjets von „Autonomie“ für Kurdistan und Aserbeidschan. Wenige Monate vorher hatte der seinerzeitige Ministerpräsident der Aserbeidschanischen SSR, Dschafar Baqirof der kurdischen Delegation, die im November 1945 zu Gesprächen nach Baku gereist war, geraten, daß sie noch nicht über die Unabhängigkeit Kurdistans reden sollten, daß sie sich mit „gewissen Rechten“ innerhalb einer „**Republik Aserbeidschan**“, die eine autonome Republik sein werde,¹⁶ zufrieden geben sollten, und daß, wenn die Zeit reif sei, die Sowjets das Unabhängigkeitsstreben der ganzen kurdischen Nation unterstützen würden.¹⁷

Ähnliches geschah in Südkurdistan, als während des 2. Weltkrieges die Revolution von Mustafa Barzani Erfolg versprach. Nuri Said, der damalige Ministerpräsident und Vertraute der Briten im Irak, bereitete sofort ein Projekt der „Selbstverwaltung der kurdischen Provinzen“ vor. Die Engländer rieten den Kurden, diese Selbstverwaltung zu akzeptieren und zumindest bis zum Kriegsende nicht die Unabhängigkeit Kurdistans zu fordern. Wenn die Zeit reif sei, würde Großbritannien die Kurden sicherlich unterstützen.

Ebenso wollten die Franzosen in einigen Gebieten des „syrischen“ Kurdistan eine „gewisse Selbstverwaltung“ einführen, aber dieses „**goldene Ei**“ wurde nie gelegt.

Da „**Autonomie**“ oder „**Selbstverwaltung**“ die Antwort der Besetzer Kurdistans auf die Forderung der Kurden nach der Unabhängigkeit Kurdistans war und nur zur Sprache kam, wenn die kurdische Nationalbewegung erstarkte und zudem nur aus Furcht vor einer Änderung der Grenzen der Staaten, die Kurdistan teilten, waren alle Autonomieangebote vergessen, sobald diese Gefahr wegfiel oder sich

¹⁴ . El-Hassani, Abdul-Razzak: Ibid, S. 27. - Siehe auch El-Durrah, Mahmoud: El-Qadhiyah el-Kurdiyah (Die Kurdische Frage), Beirut 1966, S. 155-156.

¹⁵ . Hilmi, Rafik: Yaddascht (Memoiren in kurdischer Sprache), 1. Bd., 2. Teil, Bagdad 1956, S. 193.

¹⁶ . Eagleton, William Jr.: The Kurdish Republic of 1946, Oxford University Press, London 1963, S. 44.

¹⁷ . Ibid, S. 44-45.

verminderte, d. h. sobald man mit den Kurden ins Gespräch gekommen war. Das Gespräch über Autonomie und Selbstverwaltung wieder zu beenden, war stets einfach: im Iran z. B. traten die Anhänger des Parlamentsmitglieds und später Premierminister Mossadeghs und die persischen Chauvinisten dem Projekt des Ghawam ol-Saltaneh ohne weiteres entgegen und erteilten ihm im Parlament eine Absage.¹⁸ Ebenso wiesen die arabischen Minister im Kabinett des Nuri Said dessen Projekt im Irak umstandslos zurück.¹⁹

Nach der Zerschlagung der kurdischen Bewegung in der Türkei durch das Massaker von Dersim (Tünceli), nach der Niederschlagung des Aufstandes der kurdischen Alewiten im Jahre 1938/39 durch Einsatz von Giftgas, nach der Übergabe Westkurdistan an die arabischen Nationalisten in Syrien durch die französischen Kolonialherren, nach Zerschlagung der kurdischen Nationalbewegung im Vierländereck des Orients (Irak, Iran, Türkei, Syrien) Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem Sturz der Republik Kurdistan von 1946, nach all diesen unheilvollen Ereignissen innerhalb von kaum drei Jahrzehnten, hätte klar gewesen sein sollen, daß das Autonomiegedenke der Besetzer Kurdistan ihrer eigenen Verteidigung diene und ein Ende nahm, sobald sie wieder erstarkten, bis von kurdischer Seite erneut Forderungen erhoben und Druck gemacht wurde. Diese fatale Situation wurde durch eine nach dem 2. Weltkrieg hinzukommende Dimension erschwert.

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, die den Märtyrertod des großen traditionellen kurdischen Führers Qazi Muhammed und die Vertreibung des anderen großen traditionellen kurdischen Führers Mustafa Barzani (14.03.1903 - 01.03.1979) zur Folge hatten und damit das Fehlen von traditionellen Führern, die den Platz der beiden genannten Persönlichkeiten hätten einnehmen können, ermöglichten es kurdischen kleinbürgerlichen Intellektuellen, auf der politischen Bühne des Kurdentums zu erscheinen, insbesondere, was den Einflußbereich des vertriebenen Mustafa Barzani anging. Hier wurden sie als Teil der „Barzaniführung“ aktiv.

Obwohl Barzani von 1947 bis 1958 als Asylant in der Sowjetunion lebte und in dieser Zeit keinen Kontakt zu diesen Intellektuellen außerhalb der UdSSR hatte, profitierten sie von dem Ruhm und der gesellschaftlichen Stellung Barzanis und konnten in seinem Namen unter der Bevölkerung arbeiten und behaupten, daß Barzani der Führer der von ihnen am 16. August 1946 gegründeten „Kurdischen Demokratischen Partei“ sei.

Zu erinnern ist, daß die Gründung der Republik Kurdistan von 1946 mit dem Einverständnis oder wenigstens mit stillschweigender Duldung der Sowjets erfolgt war und daß das - im Vergleich zu den bitteren Erfahrungen der Kurden mit Großbritannien, Frankreich und dem Westen schlechthin - bei den Kurden einen gewissen Respekt vor und Achtung für die Sowjets bewirkt hatte, während sich gegenüber dem Westen, besonders gegenüber Großbritannien, Resignation und Ablehnung entwickelte. Auch ließ die damalige Beziehung zwischen den kurdischen Intellektuellen und den arabischen und persischen Marxisten den „Kommunismus“ als eine Art Rezept für die „Freiheit“ erscheinen. Aus diesen und anderen Gründen, die ich in einer anderen Arbeit ausführlich behandelt habe, folgte, daß die kurdischen kleinbürgerlichen Intellektuellen die marxistische Ideologie übernahmen, woran sie bis heute festgehalten haben. Da die arabischen, persischen und türkischen Marxisten gegen die Idee der Abtrennung Kurdistan und gegen die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates, ja sogar gegen selbständige kurdische politische Organisationen waren, war es für die schwachen kurdischen Marxisten Bedingung, wollten sie sich den arabischen, türkischen und persischen Marxisten nähern, daß auf keinen Fall über die Unabhängigkeit Kurdistan gesprochen werden durfte, sondern nur über „Bürgerrechte“ und allenfalls über „Autonomie“. Es bereitete ihnen in den Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt hatten, auch viel weniger Schwierigkeiten, wenn sie – die marxistische und revolutionäre Ideen propagierten – in Bezug auf die Kurden nur von „Autonomie“ redeten, weil diese Staaten die Idee der Unabhängigkeit Kurdistan als den „großen Verrat“ bezeichneten und nach dem Gesetz unter strenge Strafe stellten. Die kurdischen Kleinbürger hatten - im Gegensatz zur traditionellen Führung, die von den Massen der Besitzlosen unterstützt wurde - keine nennenswerte Anhängerschaft in Kurdistan, die sie von ihrem Autonomiegedenke

¹⁸ Siehe die persische Exilzeitung "Iran ve Dschahan" (Iran und die Welt), Paris, Nr. 175, 9. - 16. Januar 1984.

¹⁹ Küchler, Hannelore: Öffentliche Meinung: Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden, (Dissertation), Berlin 1978, S. 198.

hätten verprellen können. Es war auch - wie vorher bereits erwähnt - zu Ende des Zweiten Weltkriegs kein mächtiger traditioneller Führer mit großer Autorität und Anhängerschaft wie Qazi Muhammed oder Mustafa Barzani greifbar, hinter dem sich diese Intellektuellen hätten verstecken können. Deshalb waren die kurdischen kleinbürgerlichen Gruppierungen gezwungen, ihre Strategie zu ändern und statt „**Unabhängigkeit**“ für Kurdistan verlangten sie „**Autonomie**“.

Kurz, aus der Devise der Gegner und Besetzer Kurdistans „**Autonomie für Kurdistan**“ war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der ständige Wahlspruch der bürgerlich-marxistischen intellektuellen Kurden geworden.

Die kleinbürgerlichen marxistischen Kurden und die kommunistischen Parteien jener Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt hatten, haben praktisch die betrügerische Devise der europäischen Kolonialherren und der Staaten, die Kurdistan geteilt haben, übernommen und dadurch zugleich einer anderen Devise den Weg geebnet, der Devise des „**Schutzes der territorialen Einheit**“ jener Länder, an die Kurdistan gekettet ist, was wiederum den Druck auf die Kurden verstärkte, die nicht konform gehen wollten und jetzt unter dem Vorwurf des „**Separatismus**“ bekämpft wurden.

Tatsächlich ist auch der „**Schutz der territorialen Einheit**“ - sei es des Irak, des Iran, der Türkei oder Syriens - zur Devise der kleinbürgerlichen Kurden geworden. Gelegentlich gingen die bürgerlichen Kurden noch schärfer und entschiedener gegen die Vertreter der Unabhängigkeit Kurdistans vor als die arabischen, türkischen und persischen Kommunisten. Sie gingen sogar entschiedener gegen sie vor als die Besetzer Kurdistans selbst. Unter dem Motto der „**Bekämpfung des Separatismus**“ verfolgten und bespitzelten sie ihre kurdischen Landsleute. Sie hatten die Maxime zur Bekämpfung des Separatismus sogar in ihrem Parteiprogramm verankert. Sie verbreiteten sie in ihren Zeitungen und redeten mit oder ohne Anlaß ständig davon, daß sie keine „**Separatisten**“ seien und daß sie die „**Einheit**“ der Staaten, die Kurdistan teilten, erhalten wollten. Als z. B. der Generalsekretär der arabischen Ba'ath-Partei, Michel Aflaq und der ehemalige Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ibrahim Ahmad im August 1958 zusammen im Bagdader Fernsehen auftraten, erklärte Ibrahim Ahmad in arabischer Sprache - sich an die Araber wendend - folgendes:

„Für diese Partnerschaft, für die sich die kurdischen und arabischen Bürger entschieden haben, haben sich schon unsere Vorfahren entschieden, als sie in verschiedenen Epochen zusammenhielten und dieses Land (Irak) verteidigten...Eure kurdischen Brüder sind stolz auf die arabische Nationalbewegung in ihrem Freiheitskampf und überzeugt davon, daß jeder Schritt der Araber zur arabischen Einheit und zur Stärkung der arabischen Macht auch zum Segen für die Kurden wird.“ (vgl. die Bagdader Zeitung „Al-Dschumhuriya“ (Die Republik), 1. Jahrg., Nr. 13, Freitag, 11. August 1958).

Das Programm der „Demokratischen Partei Kurdistans“, wie es auf ihrem 4. Kongreß am 6. Oktober 1959 in Bagdad beschlossen wurde, sagt in Artikel 6, Absatz a, folgendes:

„Wir arbeiten für die Stärkung der brüderlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, Arabern und Kurden, und allen nationalen Minderheiten wie Assyern, Turkmenen usw., außerdem für die Stärkung der nationalen Einheit. Wir setzen uns ein für die Erweiterung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes auf der Basis einer Autonomie im Rahmen der irakischen Einheit und für deren Verankerung in der endgültigen Verfassung, und wir setzen uns ein für die Bekämpfung aller chauvinistischen, kosmopolitischen und separatistischen Gedanken“ (Unterstreichung von mir: Jemal Nebez).

Ebenso verabschiedeten die Anhänger Dschalal Talabanis nach ihrer Trennung von der Barzaniführung in einer Versammlung Ende März 1965, die als „6. Kongreß der Partei DPK“ bezeichnet wurde, ein Programm und eine Innere Satzung, die im 2. Artikel des 4. Kapitels folgende Ziele nennt:

„Stärkung der arabisch-kurdischen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Vereinigung der arabischen und kurdischen fortschrittlichen Kräfte innerhalb eines einheitlichen Blocks und die Bekämpfung aller Bestrebungen nach Separatismus und Annexion“ (Unterstreichung von mir: Jemal Nebez).

Es ist bemerkenswert, daß in den Satzungen der „Demokratischen Partei Kurdistans“, die auf dem 6. Parteikongreß 1964 und auf dem 8. Parteikongreß 1970 beschlossen wurden, zwar noch die Rede von der „nationalen Einheit des Irak“ ist, aber die These von der „Bekämpfung des Separatismus“ fehlt. Sie

fehlt, weil die kurdischen kleinbürgerlichen Marxisten unter der Führung Talabanis nach 1964 in der „Demokratischen Partei Kurdistans“, keinen nennenswerten Einfluß mehr hatten, sie von Barzani und seinen Anhängern kontrolliert wurden und diese - auf jeden Fall nachdrücklicher als die Talabani-Anhänger – an den traditionellen politischen Forderungen der Kurden festhielten bzw. weitere Einbrüche zugunsten der neuen Staaten nicht zulassen wollten. Das kann als Hinweis dafür gelten, daß die traditionelle kurdische Führung nicht aus Überzeugung von der Strategie „**Unabhängigkeit für Kurdistan**“ abgekommen war, sondern gezwungenermaßen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war wegen der Zusammenarbeit mit den kurdischen kleinbürgerlichen Marxisten und aus Rücksicht auf die internationalen Zwänge allerdings nicht mehr offen über die „**Unabhängigkeit Kurdistans**“ von Seiten der traditionellen Führung gesprochen worden. Das muß auch gesagt werden.

Obwohl die kleinbürgerlichen Kurden mit großem Enthusiasmus gegen den Separatismus auftraten, blieben sie nicht davon verschont, selbst des „**Separatismus**“ beschuldigt zu werden, sei es durch die arabischen, türkischen und persischen Linken oder durch die kolonialen Besetzer Kurdistans. Diese Beschuldigung wurde besonders in der General-Kassem-Ära (1958-1963) im Irak sehr schnell auf jene kleinbürgerlichen Kurden ausgedehnt, die Anhänger der „Demokratischen Partei Kurdistans“ waren. Man warf ihnen vor, sie wollten mit Hilfe Amerikas einen Staat gründen. Die Zeitung „Itthad El-Scha'ab“ (Vereinigung des Volkes), Organ der Irakischen Kommunistischen Partei, schrieb am 11. Mai 1959:

„Die Organe des Bagdad-Paktes unter der Führung der amerikanischen Imperialisten sind wieder aktiv. Sie schmieden Pläne, um unsere heldenhafte junge Republik Irak zu bedrohen. Sie haben ihre Propaganda wieder aufgenommen und versuchen wieder, Lakaien zu kaufen, Waffen und Geld zu verteilen und Stützpunkte zu errichten, um die kurdischen Söldner, Feudalherren usw. unter der Devise eines angeblich möglichen 'kurdischen Staates' zu sammeln. Sie reden von der 'Bereitschaft der USA, dem kurdischen Volk helfen zu wollen bei der Erlangung der Unabhängigkeit', und von der angeblichen Gefahr, welche die irakische Republik für die Zukunft der kurdischen Nation bildet.“

Vor Ausbruch der kurdischen Septemberrevolution am 11. September 1961 bis zu ihrem Zusammenbruch am 26. März 1975 war die Bekämpfung des Gedankens der kurdischen Unabhängigkeit der Hauptlogan der kurdischen Kleinbürgergruppierungen.

Als Jalal Talabani im Jahre 1963 nach Ägypten reiste, um an dem „Kongreß der arabischen Einheit“ teilzunehmen, zu dem Delegierte aus Ägypten, dem Irak und Syrien entsandt worden waren und der in Kairo stattfand, erklärte er am 8. April 1963 in einem Memorandum an den Kongreß im Zusammenhang mit seinen Erläuterungen zur kurdischen Frage, daß die Rechte, die den Kurden gegeben werden sollten, so geartet sein müßten, daß es keinen Grund zur Furcht vor einer Abtrennung der Kurden mehr gäbe.²⁰ Aber auch dadurch konnte sich Jalal nicht von dem Vorwurf des „Separatismus“ befreien. Der Chefredakteur der ägyptischen Zeitung „Al-Ahram“, Muhammed Hasanain Heikal, schrieb in dieser Zeitung am 28. Juni 1963:

„Was die Haltung der Vereinigten Arabischen Republik zur (kurdischen) Frage betrifft, hat Jemal Abdul-Nasser seine Meinung Jalal Talabani gegenüber deutlich geäußert:

„Ich möchte Ihnen vor allem sagen, daß ich gegen jede separatistische Tätigkeit bin, in welchem arabischen Land es auch sei. Die Vereinigte Arabische Republik bekämpft alle Strömungen dieser Art, unabhängig davon, wie die Möglichkeiten und Bedingungen sind“.

Daß die Parteisatzung der Talabani-Anhänger auch 1967 klar gegen den „**Separatismus**“ gerichtet war, haben wir schon behandelt.

Bleibt offenzulegen, daß die Bekämpfung des „Separatismus“ durch diese Gruppe noch bis zur Geschmacklosigkeit gesteigert wurden, nämlich nach der Machtergreifung der Ba'athisten im Jahre 1968 und im Zuge der beiderseitigen Zusammenarbeit gegen die von Barzani geführte Septemberrevolution. Nachdem das Ba'ath-Regime dieser Gruppe die Erlaubnis gegeben hatte, eine Zeitung mit dem Namen „Al-Nur“ (= das Licht) in arabischer Sprache herauszugeben, wurde diese Zeitung zu einem Organ des Ba'ath-Regimes und zu einer Waffe gegen den „Separatismus“. Das lag nicht nur im Charakter der Zeitung „Al-Nur“, sondern entsprach der Führung der Talabani-Gruppe, die bis 1970 - entsprechend dem

²⁰ El-Talabani, Jalal: Kurdistan wa-l Harakah el-Qawmiyah el-Kurdiah" (Kurdistan und die kurdische nationalistische Bewegung) in Arabisch, Bagdad 1969/70, S. 207 - 208.

zwischen Barzani und den Ba'athisten geschlossenen „Märzvertrag“ - unter dem Namen „Demokratische Partei Kurdistans“ arbeiteten. So schrieb z. B. die Zeitschrift „Rizgari“ (= Befreiung), die ein Organ dieser Gruppe war und 1969 von Nawschirwan Mustafa*²¹ und Schazad Sayib in Sulaimani herausgegeben wurde, in ihrer Nummer 2 am 27. April 1969 unter dem Titel: **Warum sind wir gegen Separatismus?**

„Unsere Bewegung ist frei von Separatisten. Sollte das Selbstbestimmungsrecht in unserer Hand sein oder nicht sein. Sollte man uns dieses Recht geben oder nicht geben. Wir haben uns jedenfalls entschieden und entscheiden uns weiter für die freiwillige Gemeinschaft mit dem arabischen Volk. Nur aus diesem Grund leisten wir Widerstand gegen den Separatismus, mit dem man uns in Verbindung bringen will, weil die kurdischen Revolutionäre diese Tatsachen sehr gut verstanden und den Weg des Fortschritts klar vorgezeichnet haben, der in der gemeinsamen Bemühung beider Völker, der Kurden und der Araber, und in der Erreichung einer glücklichen Zukunft für beide Völker und ihre Massen besteht. Und dies kann man erreichen durch die Errichtung eines wissenschaftlichen sozialistischen (sprich: marxistischen) Systems, weil unter einem solchen System nicht nur die Klassenunterdrückung verschwindet, sondern das kurdische Volk auch die ihm zustehenden Rechte erhält, nach denen es strebt, und das Selbstbestimmungsrecht in seiner eigenen Hand sein wird. Das kurdische Volk wird jederzeit sicherlich die freiwillige Form der Einheit wählen, die in der Autonomie für Kurdistan im Rahmen der revolutionären irakischen Republik liegt. In diesen sozialistischen Systemen werden sich die Kurden erholen und mit allen nationalen Rechten glücklich werden. Denn durch die Beseitigung der Klassenunterdrückung verschwindet auch die nationale Unterdrückung. Ebenso verschwinden die ideologischen und gesellschaftlichen Zwänge. Um gegen sämtliche separatistischen Strömungen und Bewegungen vorzugehen, müssen alle diejenigen, die eine wirkliche irakische Einheit wollen, alle Rechte des kurdischen Volkes anerkennen und (sie werden dadurch) eine freiwillige Einheit verwirklichen, die Gleichheit in jeder Hinsicht bedeutet.“

So weit, so gut. Nach dem Zusammenbruch der Septemberrevolution (1975) entstand in verschiedener Hinsicht im Nahen Osten eine neue Lage, so daß die marxistischen kleinbürgerlichen Kurden nicht mit ihrer alten Leier fortfahren konnten. Es ergab sich eine neue Lage, eben auch für die KAJYK-Bewegung. Nachdem die kleinbürgerlichen Kurden volle 30 Jahre lang (1946-1976) Propaganda für die „**einzigste Partei**“, die „**einzigsten Vertreter**“ und die „**einzigste Avantgarde**“ betrieben und seinerzeit einen Kreuzzug gegen die KAJYK-Bewegung entfacht hatten, weil KAJYK neben der „**Demokratischen Partei Kurdistans**“ die einzige politische Organisation in Kurdistan war, erkannten sie nach dem Zusammenbruch, daß Existenz und Weiterbestehen einer einzigen politischen Organisation in jedem Teil Kurdistans nicht durchsetzbar waren, besonders, weil die Bourgeoisie sich von der traditionellen Führung lösen und unabhängig machen wollte. Deshalb waren sie gezwungen - wenn auch nicht ehrlichen Herzens - anzuerkennen, daß „**Pluralismus**“ ein Recht der Bewohner Kurdistans sei. Dieser Vorgang ist ersichtlich aus den Schriften der „**Yekêtêy Nischtimaniy Kurdistan**“ (**Patriotische Union Kurdistans PUK**) und der „**Provisorischen Führung der Demokratischen Partei Kurdistans**“ (zur Zeit von Sami Abdulrahman)²², aus den Schriften des „**Komitees zur Vorbereitung der Demokratischen Partei Kurdistans**“²³ und aus den Schriften von „**Hisîk und Hisk**“²⁴ sowie aus der Literatur der „**Demokratischen Partei Kurdistans im Iran**“²⁵ und aus weiteren Dokumenten der meisten kurdischen Organisationen. Diese neue Richtung, das Eintreten für „**Pluralismus**“ in den

²¹ (*) Nawschirwan Mustafa ist gegenwärtig ein Führungsmitglied der PUK

²² Siehe die "Neue Satzung der Demokratischen Partei Kurdistans Irak/Provisorische Führung", Teil des politischen Berichtes der Parteikonferenz, gehalten im August 1976, S. 56 (arabische Ausgabe).

²³ Siehe die Broschüre, die Mahmoud Ali Osman unter dem Namen der "Demokratischen Partei Kurdistans Irak / Vorbereitende Kommission" in arabischer Sprache geschrieben hat, und unter dem Titel "Taqim Masirat el-Thawrah el-Kurdiyah wa Inhiyaruha wa el-Durus wa-l Ibar el-Mustakhlisah minha" (Bewertung der Marschroute der kurdischen Revolution, ihr Sturz und die daraus gezogene Lehre) Anfang Januar 1977 veröffentlicht hat (S. 99)

²⁴ . Siehe die Satzung und die Innere Ordnung der "Sozialistischen Partei Kurdistans/Irak", beschlossen auf dem ersten Kongreß der Partei am 12. - 15. Mai 1981 (arabische Ausgabe).

²⁵ . Siehe die Zeitung "Kurdistan", Organ des Zentralkomitees der "Demokratischen Partei Kurdistans in Iran", Nr. 54, März 1979. Dort heißt es: "Wir glauben nicht an die einzige Partei, und zwar weder in Iran noch in Kurdistan. Wir glauben auch nicht an den Nutzen, Hindernisse aufzubauen gegen die Bestrebungen der Vereine und politischen Organisationen Kurdistans... etc .".

Reihen des kurdischen Kleinbürgertums, schuf nach dem Zusammenbruch der Revolution eine gewisse Legitimation bzw. eine Art von Möglichkeit, einige neue Organisationen zu bilden. Es wurde aber sehr schnell klar, daß dieser „**Pluralismus**“ nicht in Überzeugung wurzelte, denn diese neuen Organisationen kämpften sehr bald erbittert um einen Führungs- bzw. Alleinvertretungsanspruch. Daran hat sich bis heute nichts geändert, doch klar geworden ist, daß von diesen Gruppen die PUK am besten im Fahrwasser der totalitären avantgardistischen Strömung schwimmt.²⁶

Auch hat das kurdische Kleinbürgertum nach dem Zusammenbruch einige Leitsätze, Methoden und geistige Grundlagen der „**kurdischen Neteweyî**“ übernommen, wie ich in meinem Vortrag „Die geistige Reflektion der KAJYK in der Literatur des kurdischen Kleinbürgertums“²⁷ ausführlich dargestellt habe. Ich will hier dennoch noch einmal kurz darauf zurückkommen:

1. Das „**Selbstbestimmungsrecht für die Kurden**“ wurde für einige kleinbürgerliche Organisationen erst nach dem Zusammenbruch aktuell, aber anscheinend war es für einige von ihnen nur eine Modeerscheinung: Sie machten nur leere Versprechungen. Zum Beispiel sprach die „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) eine Zeitlang vom „**Selbstbestimmungsrecht der Kurden**“ (vgl. die Erklärung der PUK vom 18. Oktober 1983 in arabischer Sprache mit dem Titel „Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans über den umfassendsten Angriff der faschistischen Kräfte des Irak in Kurdistan“, in der es im letzten Absatz heißt: „Wir betonen noch einmal die Notwendigkeit der Überwindung sämtlicher Meinungsverschiedenheiten und Nebenwidersprüche und fordern die Zusammenfassung aller nationalen Anstrengungen zu dem gemeinsamen Ziel, die faschistische Macht (im Irak) zu stürzen und eine demokratische patriotische Koalitionsregierung zu verwirklichen, welche dem Irak Unabhängigkeit und Demokratie garantiert und dem kurdischen Volk das Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen“. - Aber als im Jahre 1984 die Anführer der PUK die Gespräche mit den Machthabern des Bagdader Regimes - das sie selber als faschistisch bezeichnet hatten und stürzen wollten - wieder aufnahmen, rechtfertigten sie dies damit, daß sie es der irakischen Armee und der territorialen bzw. nationalen Einheit (sic!) zuliebe täten, eben zum „**Schutz der irakischen Grenzen**“. Aber was hat das „Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes“ (und eine mögliche Gründung eines Staates Kurdistan) zu tun mit der „Rücksicht auf die irakische Armee“, die „nationale irakische Einheit“ und den „Schutz seiner Grenzen?“ Zusätzlich ist die Tatsache der leeren Versprechungen, des Betruges aus dem Plan ersichtlich, den die PUK im Jahre 1984 bezüglich der Autonomie für Kurdistan dem Ba'ath-Regime vorgelegt hat. In ihm wurde die Provinz Kirkuk nicht einmal erwähnt!²⁸ Obwohl die kurdischen Kleinbürger das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts von den Neteweyî-Anhängern (KAJYK) übernommen haben, so meinen sie beide nicht dasselbe. Die Neteweyî-Kurden sagen, daß das Selbstbestimmungsrecht auf jeden Fall „**in Freiheit für die Freiheit**“ ausgeübt werden müsse, worauf ich später noch zurückkommen werde.
2. Einige Gruppen der kurdischen Kleinbürger gaben nach dem Zusammenbruch zu, daß Kurdistan eine Kolonie ist und von den türkischen, arabischen und persischen Okkupatoren ausgebeutet wird. Sogar der „Marxistisch-Leninistische Verein“ (Komala) verlautete nun, daß die Arbeiterklasse Kurdistans eigene Interessen habe, die mit den Interessen der Arbeiterklasse der Türken, Araber und Perser nicht identisch seien,²⁹ ein Gedanke, der schon ein Vierteljahrhundert zuvor von KAJYK vertreten worden war.
3. Das kurdische Kleinbürgertum hatte aus dem Zusammenbruch von 1975 ganz allgemein gelernt, daß die

²⁶ Obwohl die "PUK" nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution (März 1975) von der Notwendigkeit der "Organisationsfreiheit" in Kurdistan ständig redete, sucht sie doch - wie aus ihren Veröffentlichungen und Verhaltensweisen hervorgeht - die eigene Dominanz auf der politischen Bühne Kurdistans. Sie nimmt für sich das "Führerschaftsrecht" und die "avantgardistische Rolle" in Anspruch. Um ihr Ziel zu erreichen, benutzt sie auch Gewalt gegen andersdenkende Gruppierungen. Es gibt dafür zahlreiche Beispiele, u. a. der Angriff der PUK auf Stellungen der irakischen KP, der Sozialistischen Partei des irakischen Kurdistan und der PASOK im Frühjahr 1983 in Pischtaschan, wobei viele Kommunisten getötet wurden, darunter auch junge Frauen, ebenso der bewaffnete Angriff der PUK auf die von ihr abgespaltene "**Alay Schorisch**" (Fahne der Revolution). Die PUK, die mehr als jede andere kurdische Gruppierung sich als links definiert, ist eine Gruppierung des kurdischen Kleinbürgertums par excellence, die ihren Dienst den Kurdistan aufteilenden Staaten zur Verfügung stellt. Die ehemaligen Anhänger von PUK bzw. Kader der "**Komeley Rencderan**" (Werkstättenvereinigung Kurdistans) sehen in Dschalal Talabani und seiner Clique eine "faschistische Gruppe kurdischer Kleinbürger", siehe die in kurdischer Sprache herausgegebene Erklärung "**Eine notwendige Erklärung**" von acht Seiten, gezeichnet von "einer Gruppe aus den Kadern der Werkstättenvereinigung Kurdistans in Schweden", datiert vom 1.12.1984.

²⁷ . Es handelt sich um einen Vortrag, den der Vortragende in Berlin am 14.4.1984 in kurdischer Sprache für die Kurden gehalten hat, und zwar anlässlich des 25-jährigen Gründungsjubiläums der KAJYK am 14.9.1959.

²⁸ . In diesem vorgeschlagenen "Autonomieplan für das irakische Kurdistan" steht außerdem folgendes:

"Das Gebiet (des irakischen Kurdistan) ist ein unteilbarer Teil des irakischen Bodens und sein Volk ist ein unteilbarer Teil des irakischen Volkes." In einem anderen Absatz steht folgendes:

"Die Autonomieorgane sind Teile der Organe der irakischen Republik" und "Die Ausbildung in dem Gebiet; (des irakischen Kurdistan) steht in allen ihren Stufen unter der allgemeinen Aufsicht des Staates unter der Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten des Gebietes."

Anmerkung des Vortragenden: Mit anderen Worten: Die Unterrichtssprache ist zwar Kurdisch, den Inhalt aber bestimmt die Ideologie der Ba'ath-Partei, jene Partei, die PUK vor den "Verhandlungen" selbst öfters "faschistisch" genannt hatte.

²⁹ . Vergleiche die Ausführungen von "**Komeley Rencderanî Kurdistan**" (Werkstättenvereinigung Kurdistans) in ihrer Broschüre: "Eraqçetîyî Dagîrker û Borcuwazîyî Kurdistan. Kurdistanîbunî Kirêkaran û Rencderan" (Das Irakerium der Eroberer und die Bourgeoisie Kurdistans. Die kurdistanische Zugehörigkeit der Arbeiter und Werkstätten), April 1983.

- Führung der kurdischen Nationalbewegung sich nur auf die kurdischen Massen und die Macht des eigenen Volkes stützen kann - und nicht auf das Ausland.³⁰ Das war einer der fundamentalen Gedanken der KAJYK und wurde auch in ihrem Manifest KAJYK-Name dargelegt.³¹
4. Nach dem Zusammenbruch der Revolution wurde außerdem zugegeben, daß die Okkupatoren Kurdistans gegenüber der kurdischen Frage alle dieselbe Einstellung hegen, auch wenn sie untereinander Differenzen haben. Damit hatte sich ein ganzes Kapitel von KAJYK-Name³² beschäftigt.
 5. Nach dem Zusammenbruch von 1975 fiel auch die Entscheidung für die Arbeit im Untergrund anstelle der offenen Arbeit.³³ Dies war die Basis der Arbeitsweise der KAJYK und - ganz generell - der Neteweyi-Bewegung.³⁴ Dabei muß man aber wissen, daß die kurdischen Kleinbürger, obwohl sie sich nach dem Zusammenbruch gezwungenermaßen für die Untergrunderarbeit entschieden hatten, jede sich ergebende Gelegenheit zur offenen Arbeit nutzten. In der kurdischen Neteweyi-Bewegung ist man jedoch der Auffassung, daß solchermaßen - mit Genehmigung und „Lizenz“ der Okkupatoren Kurdistans - für die Kurden und Kurdistan zu arbeiten, niemals sinnvoll und möglich sein kann, wie die Erfahrung es gezeigt hat, weil diese Okkupatoren antidemokratisch und gewalttätig sind.
 6. Die marxistischen Organisationen des Kleinbürgertums richteten sich volle 40 Jahre lang nach der **stalinistischen Auffassung von der „Nation“**. Danach erst gelangten sie - nach KAJYK und im Gegensatz zu Stalins These - zu der Auffassung, daß eine **„gemeinsame Binnenwirtschaft“** keine notwendige Bedingung für die Existenz einer Nation sei. Zu dem politischen Report (Anm. Nr. 22), den Sami Abdulrahman seinerzeit für die „Konferenz der provisorischen Führung der DPK“ im Jahre 1976 vorbereitet hatte und der zur Satzung der „DPK/provisorische Führung „ wurde, heißt es auf Seite 80: „Der gemeinsame Siedlungsraum, die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame Mentalität, die in der Literatur und in der Überlieferung in Erscheinung treten und Voraussetzungen der Existenz einer Nation sind, sie alle sind sämtlich und eindeutig bei der kurdischen Nation vorhanden.“ Hieraus ersehen wir, daß von „gemeinsamer Wirtschaft“ als Bedingung für eine Nation nicht mehr die Rede ist, obwohl die Satzung der „provisorischen Führung „ die DPK als eine **„marxistisch-leninistische“** Partei bezeichnet. Ebenso besagt der in persischer Sprache vorgelegte Bericht des **„Zentralkomitees der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran“** zum 4. Kongreß folgendes: „Die Kurden erfüllen alle notwendigen Bedingungen, um als Nation gelten zu können, weil drei wichtige und grundlegende Merkmale für die Existenz einer Nation - nämlich gemeinsame Sprache, gemeinsames Territorium und gemeinsamer Charakter und Lebensweise - im Falle der Kurden völlig vorhanden sind. Und selbstverständlich wird das gemeinsame wirtschaftliche Leben meist nicht als eine wichtige Bedingung für die Existenz einer Nation betrachtet.“
 7. An der Zielvorstellung **„Autonomie für Kurdistan und Demokratie für die Staaten, an die je ein Teil Kurdistans gekettet ist“** (Irak, Iran usw.), welche die kurdische Septemberrevolution proklamiert hatte, wurde auch nach dem Zusammenbruch unverändert festgehalten. Aber diesmal sollte es eine **„echte Autonomie“** sein, obwohl die Bedingungen und Merkmale einer **„echten Autonomie“** bis jetzt nicht festgelegt wurden.

³⁰ Siehe z. B. das Geständnis einer führenden Persönlichkeit der DPK wie Dr. Mahmoud Ali Osman in Anm. Nr. 23 seiner schon erwähnten Broschüre, S. 102.

³¹ In KAJYK-Name, S. 18, steht wörtlich:

"Nur die Kurden sind in der Lage, sich selbst zu befreien, und zwar durch das ihnen eigene Geistesgut. Deshalb stützt sich KAJYK nur auf die Kurden und glaubt nicht an (eine Befreiung der Kurden durch) Fremde. Jeder, der behauptet: "Die Fremden befreien die Kurden", wird als einfüchtig angesehen oder als im Dienste der Feinde stehend."

³² In KAJYK-Name, S. 18, steht wörtlich:

"KAJYK sieht alle Eroberer Kurdistans gleich an und betrachtet Kurdistan als Land der Kurden. Die Kurden müssen selbst in Kurdistan herrschen. Deshalb glaubt (KAJYK) nicht an jene verlogene Bruderschaft, durch die sein Reichtum, Hab und Gut ausgeplündert wird und dazu noch den Kurden minimale Menschenrechte vorenthalten werden. Damit versteht (KAJYK) jede nicht-kurdische (bzw. Fremd-)Herrschaft über Kurdistan als eine illegale Tat."

³³ Siehe z. B. die Broschüre der "Sozialistischen Partei Kurdistans in Irak" unter dem Titel "Hizbî Şorişgêr" (Die revolutionäre Partei), S. 5-6.

³⁴ Siehe den Aufsatz "Die Ziele der KAJYK und die Methoden ihrer Verwirklichung" in kurdischer Sprache, veröffentlicht im November 1961. Veröffentlicht zum zweiten Male in der Zeitung "Bangî KAJYK" (Aufruf der KAJYK), Nr. 5, 10.10.1968, siehe auch "Chon Hawbîrêk bo KAJYK Wedestdehênî?" (Wie gewinnst du einen Gesinnungsfreund für KAJYK?) von Rasoul, Januar 1962, 2. Aufl., 1968 in Europa.

V. Die „Argumente“ der Gegner der kurdischen Unabhängigkeit

1. „Da die Kurden bisher keinen Staat hatten, sollen sie auch jetzt keinen haben.“

Eines der „Argumente“, die gegen die Unabhängigkeit Kurdistans angeführt werden, lautet dahingehend, daß die Kurden angeblich noch nie einen Staat hatten und was in der Vergangenheit bis zum heutigen Tage so gewesen sei, müsse auch so bleiben. Dieses Argument wird vor allem von den Okkupatoren Kurdistans und den Kräften vorgebracht, die diese Okkupatoren unterstützen.

Auf einer Versammlung, die im Jahre 1965 in Kairo unter dem Vorsitz des verstorbenen ägyptischen Staatspräsidenten Nassers zum Zwecke des Meinungsaustausches über den arabischen Nationalismus stattfand, sagte z. B. der Leiter der irakischen Delegation, Dr. Abdul-Aziz El-Duri, ehemaliger Dozent für Geschichte an der Universität Bagdad: „Bis heute existierte in der Geschichte kein kurdisches Fürstentum und kein kurdischer Staat, und das Wort Kurdistan wurde erst in jüngster Zeit aufgebracht...“³⁵ Nun ist dieser Dr. El-Duri offensichtlich kein Wissenschaftler und Historiker. Er ist Politiker, weniger noch: er spricht im Sinne von Politikern, allerdings nicht aufgrund von Fakten. Immerhin haben 1965 Experten seine Ausführungen gehört, so machen auch wir uns die Mühe und gehen wir auf sie ein:

Zur Diskussion dieses „Argumentes“ müssen wir zunächst beachten, daß der Staat in früheren Zeiten keinesfalls die gleichen Merkmale und die gleiche Bedeutung hatte wie heute. Der Staat bestand in der Vergangenheit vor allem im Orient in der Herrschaft einer Person oder einer Familie innerhalb eines bestimmten Gebietes oder der Herrschaft eines Stammesführers über andere Stämme. Je nach der Entstehung dieses Herrschaftssystems, sei es auf Grund des Führungsanspruchs einer Adelsfamilie oder einer religiösen Sippe oder durch Sieg in einem Krieg, trug der Staat in der Regel den Namen der Herrscherfamilie oder des Stammes oder der Sippe, die die Regierungsgewalt ausübte. Der Staat der Umayyaden (661/62-750) und der Staat der Abbassiden (750-1258) waren nach den Familien der Umayyaden und der Abbassiden benannt. Sie trugen nicht den Namen des arabischen Volkes. Ebenso trugen das Osmanische Reich (1299-1924), das Safawidenreich (1501-1722) und das Qadscharenreich (1794-1925) die Herrscherfamilien der Osmanen, der Safawiden und den Qadscharen in ihrem Namen. Von Türken, Persern und Turkmenen war im Namen dieser Staaten nicht die Rede.

Wenn es um Herrschaftsapparate des Orients als den Staaten der Vergangenheit geht, wie die eben genannten, so hatten die Kurden ebenfalls mehrere solcher Staaten, z. B. den Hesnewi-Staat, der um das Jahr 959 entstand und den Dosteki-Staat (990-1096), der politische und militärische Beziehungen zum byzantinischen Reich hatte. Außerdem hatten die Kurden in den letzten Jahrhunderten den Soran-Staat unter dem Fürsten Mir-i Kora, der nach Aussagen jener Europäer, die sich dort aufhielten, z. B. des Engländers Dr. Roos, viel besser und ordentlicher regiert wurde als das Osmanische Reich.³⁶

Außerdem besaßen die Kurden den Staat Botan unter dem Fürsten Bedir Khan, der über eine reguläre Armee mit schwerer Artillerie und hervorragender Ausrüstung verfügte, Beziehungen zu Europa unterhielt und die Einheit ganz Kurdistans anstrebte. Außerdem ist zu erwähnen, daß es bis zum Jahre 1515 in Kurdistan mehrere Staaten in Form von Fürstentümern gab, die völlig unabhängig regierten. Die Geschichte dieser Staaten wurde in der Kurdenchronik „Scherefname“, niedergeschrieben im Jahre 1596/97, ausführlich dargestellt. Bei der Betrachtung der kurdischen Staaten ist immerhin zu bemerken, daß die kurdische Familie der Ayubiden unter der Führung Saladins - in Ägypten, Syrien und einigen anderen Ländern - den mächtigen Staat der Ayubiden gründete und daß die Familie der Brachoyi in Belutschistan ebenfalls einen großen Staat gründete. Aber wir wollen sie nicht berücksichtigen, weil diese beiden Staaten außerhalb Kurdistans lagen. Des weiteren lassen wir außer acht, daß im heutigen Kurdistan etwa 700 Jahre vor Christus die Meder ein großes Reich gründeten und daß die Meder nach den

³⁵ Nebez, Jemal: Hawlah el-Muschkilah el-Kurdiyyah" (Über das kurdische Problem), Publikation der National-Union kurdischer Studenten in Europa (NUKSE) in arabischer Sprache, 1969, S. 12.

N.B. Der Name Kurdistan ist mindestens seit dem 12. Jahrhundert offiziell benutzt worden.

³⁶ Nebez, Jemal: Der kurdische Fürst Mir Muhammad-i Rawandizî, genannt Mir-i Kora, im Spiegel der morgenländischen und abendländischen Zeugnisse. Ein Beitrag zur kurdischen Geschichte, Hamburg 1970, S.110. Arabische Übersetzung von Fakhri Salahshor, 1. Auflage, Stockholm 1994, 2. Auflage, Hawler (Kurdistan), 2003

Aussagen einiger bedeutender Orientalisten wie z. B. Minorsky (1877-1966) die Vorfahren der heutigen Kurden waren.

Von alledem wollen wir gar nicht reden, sondern uns mit den Staaten begnügen, die in den letzten 1000 Jahren in Kurdistan entstanden sind. Wir wollen uns vor Augen führen, daß Anfang November 1918 unter der Führung von Scheich Mahmud ein Staat Süd-Kurdistan gegründet und Mitte November 1918 von Großbritannien offiziell anerkannt wurde, und zwar einige Jahre, bevor die heutigen Staaten Irak, Iran, Syrien und Türkei geschaffen wurden.

Wenn also argumentiert wird, daß jeder, der früher keinen Staat hatte, auch jetzt keinen haben dürfte, dann dürften z. B. die Türken noch weniger einen Staat haben als die Kurden, denn der türkische Staat wurde erst 1923 gegründet. Dagegen war jener Staat, der als Osmanisches Reich von 1299 bis 1924 existierte, kein türkischer Staat, sondern ein dynastischer Staat, der aus mehreren Völkern, Stämmen und Religionsgemeinschaften sich zusammensetzte; diejenigen, die Türkisch sprachen, bildeten darin im Verhältnis zu den Arabern, Kurden, Armeniern, Lasen, Tscherkessen, Griechen, Bulgaren, Albanern usw. eine sehr kleine Minderheit. Außerdem war es in der Zeit des Osmanischen Reiches und bis Ende des 19. Jahrhunderts eine Beleidigung, jemanden als „Türken“ zu bezeichnen, und wenn man zu jemandem sagte: „Du bist Türke“, hätte sich der Betreffende sehr geärgert und geantwortet: „Ich bin kein Türke, ich bin Osmane.“

Ebenso gab es vor dem Putsch Reza Chans (1921) keinen Staat mit Namen „Persien“; der von Reza Chan ergriffene Staat trug den Namen der Qadscharen-Dynastie. Die Qadscharen jedoch waren turkmenisch und nicht persisch. Vor den Qadscharen regierten die Zendis, d. h. eine kurdische Dynastie im Gebiet des heutigen Iran. Wiederum vor diesen herrschten Nadir-Schah Hawschar (Afschar) und die Safawiden; die Vorfahren von Nadir-Schah waren Kurden aus Hawschar, und auch die Safawiden waren eine kurdische Derwisch-Dynastie, die dann die schiitische Konfession übernommen haben, und keine Perser.

Die Nationalstaaten der Türken, Perser und Araber sind erst in diesem Jahrhundert entstanden. Die Türkei wurde - wie bereits erwähnt - 1923/24 gegründet. Der Nationalstaat der Perser im Iran wurde 1925 gegründet, und der Name „Iran“ sogar erstmals im Jahre 1937 in Europa offiziell gebraucht. Der Irak wurde 1921 von Großbritannien gegründet. Pakistan war bis 1948 ein Teil Indiens, und Bangladesch war bis Anfang der 70er Jahre ein Teil Pakistans. Es gibt mehrere afrikanische Staaten, die erst in den letzten Jahren entstanden sind.

Wenn es so wäre, daß, wer früher keinen Staat hatte, auch heute keinen haben dürfte, dann dürften weder die Türken noch die Perser einen Staat haben, und die Staaten Irak, Pakistan und Bangladesch sowie die meisten afrikanischen Staaten dürften nicht existieren.

Nehmen wir einmal an, es stimmt, daß nur diejenigen einen Staat haben dürfen, die schon einmal einen hatten. Dann ist das Gegenteil auch richtig. Einmal abgesehen von den Kurden, deren Vorfahren dem Mederreich zugeordnet werden: Warum haben die heutigen Siryani, Armenier³⁷, Kopten und die Phönizier im Libanon - alles Nachfahren jener Siryani, Armenier, Kopten und Phönizier, die in alter Zeit sehr große Reiche hatten - heute keinen Staat und warum läßt man sie keinen haben?

Ebenfalls waren die Juden, die vor einigen tausend Jahren das Reich Israel gegründet haben, sehr stark und werden auch im Koran erwähnt. Warum wollen arabische Chauvinisten wie Abdul-Aziz El-Duri, der den Kurden das Recht auf einen Staat mit der Begründung abspricht, diese hätten auch früher keinen Staat gehabt, warum wollen er und andere arabische Chauvinisten nicht, daß die Juden einen Staat haben?

Die Israelis hatten doch im Altertum einen Staat. - Ähnliches gilt auch für die türkischen Chauvinisten, die behaupten, die Kurden hätten bis heute keinen Staat gehabt. Sie wissen aber sehr wohl, daß die Armenier einen Staat hatten - weshalb lassen sie diese dann keinen Staat haben?

Demzufolge ist das „Argument“, wer früher keinen Staat hatte, dürfe auch heute keinen haben, ein bloßer Vorwand gegenüber den Kurden und ein „Argument“ ohne Hand und Fuß. Tatsache ist überdies, daß die Kurden in früheren Zeiten sehr wohl Staaten hatten.

Nun wollen wir noch untersuchen, ob dieses „Argument“ in sich logisch ist. Wenn jemand behauptet, daß ein Volk, das früher keinen Staat hatte, heute auch keinen haben dürfte, dann geht er offensichtlich vom Maßstab des „Alters“ aus. Bei ihm muß alles alt sein und von früher stammen, sonst hat es kein Recht zu existieren. Tatsächlich sagen auch die Kurden: „Nur das Alte ist zäh.“ Aber das ist nicht in jedem Falle

³⁷ (**) Die Armenier konnten nach der Auflösung der UdSSR ihren Nationalstaat gründen.

richtig. Nicht jedes Alte ist wie Wein - der in gewissem Rahmen - durch das Alter besser wird. Speisen und Getränke werden normalerweise durch das Alter schlechter. Der Mensch wird schwächer, je älter er wird. Häuser und Gebäude werden mit der Zeit baufälliger. Vielleicht wenden einige ein, der Staat sei etwas Abstraktes und nichts Materielles wie die oben erwähnten Beispiele. Wenn also der Staat etwas Abstraktes ist und von der Willenserklärung einer Gruppe von Menschen zum Zusammenleben getragen wird, müssen wir wissen, daß auch das einen Anfang gehabt haben muß. Auch diejenigen, die schon vor Tausenden von Jahren einen Staat hatten - wie die Griechen - haben eines Tages damit begonnen, das entsprechende Verlangen auszudrücken. Jede Tat muß einen Anfang haben, und jede Neuentstehung braucht einen Anfang. Jeder Mensch kommt mit der Geburt in die Welt, und niemand kann behaupten, wer bisher nicht geboren sei, dürfe auch nicht geboren werden. Das einzige, was keinen Anfang und kein Ende hat, also von Ewigkeit zu Ewigkeit existiert, ist Gott. Da aber der Staat ein Werk des Menschen ist, muß er auch einen menschlichen Charakter haben. Also muß er einen Anfang haben, und dieser Anfang wird von dem Verlangen und dem Willen der Menschen bestimmt.

Die Gründung eines Staates, egal in welcher Art und von welchem Volk er gegründet wird, bedeutet Unabhängigkeit. Unabhängigkeit aber ist ohne Entscheidungsfreiheit und die Freiheit zur Durchführung dieser Entscheidungen nicht denkbar. Zur Existenz der Freiheit ist die Existenz von Macht erforderlich. Wer keine Macht hat, ist nicht frei, und wer nicht frei ist, hat auch keine Macht. Freiheit und Macht bedingen sich gegenseitig; daher sind diejenigen, die gegen die Unabhängigkeit Kurdistans sind, auch dagegen, daß die Kurden genauso viel Macht besitzen wie die Völker, die Kurdistan teilen und selbst im Besitz von Staaten sind. Kurz: Diejenigen, die dagegen sind, daß die Kurden genauso viel Freiheit haben wie jene Völker, die Kurdistan teilen, betrachten das kurdische Volk als minderwertig gegenüber den Völkern der Türken, Perser und Araber, auch wenn sie eintausendundeinmal von Brüderlichkeit reden. Wenn also einer argumentiert, wer früher keinen Staat hatte, dürfe auch heute keinen haben, so heißt das: Wer früher nicht in Unabhängigkeit frei war, darf auch heute nicht darin frei sein. Das liefert denen einen Vorwand, die die Macht haben und so „frei“ sind, den machtlosen Völkern den Weg in die Unabhängigkeit und Freiheit zu versperren und sie zu bekämpfen.

Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß das genannte Argument nur Gültigkeit besitzt, solange ein Volk nicht in der Lage ist, seinen eigenen Staat zu bilden. Sobald dieses Volk ohne Staat seinen eigenen Staat gegründet hat, entschwindet jenes Argument entweder sofort oder allmählich, und dieselben Machthaber, die bis gestern behauptet haben, wer keinen Staat gehabt habe, dürfe auch jetzt keinen haben, erkennen die Tatsachen an und erwähnen dieses Argument nicht mehr, wenn sie sehen, daß das ehemals gänzlich machtlose Volk ein Stadium erreicht hat, wo man es an der Machtausübung nicht mehr hindern kann.

So bekämpften z. B. die Franzosen die Algerier auf die grausamste Art. Aber als sie merkten, daß es nicht mehr ging, haben sie die Unabhängigkeit Algeriens anerkannt. Das Argument, daß die Algerier früher auch keinen Staat gehabt hätten und ein Teil Frankreichs seien, verschwand.

Als die Bengalen sich von Pakistan trennen wollten, gingen die Pakistanis mit aller Härte gegen das bengalische Volk vor. Als aber Indien Truppen nach Bengalen schickte und die pakistanische Armee besiegte, war Pakistan gezwungen, die Unabhängigkeit Bengalens (das damalige Ost-Pakistan) anzuerkennen. Das Argument, daß Bengalen ein Teil Pakistans sei, ehemals keinen Staat gehabt habe und somit auch keinen haben dürfe, verschwand.

Ebenso richteten die chauvinistischen Türken unter der Führung des Jungtürken Cemal Pascha (genannt Saffah, der Bluttrünstige) im Ersten Weltkrieg in Syrien zahlreiche Araber hin, weil sie die Unabhängigkeit der arabischen Länder und deren Trennung vom Osmanischen Reich verlangt hatten. Als aber die Araber mit Hilfe der Briten und Franzosen die Unabhängigkeit erlangt hatten, waren die Jungtürken gezwungen, sie anzuerkennen, und das erwähnte Argument verschwand.

Als Israel am 14. Mai 1948 dabei war, ein Staat zu werden, wurde es von allen Arabern bekämpft, besonders von den Ägyptern, mit der Begründung, daß es bisher kein Staat gewesen sei und auch jetzt keiner werden dürfte. Inzwischen hat Ägypten mit Israel den Vertrag von Camp David unterzeichnet, und die Haltung vieler anderer arabischer Staaten gegenüber Israel ist nicht mehr die gleiche wie früher, und womöglich fehlt nicht mehr viel, daß sie sich mit Israel auf Dauer einigen. ***³⁸

Aus dem Gesagten wird klar, daß das Argument, wer keinen Staat hatte, dürfe auch heute keinen haben, nach der entsprechenden Staatsgründung früher oder später verschwindet, d. h. dieses Argument ist nur

³⁸ (***) Inzwischen haben viele arabische Staaten und die PLO das Existenzrecht Israels anerkannt.

ein Vorwand und sonst nichts. Es handelt sich nicht um die Frage von alt oder neu. Es ist eine Frage der Macht. Daher muß man wissen, daß jede Unabhängigkeit, wie bereits erwähnt, mit der Erlangung einer gewissen Macht entsteht. Sogar bei der Autonomiefrage der Kurden ist das so. Eine Autonomie besteht aus einer bescheidenen Unabhängigkeit, einer begrenzten Macht und aus nichts anderem. Die Ba'athisten, die Mitte der 50er Jahre dagegen waren, daß der Name der Kurden irgendwie erwähnt wurde, waren 1963 aus Furcht vor den kurdischen Peschmerga und wegen ihrer eigenen Schwäche gezwungen, über eine „Dezentralisierung“ zu sprechen, und 1970 waren sie sogar gezwungen, über Autonomie zu sprechen. Es ist offensichtlich, daß die Kurden nur deshalb im Irak über eine „Autonomie“ reden können (wobei dahingestellt bleiben soll, ob es sich um eine echte oder unechte Autonomie handelt), weil sie nur im Irak den Okkupatoren ihres Landes eine gewisse Macht entgegensetzen konnten.

2. „Eine Unabhängigkeit Kurdistans würde die Schwächung des türkischen, persischen, arabischen und kurdischen Proletariats bedeuten.“

Die Vertreter dieses „Arguments“ sagen, daß die Unabhängigkeit Kurdistans die Trennung der kurdischen „Proletarier“ von den türkischen, persischen und arabischen „Proletariern“ bedeute, was wiederum eine Schwächung der „Arbeiterklasse“ jener Länder zur Folge habe, die Kurdistan annektiert haben und daß dadurch der „Imperialismus, der Kapitalismus und die Rückständigkeit“ gefördert würden.

Es handelt sich hier um ein spezielles „Argument“ der Kommunisten und Marxisten, insbesondere der kommunistischen und marxistischen Organisationen, die die politische Linie der kommunistischen Parteien des Irak, des Iran, der Türkei und Syriens vertreten und die sich schon immer nach der sowjetischen kommunistischen Partei und des Regimes der Sowjetunion gerichtet haben.

Bei der Diskussion dieser Meinung wollen wir zunächst nicht berücksichtigen, ob es heute in Kurdistan, im Irak, in der Türkei, im Iran oder in Syrien überhaupt eine „**Arbeiterklasse**“ im Sinne von Karl Marx gibt oder nicht. Aber ganz offensichtlich und unübersehbar ist die Tatsache, daß - wie bereits erwähnt - die vier genannten Staaten alle nach dem Ersten Weltkrieg entstanden sind: der Irak 1921, die Türkei 1923/24, der Iran 1925 und Syrien 1946. Also wurde Kurdistan nach dem Ersten Weltkrieg auf diese Nationalstaaten aufgeteilt. Jetzt stellt sich folgende Frage: War denn damals, als Kurdistan auf diese Staaten aufgeteilt wurde, in diesen Ländern ein industrielles „**Proletariat**“ als Klasse vorhanden? Sicherlich nicht. Vielmehr handelte es sich um rein agrarische Gebiete, die von verschiedenen Stämmen und Großgrundbesitzern beherrscht wurden und weder Kapitalismus noch Industrie kannten. Wo keine Kapitalisten und keine Fabriken sind, entsteht auch kein Arbeiterproletariat.

Auch ist jedem historisch Gebildeten bekannt, daß die heutige Türkei durch den Vertrag von Lausanne (1923) entstanden ist, der von den Engländern, den Franzosen und den Italienern unterzeichnet wurde. Gründer des heutigen Syrien war Frankreich, Gründer des Irak war Großbritannien. Haben die drei Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Italien diese vier Staaten etwa gegründet, um das arabische, türkische, persische und kurdische Proletariat zu stärken? Haben die Kolonialmächte diese künstlichen Staaten nicht vielmehr absichtlich so geschaffen, damit in jedem von ihnen mehrere Völker enthalten sind, von denen je eines die Mehrheit, die Macht und die Kontrolle über den Staat besitzt, mit den Kurden als Minderheit ohne Macht und Staat dazwischen, damit Kämpfe und innere Unruhen entstehen, diese Völker sich gegenseitig befeinden und bekämpfen und schließlich auch das kurdische und das arabische Proletariat, das kurdische und das türkische Proletariat, ebenso das kurdische und das persische Proletariat sich gegenseitig mit Haß betrachten und nicht als Vertreter der gleichen Klasse mit gleichen Interessen? Jene, die glauben, daß die gegenwärtige Lage, dieses Mosaik von Völkern in den Staaten dem Proletariat der genannten Völker diene und daß deshalb die Grenzen dieser Staaten unverändert bleiben müßten, müssen zugeben, daß der kolonialistische Westen nach dem Ersten Weltkrieg sehr gute Arbeit geleistet hat, als er Kurdistan teilte und jeden Teil an einen anderen Staat kettete. Wer so etwas behauptet (hier die Kommunisten), hat auch in anderer Hinsicht kein Recht mehr, die Kolonialisten und Imperialisten des Westens zu beschuldigen und zu beschimpfen, sondern muß sie im Gegenteil sogar loben. Schließlich ist er selber Kolonialist und Imperialist geworden.

Außerdem, die Macht, die jahrelang und bis heute mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln, auch durch den direkten Einsatz ihrer Armee, durch den Pakt von Sa'ad-Abad (1937), durch den Bagdad-Pakt

(Mitte der 50er Jahre) und dann den CENTO-Pakt, die künstlichen Grenzen dieser Staaten schützte, war und ist es nicht Großbritannien? Sind die Kräfte, die heute durch Drohungen und Waffengewalt die Grenzen der Türkei und ihres gegen die Freiheit gerichteten militärisch-autoritären Regimes schützen, nicht NATO-Mitglieder, und vor allem die Vereinigten Staaten? Schützen Großbritannien, die USA und alle anderen NATO-Mitglieder die Grenzen der Türkei den türkischen und kurdischen Proletariern zuliebe? Wenn die USA und Frankreich seit neuestem Saddam Hussein unterstützen, tun sie das etwa den irakischen Proletariern zuliebe? Im Jahre 1980 hatte Amerika das irakische Ba'ath-Regime noch auf seiner „Terroristenliste“ geführt. Diente diese Kehrtwendung der USA den irakischen Proletariern? Oder diente sie den völlig besitzlosen arabischen Bewohnern der Sumpfgebiete von Dschibayisch und Tarraba (im Südirak)?

Diejenigen, die meinen, die Errichtung eines Staates Kurdistan trenne das kurdische Volk von den Völkern der Araber, Türken und Perser und schwäche das kurdische Proletariat, sollten sich dieses Beispiel vor Augen halten: Wenn sechs Menschen in einer Sechszimmerwohnung zusammenleben und nicht die Möglichkeit haben, je einen eigenen Haushalt zu führen, heißt das nicht, daß sie mit der Zeit Freunde und Brüder werden. Oder wenn zwei Menschen eigene Haushalte haben, bedeutet das nicht, daß sie sich nicht mögen und nicht zusammenarbeiten wollen. Genauso wie die Kurden sagen: „Ein Blinder kann nicht einen Blinden führen“, ist ein Gefangener nicht in der Lage, einem anderen Gefangenen zu helfen. Erst ein freies kurdisches Volk, das einen freien unabhängigen Staat, also Macht besitzt, ist das Volk, das anderen unterjochten Völkern helfen kann, besonders den Nachbarvölkern Kurdistans, den Türken, Arabern und Persern, vor allem aber denen, die keine Rechte haben und die Leidtragenden sind, weil ihr Schicksal sie totalitären Regimen und Despoten ausgeliefert hat.

Alle freiheitsliebenden Araber, Türken und Perser und alle Oppositionellen in diesen Völkern, darunter sogar Gegner der Unabhängigkeit Kurdistans, wissen genau, daß sie in den letzten zwanzig Jahren jederzeit, wenn sie in Not waren und von ihren eigenen Regimes verfolgt wurden, bei den kurdischen Peschmerga (Freiheitskämpfer) und in den Bergen Kurdistans Asyl finden konnten. Das kurdische Volk erbarmte sich ihrer und gewährte ihnen Asyl und Gastfreundschaft, ohne nach ihrer politischen Haltung oder ihrer Vergangenheit zu fragen.

Das alles geschieht heute, wo Kurdistan kein unabhängiger Staat ist. Kurdistan hat den Asylanten Hilfe geboten, daß sie auch in unserer Zeit im Sommer im Schatten der Walnußbäume Kurdistans liegen können, sogar manche von ihnen sich an die Stelle Saddams oder Khameinis träumen. Und im Winter gehen sie zu den armen Bauern Kurdistans, um mit ihnen deren weniges Brot zu teilen. Und einige davon betrachten Kurdistan als arabisches, persisches oder türkisches Land, ohne daß ihre Asylrechte geschmälert würden. So ist es heute. Und wenn Kurdistan morgen ein unabhängiger, freiheitsliebender Staat wird, was kann es dann erst den Völkern dieser Region und den unterdrückten Menschen dieser Erde für Dienste leisten! Wer sagt überhaupt, daß die Unabhängigkeit Kurdistans die Trennung von seinen Nachbarvölkern bedeutet? Das Herz aller Freiheitsliebenden wird füreinander schlagen, ob sie nun innerhalb der Grenzen eines einzigen Staates oder in zehn verschiedenen Staaten leben, weil sie das gleiche Ziel haben. Die Gegner der Freiheit werden sich gegenseitig bekämpfen, auch wenn sie in einem geschlossenen Haus leben.

Kehren wir zurück zu unserem Thema. Die Kommunisten jener Staaten, die Kurdistan besetzt halten, und vor allem die **irakischen Kommunisten**, wandten sich besonders eifrig gegen die Unabhängigkeit Kurdistans. Mitte der 40er bis Mitte der 50er Jahre behaupteten sie, die Kurden seien keine „Nation“ (wie ich später erläutern werde), und gingen gelegentlich ärger als die arabischen, türkischen und persischen rechtsgerichteten Chauvinisten gegen diejenigen Kurden vor, die von der Unabhängigkeit Kurdistans sprachen, und zwar mit dem Argument, daß deren Wunsch nach Abtrennung und Verselbständigung Kurdistans angeblich den Plänen der „Imperialisten“ entspreche, um den Kampf der „Proletarier“ dieser Völker zu schwächen, während - wie ich dargelegt habe - diese westlichen Imperialisten in Wirklichkeit bis heute erklärte Gegner der kurdischen Unabhängigkeit sind. Da aber die Kommunisten im Gegensatz zu den rechtsgerichteten Chauvinisten gelegentlich vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ sprachen, waren sie gezwungen, in der kurdischen Frage nach einem Ausweg zu suchen, um den Widerspruch

zwischen ihren Aussagen und ihrem Handeln zuzudecken. Zu diesem Zweck redeten sie von der „**freiwilligen Vereinigung**“ der Kurden mit den Völkern, in deren Staaten die Kurden leben. Obwohl z. B. die irakischen Kommunisten bei ihrer Septemberkonferenz im Jahre 1956 davon sprachen, daß „die Kurden eine Nation (seien), die wie die Araber das Selbstbestimmungsrecht zur Befreiung und zur nationalen Einheit“ habe, und obwohl die Konferenz außerdem eine „innere Unabhängigkeit“ des irakischen Kurdistan als eine „vorläufige Lösung“ bezeichnete, die „kein Ersatz für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation“ sein könne,³⁹ sprachen die Kommunisten dennoch nach dem Putsch General Kassems am 14. Juli 1958 und nach ihrer Machterweiterung im Irak nicht mehr von „Selbstbestimmung“ und „Abtrennung der kurdischen Gebiete“, sondern wandten sich sogar gegen eine „Autonomie“, sprachen wieder von einer „freiwilligen Vereinigung“ und behaupteten, die Kurden und Araber hätten sich im Irak „freiwillig“ unter Kassems Führung verbündet, obwohl ihnen bewußt war, daß der Irak von Großbritannien geschaffen wurde und daß bei der 1925 vom Völkerbund durchgeführten Befragung (in Süd-Kurdistan) die Bevölkerung von Sulaimani und Kirkuk für die Unabhängigkeit Kurdistans plädierte, während die Bevölkerung von Hewler und Mossul allein unter der Bedingung für den Irak stimmte, daß die Kurden eine eigene Regierung haben sollten. Seitdem wurde bis zum heutigen Tage keine Befragung mehr in Kurdistan durchgeführt, um zu klären, ob die Kurden sich innerhalb der irakischen Grenzen freiwillig an die Araber binden oder nicht****⁴⁰. Soweit zur bisherigen Haltung der kommunistischen Partei des Irak.

Die Tudeh-Partei des Iran brachte in der Schah-Zeit hin und wieder die Rechte der Kurden zur Sprache, aber nach der Errichtung der Islamischen Republik Iran wurde sie völlig zum Handlanger des Regimes. Sie begann, gegen die kurdische Nation zu arbeiten und spielte eine bedeutende Rolle bei der Spaltung der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran.

Die kommunistische Partei der Türkei war mit ihrer Zeitung „Ayndinlik“ in den 20er Jahren ein Werkzeug Atatürks gegen die Unabhängigkeitsbewegung der Kurden. Vor allem „Ayndinlik“ diffamierte die Revolution von Diyarbekir im Jahre 1925 als „britisches Werkzeug“ und hielt strikt zur atatürkistischen bzw. kemalistischen Diktatur.

Die kommunistische Partei Syriens schließlich erwähnt die kurdische Frage gar nicht, als ob in Syrien weder Kurdistan noch Kurden existierten. In Zusammenhang mit diesem Schweigen zur kurdischen Frage ist die Äußerung des Generalsekretärs der kommunistischen Partei Syriens, Khalid Bagdasch, im Jahre 1966 gegenüber der arabischen Zeitung „Akhbar el-Yom“ zu sehen: „Die arabische Einheit ist das Rückgrat der kommunistischen Politik.“⁴¹ Zur gleichen Zeit hatte die kommunistische Partei Syriens in der von Yusuf Zaain geführten Ba'ath-Regierung bis zum 29. Oktober 1968 einen Minister mit Namen Samieh el-Attiya. Dieser verlautete entsprechend kein einziges Wort gegen die chauvinistische Politik des „Arabischen Gürtels“ von Syrien. Bemerkenswert ist, daß die Regimes der Länder, an die Kurdistan gekettet ist, alle sehr hart gegen die Kommunisten vorgehen - ohne Rücksicht auf deren Haltung zur kurdischen Frage. Atatürk und Schah Reza Chan haben beide Ende der 30er Jahre Gesetze zur Verfolgung und Vernichtung von kommunistischen Bewegungen erlassen. Die irakische Regierung hat sowohl zur Zeit der Monarchie als auch in der Kassem-Ära und unter den Ba'athisten das Blut Hunderter von Kommunisten vergossen. Was das islamische Regime des Iran mit der Tudeh-Partei gemacht hat, das macht, wie die Kurden zu sagen pflegen, nicht einmal der Sturm mit einem zerrissenen Zelt. Also hat das kommunistische Gegensteuern gegen eine mögliche Unabhängigkeit Kurdistans weder den Kommunisten selbst noch den Werktätigen dieser Region genutzt, sondern nur den Interessen der diktatorischen Regime jener Länder gedient.

³⁹ Nebez, Jemal: Hawla el-Muschkilah el-Kurdiyah, über das kurdische Problem (auf Arabisch) Ibid, S. 42.

⁴⁰ (****) Ein Referendum in Südkurdistan am 30.01.2005 hat ergeben, daß ca. 2 Millionen Kurden einen unabhängigen kurdischen Staat wollen (siehe das Geleitwort).

⁴¹ Vgl. die arabisch-irakische Zeitung "El-Manar", Bagdad, 13.11.1966.

3. „Jeder Staat ist sakrosankt und darf nicht geteilt werden.“

Dieses Argument stammt von denen, die den „Staat“ als heilig betrachten und jeden als „Separatisten“, „Vaterlandsverräter“ und „Heimatverkäufer“ bezeichnen, der einen Teil davon abtrennen will. „Separatismus“ ist der schlimmste Vorwurf unter den schweren Beschuldigungen, die nach dem Ersten Weltkrieg bei jeder Gelegenheit gegen die kurdischen Patrioten erhoben wurden. Zu denen, die die kurdische Bewegung unter dem Vorwurf des „Separatismus“ bekämpfen, gehören verschiedene Gruppen:

1. **Die erste Gruppe** bilden jene arabischen, türkischen und persischen Chauvinisten, die Kurdistan besetzt halten und die kurdisches Territorium als einen Teil ihrer „eigenen“ Heimat und nicht als Heimat der Kurden betrachten. Selbstverständlich waren einige dieser Leute einmal selbst „Separatisten“, besonders jene Araber, die sich nach dem Ersten Weltkrieg vom Osmanischen Reich trennten, wodurch z. B. die Staaten Irak, Syrien und Libanon entstanden. Diese Araber wurden von den Jungtürken, die von 1908 bis 1918 das Osmanische Reich regierten und es als heilig betrachteten, als „verräterische Separatisten“ bezeichnet. Doch die Araber selbst sahen sich als Patrioten und nicht als „Separatisten“. Ein „Staat“ gilt für seine Vertreter so lange als unverletzlich, wie sie ihn so halten können. Erst wenn er zu einem anderen Staat geworden und/oder in mehrere Staaten aufgeteilt wird, wird seine vorherige Unverletzlichkeit unwidersprochen aufgegeben. Die neuen Staaten treten - nun wiederum als „unverletzlich“ - an die Stelle des alten. So bezeichnen die Araber heute ihre Staaten Irak und Syrien als sakrosankt - und nicht mehr das Osmanische Reich, dessen Teile Irak und Syrien einmal waren.
2. **Die zweite Gruppe** derer, die die kurdische Unabhängigkeitsbewegung als „Separatismus“ bezeichnen, besteht aus vorwiegend **linksorientierten Kreisen** der Völker, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben. Diese lehnen jeden „Separatismus“ radikal ab und bezeichnen gelegentlich sogar das Streben der Kurden nach einfachen, leicht erfüllbaren nationalen Rechten als „Separatismus“. In dieser Hinsicht leisten sie auch den rechtsgerichteten arabischen, türkischen und persischen Chauvinisten einen großen Dienst. In der Tat betrachten die Linken, besonders die Kommunisten, den Staat als solchen nicht als sakrosankt, wohl aber die Zusammengehörigkeit der Völker, die innerhalb eines Staates leben, und das nennen sie „patriotische Einheit“. Bei näherer Betrachtung nützt diese Haltung der Kommunisten nur jenen Staaten, die von den Kommunisten selbst als „Schlagstock der herrschenden Klasse gegen die Klasse der Unterdrückten“ betrachtet werden. Dennoch schützen sie die „patriotische Einheit“ dieses „Schlagstocks“ als etwas Unverletzliches. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich diese Haltung der Linken gegenüber der kurdischen Frage verschärft oder mildert - je nach dem, ob die Linken den jeweiligen Staatsträgern nahe oder fern stehen.
3. **Die dritte Gruppe** der Gegner des kurdischen „Separatismus“ sind die kurdischen Kleinbürger selbst, die wie Marionetten an die Regierungen der Türken, Araber und Perser gefesselt sind. Diese Gebundenheit geht manchmal so weit, daß einige Vertreter des kurdischen Kleinbürgertums genauso wie die Besetzer Kurdistans mit der kurdischen Frage umgehen. Zum Beispiel schrieb die Talabani- Clique in den Jahren 1969/70 öffentlich in ihren Zeitungen: „Wir sind zu jeder Zeit gegen den Separatismus.“ Sie sind also jederzeit gegen die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates. Außerdem war das Programm der DPK zu der Zeit, als die Talabani-Clique dominierte, deutlich gegen „Separatismus“ ausgerichtet. Nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution (1975) konnte sich das kurdische Kleinbürgertum aber nicht mehr so offen gegen die Reste der traditionellen kurdischen Führung stellen und auch nicht dem kurdischen Neteweyî Gedanken ausweichen. Auch untereinander war das kurdische Kleinbürgertum uneinig. So ist nun die Ablehnung des „Separatismus“ aus dem Schrifttum des Kleinbürgertums verschwunden. Hin und wieder ist vom Recht auf „Selbstbestimmung“ die Rede, wobei unklar bleibt, was damit gemeint ist. Aber immerhin verlangt man jetzt statt „Autonomie“ eine „echte Autonomie“. Es gibt sogar einige Gruppen innerhalb des kurdischen Kleinbürgertums (wie z. B. die „Marxistisch-Leninistische Vereinigung“, die sich jetzt „Rancieran“ „Werkstätigenverein Kurdistans“ nennt), die von einem vereinigten Kurdistan als Staat sprechen. Seitdem man allerdings in neue Verhandlungen mit dem irakischen Regime eingetreten ist, redet man auch wieder vom Schutz der „patriotischen Einheit des Irak“.

Insgesamt verringern die kurdischen Kleinbürger ihre Aktivitäten zwecks Bekämpfung des kurdischen Unabhängigkeitsgedankens innerhalb der Kurdistan aufteilenden Staaten. Das ist auch sinnlos geworden. Trotz der Abhängigkeit einiger Organisationen des kurdischen Kleinbürgertums von diesem oder jenem der Staaten, die Kurdistan unter sich teilen, ist es so weit gekommen, daß sie es aus Angst vor den kurdischen Massen nicht wagen, öffentlich gegen die Unabhängigkeit Kurdistans zu sprechen.

4. „Die Kurden sind keine 'Nation' und haben daher kein Recht auf einen unabhängigen Staat.“

Das „Argument“, daß die Kurden keine „Nation“ seien und deshalb keinen Staat haben dürften, wurde erstmals nach der Gründung der „Kurdischen Demokratischen Partei“ am 16. August 1946 von den irakischen Kommunisten vorgebracht. An dieser Stelle ist zu bemerken, daß nach der Erhebung der Bevölkerung von Bagdad im Januar 1948, bei der die Studenten der Hochschulen Bagdads eine große Rolle spielten und die zum Sturz der Regierung **Salih Jabr** führte, für einige Zeit Presse- und Versammlungsfreiheit gewährt wurde und infolgedessen die Kommunisten in Kurdistan erstarkten. Da sich aber die „Kurdische Demokratische Partei“ als marxistisch und als „Avantgarde“ der kurdischen Arbeiter und Bauern betrachtete, während sich die Kommunisten als „Avantgarde“ der Arbeiter und Bauern des ganzen Irak und nicht nur des arabischen Teils sahen, kam es zu Rivalitäten zwischen den beiden Parteien.

Die Kommunisten behaupteten, die Kurden dürften keine eigene „Führungspartei“ haben, weil die Kurden keine „Nation“ seien, sondern eine „Minderheit“ im Irak wie die „Ezidi“ (Yezidi) und die Armenier. Diese Auffassung erhoben sie auf ihrer Konferenz im Februar 1944 zum Beschluß, der auch auf dem 1. Kongreß der Partei im Februar 1945 unverändert übernommen wurde. Als Beweis, daß die Kurden keine „Nation“ seien, brachten die Kommunisten vor, daß die Kurden keine allen Teilen Kurdistans gemeinsame Wirtschaftsordnung besäßen. Es fehlte den Kurden demnach eine der erforderlichen Bedingungen für die Existenz einer Nation. Erinnern wir uns: Nach Stalins These bestehen die Voraussetzungen für die Existenz einer Nation aus gemeinsamer Sprache, gemeinsamer Geschichte, gemeinsamem Empfinden, gemeinsamem Land und gemeinsamer Wirtschaft. Ein Volk, das diese Bedingungen nicht erfüllt, ist nach Stalin keine „Nation“. Und da nach Lenin jede Partei „Kern bzw. Vertreterin einer Klasse“ ist, darf also in einem Staat wie dem Irak, wo es nur eine einzige Arbeiterklasse gibt, auch nur eine Vertreterin und nur eine führende Partei existieren und nicht zwei Vertreter und zwei führende Parteien. Wenn es aber zwei Parteien gibt, muß die eine opportunistisch sein. So wurde entschieden, daß die „Demokratische Partei der Kurden“ keine führende Partei und nicht Vertreterin der Arbeiter und Bauern, sondern Vertreterin der kurdischen Bourgeoisie sei, im Gegensatz zur Kommunistischen Partei des Irak, die die Führerin aller Arbeiter und Bauern des Irak unter Einschluß der Kurden, Araber und aller Minderheiten sei.

Wie bereits erwähnt, wandelte sich die Strategie des kurdischen Kleinbürgertums nach dem Zweiten Weltkrieg von der Zielsetzung „Unabhängigkeit Kurdistans“ zu „Autonomie für Kurdistan“, wobei jetzt die Teile Kurdistans nicht als Teile Gesamt-Kurdistans, sondern als Teile jener Staaten betrachtet wurden, von denen sie einverleibt worden waren. So wurde zum Beispiel Südkurdistan als ein Teil des Irak betrachtet. Dennoch hatten das kurdische Kleinbürgertum und die Führer der damaligen Demokratischen Partei der Kurden (DPK) ideologische Nöte. Die DPK stellte sich als „marxistische, irakische und kurdische Organisation“ vor, und es war nicht einfach, überzeugende marxistische Argumente dafür vorzubringen, daß die DPK im Recht sei und die Kurden doch eine Nation seien (wenn auch eine geteilte Nation) und sie das Recht auf eigene marxistische Organisationen hätten. Auf den Rat ihrer damaligen marxistischen Führer hin beriefen sich die DPK-Anhänger immer auf Stalins Schrift zur „Nationalitätenfrage“, die im Jahre 1946 vom Generalsekretär der syrischen KP, Khalid Bagdasch, ins Arabische übersetzt worden war und auf den Märkten Kurdistans unter der Hand verkauft wurde.

Wer die damaligen Verhältnisse nicht miterlebt hat, kann - auch wenn man es ihm noch so oft erzählt - kaum glauben, daß die kurdischen Intellektuellen in zwei heftig rivalisierende Lager gespalten waren, von denen das eine die Kurden als eine „Nation“ betrachtete, während das andere das Gegenteil behauptete. Die sogenannten „Partei'ler“ (Anhänger der DPK) waren es, die die Kurden als Nation sahen, und die sogenannten „Taharrurr“ (wörtlich: „Befreiung“) waren es, die die Kurden nicht als Nation betrachteten. Damals nannte man die Kommunisten „Taharrurr“, weil ihre kommunistische Partei verboten war, unter diesem Namen nicht auftreten konnte und sie sich deshalb unter der Maske der „Partei der Patriotischen Befreiung“ (PPB) verbergen mußten. Die PPB war eine irakische linksbürgerliche Partei, die sich um die Lizenzierung bemühte, sie aber zu der hier angesprochenen Zeit noch nicht erhalten hatte und auch später nicht erhielt.

Es ist nicht Zweck dieses Vortrages, die Geschichte der Kommunistischen Partei des Irak und ihr Verhältnis zur kurdischen Frage darzustellen. Darüber habe ich im vergangenen Jahr ausführlich geschrieben, zum Anlaß des 40-jährigen Jahrestages seit dem ersten Erscheinen der Zeitschrift „Yekêtîy Têkoschîn“ (Organ der irakischen KP/Zweigstelle der Kurden) und zum 50. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei des Irak, und ich hoffe, daß diese Arbeit mit Hilfe des Azad-Verlages bald veröffentlicht werden kann****⁴². Trotzdem möchte ich hier erwähnen, daß der Schaden, der hinsichtlich der kurdischen Frage durch den erwähnten Beschluß der Konferenz vom Februar 1944 und des Kongresses vom Februar 1945 angerichtet wurde, auch durch den Artikel des IKP-Vorsitzenden **Fahd** nicht beseitigt werden konnte, den er in der Zeitung „**Al-Qa'ida**“, dem Organ seiner Partei, im November 1945 veröffentlichte, worin er die Kurden ein Volk nannte, das das Recht habe, sich vom Irak zu trennen, wenn der Irak vom Imperialismus befreit sei, oder zu jeder anderen Zeit, die für das kurdische Volk günstig und den Interessen seiner werktätigen Massen gemäß sei. Dieses Problem blieb bis 1952 und auch danach bestehen, obwohl **Baha-addin Nuri (Basim)**, einer der kurdischen Führer der irakischen kommunistischen Partei, damit begonnen hatte, Kritik an der Haltung der Partei zum Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu üben und Fahd anzugreifen, ohne allerdings auf das Parteiinterne einzugehen bzw. ohne die Rolle der arabischen Chauvinisten in der kommunistischen Partei des Irak zu erwähnen, wie z. B. eine Person namens Zanun Aiyub, der schon gemeint hatte, ein christlicher Kurde wie Fahd sei nicht würdig, Parteichef zu sein. Diese Kritik übte Nuri außerdem zu einer Zeit, als (der vom irakischen Regime hingerichtete) Fahd schon fünf Jahre unter der Erde lag und keine Möglichkeit mehr hatte, sich zu verteidigen. Doch erwähnte Baha-addin Nuri Stalins Thesen überhaupt nicht mehr, es blieb also dahingestellt, ob sie richtig oder falsch waren.

Tatsächlich waren es nicht nur die irakischen Kommunisten, die gemäß Stalins Thesen die Kurden einige Jahre lang nicht als Nation betrachteten, sondern auch gewisse Kreise der Rechten, Anhänger der Besetzer Kurdistans, äußerten sich entsprechend. Zum Beispiel hat im Jahre 1969 ein Anhänger des verstorbenen iranischen nationalistischen Politikers **Dr. Mossadegh**, der unter dem Pseudonym **M. Makan** in Westdeutschland lebte, ein Büchlein in persischer Sprache veröffentlicht mit dem Titel „Mythos der iranischen Völker“, in dem er sich sehr bemüht, mit Hilfe marxistischer Argumente zu beweisen, daß die Kurden keine „Nation“ seien, weil sie keine „gemeinsame Wirtschaftsordnung“ hätten. Und auch unlängst begannen der letzte Ministerpräsident des abgesetzten Schah von Iran, **Schahpur Bakhtiar**, und Schah-Anhänger, also „Saltanat-Talaban“ (Monarchisten) und die persischen Nationalisten in Europa, in das gleiche Horn zu blasen, nämlich, daß die Kurden keine „Nation“ seien, weil sie keine gemeinsame Wirtschaftsordnung hätten. So schreibt z. B. Bakhtiars Zeitung „**Nehzat**“ (Bewegung) in der Ausgabe Nr. 50 vom 4. Oktober 1983; „Die Kurden sind keine 'Nation'.“ Seltsam daran ist, daß Bakhtiar, der die Köpfe der Kommunisten am liebsten rollen sehen möchte, von den Kurden verlangt, daß sie Stalins Thesen zur „Nation“ akzeptieren. Wenn die Kurden diese Thesen akzeptierten, würden sie nicht mehr „Nation“ sein und der Iran kein „Vielvölkerstaat“. So einfach ist das.

Bemerkenswert ist auch, daß die bürgerlichen Theoretiker die Existenz der „Nation“ mit dem „Nationalstaat“ verbinden, so daß ein Volk, das einen Nationalstaat in der Hand hat, eine Nation ist, und wenn es keinen Nationalstaat besitzt, dann ist es auch keine Nation. Diese Vorstellung hat sich

⁴² (****) Die genannte Arbeit ist im Jahre 1988 erschienen.

entwickelt, als die Europäer jene Völker Afrikas und Asiens, die sich im Kampf um ihre Unabhängigkeit gegen die europäischen Kolonialisten erhoben und daraufhin unabhängige Staaten bildeten, als „Nationen“ bezeichneten, so daß man sogar in der deutschen Sprache sogleich an ein Volk mit einem eigenen Staat (Staatsvolk) denkt, wenn von einer „Nation“ die Rede ist.⁴³ Aber Stalin, der bei den Marxisten und Kommunisten als Klärer der Nationalitätenfrage gilt, äußert sich nicht zum Thema „Staat“, sagt also nicht, daß ein Volk, das keinen Staat hat, keine „Nation“ sei, sondern sagt nur, daß ein Volk, das keine „gemeinsame Wirtschaftsordnung“ habe, keine „Nation“ sei, obwohl er in dieser Hinsicht sich selbst ins Abseits manövriert, da nur ein Staat eine gemeinsame Wirtschaftsordnung aufbauen kann. Wenn kein Staat vorhanden ist, kann es auch keine gemeinsame Wirtschaftsordnung geben, so daß auch keine „Nation“ entsteht. Ein Staat gibt einer großen Gruppe die Voraussetzung für bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten. Als Teil von anderen, größeren Zusammenhängen, z. B. als Teil der Sowjetunion, haben sie diese nicht. Stalins These diente der Stabilisierung des Sowjetsystems. Mit anderen Worten ist die These Stalins nichts anderes als die Meinung der bürgerlichen Theoretiker in anderer Form, bei der vom „Staat“ nur noch indirekt die Rede ist. Wichtig war Stalin die Sowjetunion. Vom Staat oder Staaten zu reden, hätte von ihr abgelenkt.

KAJYK-Name, Manifest von KAJYK, das Mitte Juli 1961 erschien, deckte das erstmals auf, indem es schrieb:

„Stalin wird in Bezug auf das Problem des Nationalismus aus marxistischer Sicht zu den kommunistischen Grundsatztheoretikern gerechnet. Für Stalin ist die gemeinsame Wirtschaftsordnung die wichtigste Voraussetzung für die Existenz einer Nation, die er noch über das gemeinsame Land, die gemeinsame Sprache und Geschichte und die gemeinsamen Empfindungen stellt. Außerdem betrachtet Stalin den „Staat“ nicht als Voraussetzung für die Existenz einer Nation, weil er der - richtigen - Meinung ist, daß nicht jede Nation ohne Staat deshalb keine Nation ist. Aber merkwürdig ist es doch, wenn Stalin selbst in der gemeinsamen Wirtschaftsordnung die wichtigste Voraussetzung für die Existenz einer Nation sieht. Offensichtlich gibt Stalin dadurch indirekt zu, daß der Staat in dieser Hinsicht eine große Rolle spielt, weil in der Realität Staat und Wirtschaftsordnung nicht voneinander getrennt werden können. Wenn es nicht so wäre, warum versuchen dann die Kommunisten, alle Staaten der Erde unter ihre Herrschaft zu bringen? Nicht etwa, um die Wirtschaftsordnung jener Staaten durch Beherrschung der Staatsapparate zu ändern? - Wenn sie den Staat nicht für so wichtig hielten, dann müßte es ihnen möglich sein, die Wirtschaftsordnung zu ändern, auch ohne den Staat zu beherrschen. Es bleibt die Frage, warum Stalin den 'Staat' nicht direkt erwähnt.

Diese Frage kann folgendermaßen beantwortet werden:

1. Weil die Marxisten alle gesellschaftlichen Veränderungen auf die wirtschaftlichen Klassen-gegensätze innerhalb der Gesellschaft zurückführen.
2. Weil ihnen selbst auch klar ist, daß die Nationen, die keinen Staat haben, vom Kommunismus überhaupt nichts mehr wissen wollten, wenn der „Staat“ von den Kommunisten zu einer Voraussetzung für die Existenz einer Nation erklärt wird, besonders, weil die Kommunisten selbst über 100 Nationen herrschen, von denen über 70 nicht einmal eine Scheinautonomie besitzen. Wenn sie aber die 'Wirtschaftsordnung' als Voraussetzung nennen, bedeutet dies implizit „Staat“, so daß dieser nicht mehr erwähnt werden muß und Schwierigkeiten vermieden werden.
3. Weil in der Sowjetunion zig Nationen ohne Staat existieren. Wenn jede dieser Nationen einen unabhängigen Staat erhält, verliert Rußland seine Macht. So aber verbindet die Wirtschaftsordnung zahlreiche Nationen und zwingt ihnen die Sprache der mächtigeren Nation auf. Auf diese Weise wollen die Russen die kleineren Nationen der Sowjetunion, die keinen Staat haben, in den russischen Nationalismus assimilieren.

So weit, so gut. Wenn wir aber die Außenpolitik der Sowjetunion betrachten, sehen wir, daß die Russen sich ständig jenen Staaten anbieten, die von den Kommunisten als „imperialistische Gebilde“ bezeichnet

⁴³ . Mackensen-von Holländer: Universal Wörter- & Fremdwörterbuch, XENOS-Verlag Hamburg 1983, S. 747.

werden und die gleichzeitig Kurdistan besetzt halten, und daß sie sie mit Geld und Waffen unterstützen ohne Rücksicht auf Leiden und Not der Kurden, die unter der Last jener Staaten stöhnen. Als zum Beispiel die iranische Regierung das (kurdische) Gebiet von Dschwanro bombardierte, luden die Russen den Schah unter höchsten Ehren nach Rußland ein und zeichneten ihn mit einem goldenen Orden aus, zusätzlich zu den Schmeicheleien und der Unterstützung, die sie den Machthabern der Türkei, des Irak und der Vereinigten Arabischen Republik gegenüber an den Tag legten. Heißt das etwa nicht, daß die Völker, die einen Staat haben, als wertvoller, ehrwürdiger und bevorzugter angesehen werden als die, die keinen Staat haben und auch sonst nichts, wie die Kurden?

Wenn der Staat bei den Kommunisten keine Bedeutung hätte, hätten sie sich auch nicht so intensiv für den Schutz der „irakischen Einheit“ und der „syrischen Einheit“ usw. eingesetzt und hätten nicht jene Kurden angegriffen, die sich nicht als Zugehörige jener Staaten verstehen. Daß die Kommunisten einen Streit vom Zaun brachen mit der Behauptung, der Klassenkampf basiere auf der Einheit des „politischen Territoriums“ und dürfe es nicht antasten, er basiere nicht auf „ethnischen Gruppen“, das ist also der Grund, weshalb es auch keine „Kommunistische Partei Kurdistans“ geben darf und weshalb Kurdistan keine offiziell anerkannten Grenzen hat.

Besonders merkwürdig ist es, daß Stalin, als er „gemeinsame Sprache, Wirtschaftsordnung, Geschichte, Land und Empfindungen“ als die Voraussetzungen für die Existenz einer Nation festlegte, jene Juden sehr energisch bekämpfte, die sich als eine „Nation“ empfanden. Stalin behauptete in seinen Schriften sogar, die Juden seien keine Nation, weil sie kein gemeinsames Land, keine gemeinsame Sprache und keine gemeinsame Wirtschaftsordnung besäßen. Aber in den letzten Jahren seiner Herrschaft erkannte er die Juden doch an und unterstützte sie bei der Gründung ihres Staates. Ist dies nun Unterwerfung unter die jüdische Macht und die vollbrachte Tat oder ein Widerspruch innerhalb der kommunistischen Ideologie?⁴⁴

5. „Die Errichtung eines Kurdenstaates bringt Unstabilität für die Region des Vorderen und Mittleren Orients“

Wer an ein geordnetes und friedliches Leben denkt, dem kommen zunächst zwei Begriffe in den Sinn, die zusammengehören: Stabilität und Ruhe. Tatsächlich sind Stabilität und Ruhe unerlässlich für ein Leben in Frieden. Man muß aber zwischen einer wahren Stabilität und einer echten Ruhe einerseits und einer trügerischen Stabilität und einer verdeckten Unruhe andererseits unterscheiden. Eine wahre Stabilität und eine echte Ruhe erwartet man in einem Staat mit einem demokratisch-pluralistischen Rechtssystem, in dem das Volk sein Schicksal selbst bestimmen kann, in dem freie Meinungsäußerung, freie Wahlen, Gewaltenteilung und die Rechte der politischen, religiösen und nationalen Minderheiten praktisch garantiert sind. In einem solchen Rahmen wird sich ein wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ausgleich herstellen und folgerichtig wird man in dem Zusammenhang von Stabilität und Ruhe sprechen können. Die Staaten, die Kurdistan aufteilen, sind vor allen Dingen keine natürlichen, also keine im Laufe einer vielfältigen historischen Entwicklung entstandene Gebilde. Sie sind alle nach dem Ersten Weltkrieg willkürlich gegründet worden, entsprechend den wirtschaftlichen und strategischen Machtinteressen der europäischen Industriestaaten. Kurdistan ist gegen den Willen seiner Bevölkerung zerstückelt und gewaltsam den neuen Staaten annektiert worden, in der Annahme, daß diese künstlichen Staaten mit Hilfe des Reichtums von Kurdistan an Wasser, Erdöl und Bodenschätzen nicht nur selbst überleben, sondern den europäischen Industrieländern über Jahre Kolonialtribut zahlen würden. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Aufteilung Kurdistans und das Verschenken je eines Teils des kurdischen Heimatlandes den künstlichen Nationalstaaten der Region der Stabilität nicht gedient haben.

Die Staatsneugründungen hatten nämlich alle die „Kurdenkrankheit“ in die Wiege gelegt bekommen. Die Kurden wollen ihre Freiheit haben. Die fremden Machthaber der künstlichen Nationalstaaten wollen das

⁴⁴ KAJYK-Name-Ibid, S. 9-10.

Recht der Kurden auf ihre Freiheit nicht anerkennen, weil sie davor Angst haben, daß die Kurden, die ein Territorialvolk sind und keine zerstreute und integrierte Minderheit, wenn sie ihre elementaren Rechte bekämen, sie ihr Territorium trennen und die auf die jeweiligen Staatsbevölkerungen gestülpten Nationalstaaten auseinanderfallen würden. Um ihre künstlichen Territorien zu bewahren, sind alle diese Staaten totalitär und antidemokratisch oder militaristisch-autoritär. Dafür benötigen sie enorme Budgets. Ihre Armeen, die die kurdische Freiheitsbewegung unterdrücken, kosten viel Geld. Eine im Inneren brodelnde Unruhe und Unstabilität charakterisieren diese Staaten. Das kann man in aller Kürze beispielhaft ausführen. Die Türkei wird seit ihrer Gründung im Jahre 1923 durch Mustafa Kemal „Atatürk“ (Türkenvater) gemäß des ebenfalls 1923 geschlossenen Vertrages von Lausanne direkt oder indirekt von Militärs regiert. Von 1925 bis 1939 erhoben sich die Kurden in der Türkei in einer Kette von Aufständen, die mit unvorstellbarer Grausamkeit niedergeschlagen wurden. Von 1960 bis 1980 fanden drei Militärputsche statt. Seit 1984 führt die türkische Armee einen immer noch anhaltenden brutalen Krieg gegen seine 20 Millionen Untertanen. Der Türkenstaat ist international bekannt für Korruption, die Ausübung von Folter, extralegale Hinrichtungen und das Verschwindenlassen politischer Gegner. Der EU-Kandidat kann das kurdische Abc nicht dulden, angeblich weil das Kurdische die Buchstaben w und x beinhaltet, die im türkischen Abc nicht existieren.

Der Nationalstaat der Perser, d. h. Iran, kam Anfang der 20er Jahre durch einen Militärputsch zustande, ausgeführt von dem früheren Kosakenoffizier Reza Mir Pensch (später genannt Reza Pahlavi), der ehemaliger Offizier der Kosaken-Einheiten war, und der im übrigen von „Atatürk“ begeistert und ein guter Freund Nazideutschlands war, bis die Alliierten im 2. Weltkrieg den Iran besetzten und Reza, der sich zum Schah gekrönt hatte, absetzten. Nach ihm regierte sein Sohn Mohamad nicht minder diktatorisch, bis er von Khomeini gestürzt wurde. Die Ära Khomeinis brachte einen Iran hervor, der im In- und Ausland als Terrorregime bekannt ist, was durch den Mykonos-Prozeß in Berlin für immer ans Licht kam und keinerlei weiterer Erklärung bedarf. Die Kurden leben in dem - islamisch-fundamentalistisch getünchten - Perserstaat praktisch permanent im Aufstand und in einem militärisch besetzten Heimatland.

Der „königliche Irak“, der seit seiner Gründung Mitte der 20er Jahre das Land des Aufruhrs, der Ausnahme Gesetze und einer Kette von Kurdenaufständen war, wurde am 14.7.1958 durch einen blutigen Putsch zu einer Republik. Vier Jahre später (1963) kam es zu einem blutigen Putsch gegen Kassem, Ende 1963 zu einem weiteren blutigen Putsch, und 1965 zum nächsten. Im Jahre 1968 hat die faschistische Baath-Partei die Macht gewaltsam übernommen. Die Geschichte dieser Partei unter dem international bekannten Terroristen Saddam Hussein ist der ganzen Welt bekannt. Nach dem Sturz von Saddam Hussein durch die US-Armee und ihre Verbündeten am 9. April 2003 befindet sich Irak (außer der kurdischen Region) in täglichen Terroraktivitäten.

Nach der Gründung des syrischen Staates im Jahr 1946, nachdem die französische Besatzungsarmee Syrien verlassen hatte, kam es zu einem Putsch unter General Husni Zaim. Kurz danach fand ein Gegenputsch statt. Im Jahre 1957 verband sich Syrien mit Ägypten zu einer „Arabischen Union“, die im Jahre 1961 durch einen erneuten Putsch wieder auseinander ging. Im Jahre 1966 putschte der der Alevi-Religion zugehörige Führer der arabischen Baath-Partei Oberst Hafiz Assad und blieb bis Ende der 80er Jahre praktisch allein herrschender Staats- und Parteichef. Nach seinem Tode erbte sein Sohn Bashar seinen Thron in der „Arabischen Republik Syrien“. Syrien wird von den USA ebenso wie Iran als terroristischer Staat bezeichnet.

Nicht die Errichtung eines Kurdenstaates stellt einen Faktor für Unstabilität und Unruhe dar. Unstabilität und Unruhe sind feste Merkmale dieser künstlich geschaffenen Nationalstaaten im Vorderen Orient. Im Gegenteil, wenn die Kurden einen Staat haben, werden die Kurdistan aufteilenden Staaten ein großes Problem los. Ein bedeutender arabischer Politiker hat mit Recht gesagt: „Ein kleiner Irak ist ein starker Irak“. Wenn diese Staaten kleiner werden, durch das Herauslösen Kurdistans, werden sie sicherlich ruhiger und reicher und an Stabilität gewinnen. Kosmetische Reformen allein reichen nicht, um die kurdische Identität im Rahmen der totalitären, vom Militär dominierten Staaten zu bewahren, in denen die Kurden seit Jahrzehnten zu leben gezwungen sind.

Die Besetzer Kurdistans bezeichnen Kurdistan oft als „zweites Israel“, um die Wut und die niederen Instinkte der von ihnen fanatisierten arabischen und muslimischen Massen gegen die Kurden zu schüren. In Wirklichkeit ist die Situation Kurdistans und Israels kaum vergleichbar. Die Kurden haben Kurdistan nie verlassen. Sie leben seit Urzeiten in ihrem Heimatland, aus dem die nach Öl und Wasser gierigen Usurpatoren sie vertreiben wollen. Andererseits läßt sich bei aller berechtigten Kritik an manchen politischen Verhaltensweisen des Staates Israel nicht leugnen, daß Israel der einzige Staat im Vorderen Orient ist, in dem demokratische Regeln herrschen und praktiziert werden. Ebenso zeigen aus historischen, politischen und sozialen Gründen die Kurden eine größere Aufgeschlossenheit für demokratische Verhaltensweisen und eine fortschrittlichere Gesellschaft als ihre unmittelbaren Nachbarn.

Ob es nicht eine Aufgabe der demokratisch gesinnten Kräfte in der Welt wäre, ganz besonders der in Europa, bei der Neuordnung des Vorderen Orients für ein demokratisch-pluralistisches, dem Weltfrieden dienendes Kurdistan zu votieren, das ist eine für die angesprochenen Kräfte nicht uninteressante Frage, die sachlich und intensiv zu diskutieren sich lohnen würde. Die kurdischen Intellektuellen hoffen seit langem auf eine solche Diskussion. Bisherige Diskussionen wurden an ihnen vorbei mit den Zentren der Macht der Nationalstaaten im Vorderen Orient geführt, mit dem Ergebnis der derzeitigen höchst unbefriedigenden Situation. Eine internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO zur Lösung der Kurdistanfrage ist ein Gebot der Stunde. Kosmetische Reformen allein reichen nicht, um die kurdische Identität im Rahmen der totalitären, vom Militär oder von religiös-fanatichen Gruppen dominierten Staaten zu bewahren, in denen die Kurden seit Jahrzehnten zu leben gezwungen sind. Eine grundsätzliche Lösung ist notwendig geworden.

6. „Die Kurden sind Muslime bzw. Glaubensbrüder der Türken, der Perser und der Araber, die auch Muslime sind. Daher ist es nicht notwendig, daß die Kurden ihren eigenen Staat errichten.“

Das ist nur ein scheinbar naiver Einwand. Es lohnt die Mühe, ihn in den größeren Zusammenhang zu setzen, zunächst in den historischen Zusammenhang.

Es gibt syrisch-aramäische Dokumente aus dem 3. und 5. Jahrhundert n. Chr., die bestätigen, daß die Kurden vor der Invasion der arabischen Muslime in Kurdistan (um ca. 637 n. Chr.) Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften waren. Es gab unter den Kurden zu jener Zeit Mithraisten⁴⁵ (Sonnenkultanhänger), Mazdaisten (Anhänger des Propheten und Philosophen Zarathustra), Juden, Christen⁴⁶ und Manichäer (Anhänger der Mani-Religion). Es gab unter ihnen auch welche, die die Natur (insbesondere Bäume) verehrten⁴⁷.

Im Gegensatz zu den Arabern, die vor der Entstehung des Islam auf der arabischen Halbinsel lebten und Anbeter handgemachter Götzen waren, was im Koran beschrieben ist, glaubte die Mehrheit der Kurden an einen omnipräsenten, lebendigen und denkenden Gott.

Zur Zeit der arabisch-islamischen Invasion war Kurdistan im wesentlichen Teil des Iranisch-Sassanidischen Reiches. Obwohl die sassanidische Armee militärisch höherstehend, nämlich mit Pfeil und Bogen ausgerüstet war, konnte sie sich nicht gegen die Araber der Wüste behaupten. Es gelang den Arabern, die mit bloßen Schwertern kämpften, von den Sassaniden kaum behindert, ins Kurdenland

⁴⁵ Siehe Hoffmann, Georg: „Auszüge aus syrischen Akten persischer Märtyrer“ in „Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes“, herausgegeben von der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, Leipzig 1879 - 81, 7.Band (1881), S. 74 - 45; siehe auch Minorsky, Vladimir: „Die Kurden“ in „Enzyklopädie des Islam“, erste deutsche Ausgabe, S. 1232.

⁴⁶ Der arabische Geschichtsschreiber Al-Masīūdī (starb 956/57 n. Chr.) berichtet in seinem Buch „murūğ al-dahab wa ma'ādin al-ğawhar“ (Ausgabe von Barbier de Meynard et Pavet de Courteille, Tome sécond, Beyrouth 1966, S. 251) über zwei zu seiner Zeit im Gebiet des Dschudi-Berges und im Mossul-Gebiet ansässigen kurdischen Stämme, nämlich Yaīqubiyah und Ğurqān (Dschurqan), die Christen waren.

⁴⁷ siehe Hoffmann, a.a.O.

einzudringen. Die Unterwerfung des gewaltigen sassanidischen Heeres durch die arabischen Wüstenkrieger, die zweifelsohne definitiv zur Befestigung und Expansion des Islam beigetragen hat, ist ein sehr interessantes, aber umstrittenes Kapitel in der Weltgeschichte, deren Ursachen noch nicht gründlich erforscht und behandelt wurden. Mit der Besetzung der Hauptstadt des sassanischen Kaiserreiches Tisafoun (Madain), deren Ruinen sich heute noch in der Nähe der Stadt Bagdad ⁴⁸ im Irak befinden, standen die Araber praktisch an der Grenze Kurdistans. Die arabischen Invasoren wurden mit heftigem Widerstand der Kurden konfrontiert. Der arabische Geschichtsschreiber Mohammad Omar Al-Waqidi (747/48-823/24 n. Chr.), der in seinem Buch „Futūh Bilād al-sawād“ von den islamischen Eroberungskriegen, genannt „Maghazi“ oder „Futuhat“, im damaligen Kurdistan berichtet, erzählt von der Tapferkeit der kurdischen Könige und ihrer Feldherren, aber auch von der Grausamkeit der Invasoren. So konnte die neue Religion (Islam) jahrhundertlang unter den Kurden keinen Erfolg verbuchen. Auch nach der sehr langsamen Bekehrung eines Teils der Kurden zum Islam haben die Kurden die arabische Zentralmacht und die arabischen Kalifen (Staatsoberhäupter) weiter bekämpft. Die Kurden haben nicht nur unter Führung ihrer Feldherren wie z. B. **Bahzadane Khorasani (Abu-Muslim)**, **Jaafar Dasani**, **Hazarmerdi** und **Papaki Khoramdin** gekämpft, sie haben auch an fast allen Aufständen und Revolten der Perser und der Neger gegen die arabische Macht teilgenommen. Im Jahre 750 n. Chr. haben Kurden und Perser unter Führung von Khorasani, den arabischen umayyadischen Kalif in Bagdad gestürzt und das Kalifat der Abbasiden-Familie übergeben, die Verwandte des Propheten Mohamad waren. Das allerdings verbesserte die Lage der Kurden und Perser nicht. Es folgten weitere Aufstände. Der größte unter kurdischer Führung, der als Revolution sogar gelten mag, war der von **Papaki Khoramdin**. Dieser kämpfte im übrigen nicht nur gegen die arabisch-islamische Herrschaft, er setzte sich dazu noch für eine klassenlose Gesellschaft ein, die auch die Rechte der Frauen anerkannte, was nirgendwo sonst in der Region der Fall war zu jener Zeit.

Im Zuge der allmählichen Islamisierung leisteten die Kurden sowohl dem Islam als Religion als auch der Sprache und Kultur der muslimischen Völker (Araber, Perser und Türken) große Dienste. Unter Führung des kurdischen Fürsten und Feldherren Saladin (1137-1193) haben die Kurden die abendländischen Kreuzfahrer aus Jerusalem und dessen Umland verdrängt. Die Kurden waren - neben den Türken - an der Gründung des Osmanischen Reiches in Anatolien und des Safawidischen Reiches in Iran mit großem Engagement beteiligt. Zahlreiche kurdische Rechtsgelehrte, Theologen, Philosophen, Astronomen, Philologen, Mediziner und Literaten haben der arabischen, persischen und türkischen Sprache und Kultur gedient, durch ihre hervorragenden Werke, die sie in diesen Sprachen schrieben ⁴⁹. Der bekannte muslimische Scholastiker Imam Mohamad Al-Gazzali (1058-1111) schrieb, daß das geistige Erbe des Islam von vier Säulen getragen wird. Diese vier Säulen sind für ihn in vier Personen verkörpert. Drei davon sind Kurden, nämlich Scharazuri, Amedi und Dinawari.

Auch heute noch sind die besten „türkischen“, „arabischen“ und „persischen“ Schriftsteller und Künstler Kurden. Man denke an den Schriftsteller Yesar Kemal unter den Türken, an den Begründer der modernen arabischen Dichtkunst Bilind Haidari und an den Schriftsteller Salim Barakat unter den Arabern und an den Literaten Mohamad Ghazi und an den Sänger Schahrami Naziri unter den Persern. Trotz all dieser Dienste der Kurden für den Islam und die Muslime liegen die religiösen Verhältnisse in Kurdistan nicht so einfach, daß man – wie in der Eingangsthese formuliert – sagen könnte „Die Kurden sind Muslime“ und es dabei bewenden lassen könnte. Eine sachliche Beschäftigung mit der Geschichte und der Gesellschaft der Kurden zeigt zu viele andere Aspekte, als daß man diesen simplen und zugleich tendenziösen Einwand, wiewohl er auf den ersten Blick naiv anmutet, hinnehmen könnte. Zunächst einmal müssen der tatsächliche Verlauf und die Besonderheiten der kurdischen Gesellschaft zur Kenntnis genommen werden.

⁴⁸ Etymologisch gesehen bezieht sich das Wort Bagdad auf zwei kurdisch-iranische Wörter: Baga (Gott) und data (gegeben), also „Gott gegebene“ (Stadt).

⁴⁹ Mudarris, Abdul-Karim: „Ridschaluna fi Khidmat al-Ilm wal-din“ (unsere Mannschaft im Dienste der Wissenschaft und Religion), Bagdad 1983

Manche Landmale Kurdistans sind in zahlreichen mythischen Vorstellungen lebendig. Der Berg Dschudi (Cudi) z. B., auf dem die Arche Noah nach der bekannten Sintflut aufgelaufen sein soll, befindet sich in Kurdistan, und zwar sowohl nach der Beschreibung des Alten Testaments als auch nach dem Koran. Kurdistan ist das Heimatland zahlreicher Hochkulturen, der mesopotamischen, hattitischen, mitannischen, churritischen, medischen, sassanidischen. Abgesehen davon existierten und existieren eine Reihe von Weltreligionen in Kurdistan: Mithraismus (Sonnenkult), Mazdaismus (zoroastrische Religion), Manichäismus, Judentum, Christentum und Islam. Auf diesem Hintergrund ist die eingangs gegebene Feststellung besser noch verständlich, nämlich daß nach der arabisch-islamischen Invasion in Kurdistan nur ein Teil der Kurden den Islam akzeptierte und die Islamisierung in Kurdistan nur sehr langsam vorankam. Einem ersten Eindruck zufolge, oder dem Eindruck eines Muslimen zufolge, der auf Kurdistan auf die ihm eigene Weise schaut, mag man annehmen, daß „die Kurden Muslime sind“. Das ist aber oberflächlich betrachtet. Heute sind etwa 70% der Kurden Muslime. Mehr als 25% der Kurden sind Ezidis, Kakayis (Yarsani oder Ahli-Haqq=Leute der Wahrheit), Alevis, Sarayis, Schabaks, Badschwan und Haqqa⁵⁰, die ich kurdisch-synkretistische Religionsgemeinschaften nenne⁵¹. Diese Religionsgemeinschaften, deren Entstehungsheimat der in Kurdistan gelegene Teil des Zagros-Gebirges ist, haben eine Reihe von Gemeinsamkeiten.

Außer Muslimen und Anhängern dieser kurdisch-synkretistischen Religionsgemeinschaften gibt es im Kurdistan der Gegenwart auch Christen, Juden und Bahais. Soweit zu den über 25% der Kurden heute, die nicht muslimisch sind. Ferner sind die sunnitischen Muslime unter den Kurden schaafitischer Richtung; während die sunnitischen Muslime unter den Türken hanafitischer Richtung sind. So sieht man doch, daß die Kurden nicht so einfach als „Glaubensbrüder“ jener Völker bezeichnet werden können, deren Nationalstaaten das Land Kurdistan unter sich aufteilen und beherrschen. Abgesehen davon, wenn die gemeinsame Religion der Hauptfaktor sein soll für die Errichtung eines gemeinsamen Staates, weshalb haben die Türken, Araber und Perser, die „Gottlob“ alle Muslime sind, nicht einen gemeinsamen Staat? Warum haben die Araber sogar 22 Staaten und nicht einen einzigen Staat? Warum haben die Araber, die Jahrhunderte lang und bis zum Ersten Weltkrieg ein Teil des Osmanischen Reiches waren, das wohlgerne ein islamisches Reich war, sich mit Hilfe der europäischen Christen von dem Osmanischen Reich getrennt und unabhängige arabische Nationalstaaten gegründet? Warum lehnen die arabisch-muslimischen Staaten es ab, sich miteinander zu einem einheitlichen Staat zu verbinden, oder doch mindestens einen Bundesstaat zu bilden? Im Jahre 1957 kam es zur Gründung der „Vereinten Arabischen Republik“ zwischen Ägypten und Syrien unter dem ägyptischen Staatsmann Nasser. Knapp vier Jahre später ist die Einheit aufgelöst worden und jeder Staat wurde erneut unabhängig. Warum?

Warum haben die Araber in Kuwait einen Weltkrieg angezettelt, als der Araber Saddam Hussein das Land Kuwait dem Irak annektierte? Beide Staaten sind arabische Staaten und in beiden wird in den Medien ohne Unterlaß von der arabischen Einheit geredet. Die Araber im Irak und Kuwait sind doch Muslime und sprechen sogar denselben arabischen Dialekt. Sie bezeichnen sich beide als „Teile der arabischen Nation“ und als „Teile der arabischen Welt“, und die Kuwaitis haben jahrelang den Krieg Saddam Husseins gegen den Iran mit Milliarden von Petrodollars finanziert. Trotzdem wollen die Kuwaitis einen eigenen Staat haben und nicht ein Teil des Irak werden, aber sie sind dagegen, daß das **nicht-arabische Volk der Kurden** vom irakischen Staat sich trennte und seinen eigenen Staat gründen könnte. Der erste Stellvertreter des kuwaitischen Premierministers hat der arabischen Zeitung „Al-Hayat“ gegenüber im September 1996 geäußert:

„Wir glauben an die Einheit der Territorien des Irak und wir denken nicht an die Aufteilung des Irak. Ich möchte betonen, daß weder ein arabisches Land, noch die Amerikaner selbst daran Interesse hätten, den Irak aufzuteilen, so daß in seinem Norden ein Staat und in seinem Süden ein (anderer) Staat zustande kommen könnte. Dies ist weder im Interesse der Region noch im Interesse der anderen (Staaten)“⁵².

⁵⁰ Jemal Nebez: Die Kurden, ihre Geschichte und Kultur, Vortrag gehalten am 19. September 1997 in der Kurdischen Gemeinde zu Berlin (KGzB), Publikation der KGzB, Herbst 1997, (siehe www.kurdun.de) und eine englische Übersetzung von Hannelore Küchler befindet sich auf der Website vom KNC: www.knc.org.uk

⁵¹ Ibid.

⁵² Al-Hayat, Nr. 12271, Montag, den 30.9.1996, S.4

Der palästinensische Politiker Nagi Alwasch, dessen Volk nach Unabhängigkeit von Isreal sucht und der Israel unumwunden den „zionistischen Feind“ nennt, schrieb in der Zeitung „Qadhaya Dowaliyah“ (internationale Fragen), die in Islamabad in Pakistan erscheint:

„Die arabische Volkseinstellung bejahte die offizielle irakische Intervention im Nord-Irak, um die Kontrolle der PUK über das Gebiet zu beenden und den Plan zu vereiteln, den Nord-Irak auf Dauer zu einer internationalen Schutzzone zu machen“ und sogar eine Zeitung wie die kuwaitische „Al-Siyasah“, die stets die arabischen Politiker unterstützt, die dem US-Stil verbunden sind, schrieb anlässlich des Eindringens der irakischen Streitkräfte in die Stadt Hawler (Erbil):

„Als der Irak nach Hawler und Sulaimaniya einmarschierte, um sein Territorium zu verteidigen, hat die Welt nichts dazu gesagt, was Protest bedeuten kann. Die Existenz des Irak auf seinem Boden ist eine gesetzeskonforme Existenz und der Welt ist das klar. Deshalb kam der Jüngste Tag dann nicht (kam es zu keiner Katastrophe), und der Boden zitterte auch nicht unter den Füßen der Kämpfer“⁵³.
Interessanterweise haben kurdische Medien sich für die Freiheit von Kuwait ausgesprochen, als Kuwait von Saddam besetzt und erobert war, wie die kuwaitische Zeitung Al Qabas bestätigte⁵⁴.

Es ist hier zu beachten, daß jene Staaten, die das islamische Dogma zur Ideologie ihres Staatsapparates gemacht haben (wie Saudiarabien, der Iran, der Sudan und Pakistan) nationalistischer sind als manche islamische Staaten, die nicht islamisch-fundamentalistisch orientiert sind (wie Tunesien, Marokko, Somalia). Es waren die Saudis, die die Amerikaner während des kuwaitisch-irakischen Krieges 1991 davon abhielten, Saddam Hussein zu stürzen, was dann leicht war. Die Saudis taten das, obwohl Saddam der Kriegsfeind der Saudis war. Die Saudis wußten sehr wohl, daß - wenn Saddam Hussein stürzt und die USA den Irak militärisch besetzten - die Kurden eine Gelegenheit hätten, sich vom Irak zu trennen oder mindestens Ansprüche stellen, was den Besitz und den Einflußbereich der Araber, jedenfalls wie es die Saudis sehen, verkleinern würde.

Die von Khomeini gegründete „Islamische Republik Iran“ hat sowohl zur Zeit Khomeinis als auch nach seinem Tode die Kurden im Osten von Kurdistan waffenmäßig bekämpft. Khomeini behauptete, daß „der Teufel“ in Kurdistan zu Hause sei und erklärte den heiligen Krieg (Jihad) gegen die Kurden. Die muslimischen Führer des Iran ließen auch außerhalb des Iran Kurden durch Mordkommandos töten (trauriges bekanntes Beispiel der Mykonos-Terroranschlag in Berlin).

Im Jahre 1973 hat der persisch-nationalistische Schah von Iran drei von Arabern bewohnte Inseln im Golf gewaltsam dem Iran annektiert. Das islamische Regime des Iran hat nicht nur diese drei Inseln den Arabern nicht zurückgegeben, sondern den Arabern sogar mit Krieg gedroht, wenn sie auf die Rückgabe der Inseln beständen.

Der islamische Sudan führt einen grausamen Krieg gegen die Südsudanesen, die keine Araber und keine Muslime sind. Der Wunsch der Südsudanesen nach einem eigenen Staat, wird als „separatistisch“ gebrandmarkt und waffenmäßig bekämpft. Bei der Bekämpfung der Südsudanesen wird die Armee des im Sudan herrschenden Regimes von den regierenden muslimischen Geistlichen des Iran unterstützt.

Der islamische Premierminister der Türkei Necmettin Erbakan, der „das Verbot von Zinseinkommen nicht nur in der Türkei, sondern auch in Ländern wie Deutschland, für alle Menschen“ verhängen will, wie im Koran steht, und der von einer „islamischen Türkei“ träumt, hat den Kontakt mit dem Diktator Saddam Hussein nicht gescheut und mit ihm einen Wirtschaftsvertrag abgeschlossen⁵⁵. Darüber hinaus hat er sich mit schönen Worten an den Staat Syrien gewandt, dessen Baath-Regime er bekanntermaßen für anti-islamisch hält, und er hat auch noch andere arabische Staaten gegen die Kurden zu gewinnen versucht, bis er im Oktober 1996 von dem Führer der arabischen Revolution und dem libyschen Staatschef Moamar Ghaddafi einen Keil auf den Kopf bekommen hat, als Ghaddafi ihm öffentlich ins

⁵³ Naj Alwasch: Kurdistan al-Irak (das irakische Kurdistan) in „Qadhaya Domaliyah“, Nr.351, 7.Jahrgang, 28.10.96, S.18.

⁵⁴ Abdul-Hamid Al-Hilali „Die Kurden von Kuwait“ in der Zeitung „Al-Qabas“ (Glühende Kohle) am 04.11.1991. Die Zeitung ist eine führende kuwaitische und arabische Zeitung.

⁵⁵ Al-Hayat, 23.7.1996

Gesicht sagte, daß er einen unabhängigen Kurdenstaat im Spektrum der Nationen unter der Sonne des Nahen Ostens seinen Platz einnehmen“ solle⁵⁶.

Interessant ist, daß die Islamisten jener Staaten, die Kurdistan aufteilen, um ihre nationalistischen Interessen zu bewahren, mit jenen Regimen zusammenarbeiten, die sie selbst für anti-islamisch halten. Die Zusammenarbeit des iranischen Regimes mit dem atatürkistischen Regime der Türkei von heute und den Baath-Regime in Syrien ist nur ein Beispiel dafür.

Zusammengefaßt: Die Staaten, die Kurdistan aufteilen, nutzen die islamische Religion, um ihre nationalistischen Interessen mit terroristischen Mitteln und mit den Methoden der Gewaltherrschaft gegen das kurdische Volk durchzusetzen. Das Heilige Buch des Islam sagt: „Die Gläubigen sind Brüder“. Nun töten die türkischen, arabischen und persischen Islamisten ihre kurdischen „Brüder“. Kann man sie dennoch Gläubige nennen? Oder sollte man sie besser „Geschäftemacher in Sachen islamischer Religion“ nennen? Ein solches „Geschäft“, das größte von allen, will der genannte Einwand beschwören, der in fadenscheiniger Naivität den Kurden den freiwilligen Verzicht auf einen eigenen Staat nahe legt. Das scheint nur naiv, das hat System. Es hat aber keine Wirkung.

7. „Der Nationalstaat ist ein veraltetes, nicht mehr zeitgemäßes Modell. Die Entwicklung der zivilisierten Welt geht in Richtung des Zusammenschlusses und der Bildung größerer staatlicher Einheiten, wie z. B. die Europäische Union. Das Streben der Kurden nach einem eigenen Nationalstaat ist nicht modern und hat keine Berechtigung mehr.“

Dieses Argument hört man ausgerechnet von denjenigen, die ihren eigenen Nationalstaat besitzen und die an seiner Existenz mit allen legalen und illegalen Mitteln hysterisch festhalten wollen. Sie verhängen mit ihren Gesetzen sogar die Todesstrafe gegen diejenigen, die es wagen, das zu verletzen, was sie die „heilige nationale Einheit und die territoriale Integrität“ ihres jeweiligen Staates nennen und der sowohl „Türkei“ als auch „Irak“ heißen mag.

Es wäre natürlich sehr schön, wenn verschiedene Völker unter dem Dach eines einzigen Staates gleichgestellt lebten. Es wäre auch noch schöner, wenn die Menschen so geistreich wären, daß das Vorhandensein eines Staates von Grund auf überflüssig wäre. Davon ist man in der Gegenwart aber weit entfernt. Im Gegensatz zum o. g. Argument, das besagt, daß die jetzige Zeitspanne die des „Zusammenschlusses und der Bildung von großen Staatseinheiten“ sei, leben wir tatsächlich in der Epoche gewaltsamer Trennung und der Bildung von Nationalstaaten, und das auf der ganzen Welt. Die Errichtung von zahlreichen Nationalstaaten, u. a. von zahlreichen „Türk-Staaten“ auf den Trümmern der ehemaligen Sowjetunion, deren Machthaber 70 Jahre lang den „kommunistischen Internationalismus“ und die „proletarische Völkerbruderschaft“ propagiert hatten, ist ein lebendiges Beispiel. Der jahrelang dauernde barbarische Krieg, begleitet von ethnischer Säuberung und Völkermord in dem ehemaligen Jugoslawien von Tito, der auch jahrelang „sozialistische Bruderschaft“ unter den Völkern „Jugoslawiens“ gepredigt hatte, sowie die Gründung der Staaten Tschechien und Slowakei auf dem Boden der ehemaligen CSSR sind weitere Beispiele. Zu erwähnen ist, daß die Trennung von Tschechien und der Slowakei ausnahmsweise und glücklicherweise friedlich verlief. Die separatistischen Bewegungen in Quebec, Korsika, Sri Lanka, Südtirol, Baskenland, Tschetschenien und schließlich die Ausrufung der „Republik Nord-Italien“ widerlegen eindrucksvoll die eingangs zitierte Behauptung, daß jetzt die Epoche des „Zusammenschlusses“ gekommen sei.

Ferner ist die Europäische Union ein sehr schlechtes Beispiel für den Zusammenschluß von Völkern weg vom Nationalstaat. Es gibt keinen einheitlichen europäischen Staat. Es gibt lediglich die Bestrebung um wirtschaftliche, politische und militärische Koordination, damit sich die europäischen Staaten gegenüber den USA, Japan, China und gegenüber anderen Mächten behaupten können. Es geht auch nicht um die sprachliche, kulturelle oder ethnische Hegemonie eines europäischen Volkes über andere. Italien besetzt nicht Bayern und verbietet nicht die deutsche Sprache, zwingt nicht das Italienische auf bayerische

⁵⁶ Frankfurter Rundschau, 8.10.1996

Kinder und Erwachsene, wie es Türken, Araber und Perser in Kurdistan tun. Die Franzosen marschieren nicht nach Großbritannien, um die Schotten aus Schottland nach Nordirland zu vertreiben und um an deren Stelle französische Bauern in Schottland anzusiedeln, wie die Türken, Araber und Perser es in Kurdistan tun. Dänemark sendet keine Armee-Einheiten nach Deutschland, um 40% des deutschen Territoriums gewaltsam zu besetzen und tausende Deutsche zu töten, um dort eine „dänische Republik in Norddeutschland“ zu gründen, mit der Begründung daß eine Anzahl dänischsprachiger Bürger in Schleswig-Holstein leben, wie es die türkische Armee wegen einer Handvoll türkischsprachiger Zyprioten tut. Die türkische Armee hat nämlich im Jahre 1973, als der extreme Nationalist Bülent Ecevit Premierminister und der Islamist Necmettin Erbakan sein Stellvertreter war, das Territorium des unabhängigen Staates Zypern angegriffen, 40% ihres Territoriums besetzt und einige Jahre später völlig rechtswidrig eine sog. „Türkische Republik Nordzypern“ zusammengebastelt. Als ein zypriotischer Jugendlicher am 11.08.96 die Fahne der türkischen Besatzungsmacht auf zypriotischen Boden herunterbringen wollte, wurde er von der türkischen Armee vor laufender Fernsehkamera erschossen. Die türkische Außenministerin Tansu Ciller hat dieses Verbrechen im nachhinein unterstützt und unterstrichen, indem sie hinterher kommentierte: „Wir brechen denen die Hände, die sich respektlos gegen unsere Fahne erheben“⁵⁷. Die türkisch-nationalistische Hysterie ist soweit gediehen, daß der türkische Journalist Metin Göktepe, der Reporter der linksgerichteten türkischen Zeitung „Evrensel“, von der türkischen Polizei getötet wurde, weil er die türkische Nationalhymne nicht singen konnte⁵⁸. Diese türkisch-nationalistische Epilepsie ist doch nicht mit dem Sinn und Geist der europäischen Einheit zu vergleichen! Die Kurden hätten wirklich nichts dagegen, wenn die Türken, Araber, Perser und Azaris sich mit den Kurden und den anderen Völkern der Region, wobei jedes Volk innerhalb seines Territoriums bliebe, sich vereinigen und die Europäische Union als Beispiel nehmen wollten! Die Kurden träumen tatsächlich davon. Die Europäische Union ist auf der Basis der Gleichberechtigung von verschiedenen Völkern und Staaten gegründet und nicht als Folge der nationalistischen Exzesse eines dieser Völker und durch die Eroberung und Annektierung fremden Territoriums entstanden.

Aber kommen wir zu dem Ausgangsargument zurück. Wenn der Nationalstaat nicht zeitgemäß ist, weshalb lösen sich die solcherart konstituierten Staaten wie die Türkei, Iran und Irak nicht auf? Warum errichtet die Türkei einen weiteren solchen Staat, nämlich die „Türkische Republik in Nordzypern“ und droht Zypern und auch Griechenland mit dem Krieg, falls sie daran dächten, die territoriale Einheit der Insel wiederherzustellen? Warum sucht das türkische Regime eine Einheit zwischen der Türkei und den sogenannten Türkstaaten in Mittelasien? Ist das nicht dieselbe turanistisch-chauvinistisch-rassistische Bestrebung, die die „Jungtürken“ im Zweiten Weltkrieg mit Hitler schon abgesprochen hatten?

Warum versucht die Islamistische Republik Iran, die ständig die sogenannte islamische Einheit propagiert, zu einer Einheit mit Afghanistan und Tadschikistan zu kommen, also mit jenen Ländern, die eine persischsprachige Bevölkerung haben, und von einer Einheit mit den arabischen Staaten oder mit der Türkei oder mit Pakistan, die auch alle Muslime sind, nicht spricht?

Ist es nicht so, daß die „islamische Einheit“ nur ein vorgeschobenes Argument ist, daß die persisch-nationalistischen Bestrebungen weiter vorhanden, das antreibende Moment sind, um das „Großperserreich“ vergangener Jahrtausende wiederzubeleben?

Wenn der Nationalstaat nichts mehr wert und altmodisch sei, warum gibt der islamische Iran die drei Inseln im Golf, die ausschließlich von Arabern bewohnt sind und die die persische Armee zur Zeit des abgesetzten, nationalistisch-imperialistisch gesinnten Schahs erobert hat, warum gibt der islamische „nicht-nationalistische“ Iran diese Inseln den Arabern nicht einfach zurück?

Wir leben in einer Epoche, die man als Epoche des Kampfes um Identität bezeichnen kann. Die Auseinandersetzung um den Besitz von Identität führt nicht zur Einheit, sondern zur Trennung. Es liegt im Interesse der Menschheit, wenn diese Trennungen friedlich zustande kommen.

⁵⁷ Frankfurter Rundschau, 19.08.1996

⁵⁸ Frankfurter Rundschau, 22.04.1996

8. „Der kurdische Staat ist eine Utopie und kann nie verwirklicht werden“

In seinem Roman „Utopia“ hat der (1478 geborene und 1535 enthauptete) englische Politiker und Humanist Thomas Morus sich einen Idealstaat vorgestellt, den es wohl nie geben wird. Das Wort Utopie kommt aus dem Griechischen mit der Bedeutung „Nirgendland“ und wird im übertragenen Sinne gebraucht für einen „Plan ohne reale Grundlage“. Soweit dieser Sachverhalt mit den Kurden zu tun hat (und ihrer zu Recht geäußerten Forderung nach einem eigenen Staat), gibt es eine sehr reale Grundlage für die Errichtung eines Staates, nämlich das Land Kurdistan. Es gibt dieses Land seit tausenden von Jahren. Es ist sehr reich an Wasser, Tigris und Euphrat sind zwei Flüsse in Kurdistan. Dieses Land ist reich an Erdöl und anderen Bodenschätzen. Es ist ein fruchtbares Land. Und ‘last but not least’ dieses Land wird von 40 Millionen Kurden bewohnt. Dieses genügsame, fähige und arbeitsame Volk hat bisher der Welt nicht zeigen können, wie reich ihr Land an Bodenschätzen und wie fruchtbar es ist und was seine Bevölkerung zu leisten vermag, weil alle Erträge aus Kurdistan von den Fremden rechtswidrig herausgeschafft werden. Wenn wir trotz dieser unumstößlichen Tatsachen annehmen wollten, daß die Errichtung eines Kurdenstaates eine Utopie sei, so hieße das auch nicht, daß es auf immer eine Utopie zu sein hätte. Es sind bisher nicht wenige als Utopie bezeichnete Ziele wahr geworden. Vor einiger Zeit war der Sturz der Sowjetunion für die meisten Menschen eine Utopie. Als ich noch in Kurdistan lebte vor zig Jahren, und davon sprach, daß die UdSSR sich eines Tages auflösen würde, hat man mich für rückständig und für einen USA-Propagandisten gehalten. Heute kommen Kurden, die mit mir jene Zeit erlebt haben, zu mir und sagen, daß ich recht hatte. Künstliche Staaten, also Staaten, die einer Bevölkerung zwangsverpaßt werden, werden früher oder später auseinandergehen, wie auch künstlich, d. h. gewaltsam voneinander getrennte Volksteile kurz über lang wieder zueinander finden.. Das Volk der DDR und das der BRD haben sich wiedervereignet, obwohl nicht wenige Politiker und Denker, sowohl welche von Weltrang als auch kleine Geister, diese Wiedervereinigung für eine Utopie gehalten hatten. Der Wille der Menschen beseitigt jegliche leichte und schwere Hindernisse und „when there is a will, there is a way“.

VI. Die Kurden und der Vorwurf des „Separatismus“

Tatsächlich ist „Separatismus“ einer der schweren Vorwürfe, die nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder bei passender und unpassender Gelegenheit gegenüber den kurdischen Patrioten erhoben wurden. Tatsächlich trifft dieser Vorwurf auf die Kurden aber gar nicht zu. Wenn ein Kurde sich für ein unabhängiges Kurdistan einsetzt, kann sein Bemühen nicht als „Separatismus“ bezeichnet werden, weil Separatismus bedeutet, daß ein Teil vom Ganzen getrennt wird. Wenn aber die Kurden ihr Land von den Staaten, an die es gekettet ist, trennen und für sich einen Staat bilden wollen, wird kein „Teil vom Ganzen“ getrennt, weil die Unabhängigkeit Kurdistans von den Ländern der Türken, Araber und Perser keinen Teil wegnimmt. Kurdistan war ursprünglich kein Teil jener Staaten, in deren Grenzen es heute gewaltsam eingefügt ist. Aus einer gewaltsamen Verbindung zweier Teile entsteht aber keine natürliche und rechtmäßige Einheit. Außerdem muß erwähnt werden, daß für den Vorwurf des „Separatismus“ bis jetzt keine eindeutige Definition vorliegt. Infolgedessen wird oft schon das Verlangen nach bestimmten einfachen Rechten, wie z. B. Lesen und Schreiben in kurdischer Sprache, das Tragen der kurdischen Tracht, das Singen kurdischer Lieder oder Aufbewahren einiger kurdischer Bücher als „Separatismus“ betrachtet und verfolgt. Der Vorwurf des „Separatismus“ wird so zum Knüppel in den Händen der türkischen, arabischen und persischen Regierungen und wird jederzeit eingesetzt gegen jede Art kurdischen Empfindens und kurdischen Daseins.

Überdies wird der Vorwurf des „Separatismus“ und seine Bekämpfung durch die Besetzer-Staaten immer dann verstärkt, wenn die kurdische Freiheitsbewegung zunimmt und für die Kurden nationale Rechte verlangt werden. Zum Beispiel wurde nach dem Putsch Kassemis im Irak (14. Juli 1958), nach der Rückkehr Barzanis aus seinem Exil in der Sowjetunion und der Aktivierung der kurdischen Bewegung folgendes Gesetz gegen den „Separatismus“ erlassen:

„Gesetz zur Änderung des Bagdader Strafgesetzes Nr. 8, 1959:

Artikel 9:

Jeder, der Gewalt oder Druck einsetzt, um einen Teil des Irak abzutrennen oder einem anderen Staat einzuverleiben, wird mit dem Tode bestraft.

Artikel 10 a:

Jeder, der mit den in Artikel 78 des Bagdader Strafgesetzes aufgeführten Veröffentlichungsmitteln arglistig aufwiegelt oder arglistig plant oder schwört, einen Teil des Irak abzutrennen oder einem anderen Staat einzuverleiben, wird mit dem Tode oder lebenslänglicher oder zeitweiliger Zwangsarbeit bestraft.

Artikel 10 b:

Wenn diese Straftaten während eines Krieges oder bei drohender Kriegsgefahr verübt werden, lautet das Urteil Tod oder lebenslängliche Zwangsarbeit.“

Paragraph 156 des heutigen irakischen Strafgesetzbuches lautet:

„Wer absichtlich eine Tat begangen hat mit dem Zweck der Verletzung der Unabhängigkeit des Landes oder seiner Einheit oder der Integrität seines Territoriums und seine Tat dazu führt, wird zum Tode verurteilt.“

Unter dem Diktator Reza Schah wurde im Iran einige Zeit nach der heimtückischen Ermordung des Kurdenführers Ismail Khani Simko am 21. Juni 1930 ein Strafgesetz gegen diejenigen erlassen, die den „Frieden“ und die „Unabhängigkeit des Staates“ gefährden. Dieses Gesetz wurde offiziell am 12. Juni 1931 erlassen unter dem Titel: „Gesetz zur Bestrafung derer, die den Frieden und die Unabhängigkeit des Staates gefährden“. Der zweite Artikel des Gesetzes besagt:

„Jeder, der auf irgendeine Weise versucht, einen Teil des Iran abzutrennen oder der Unabhängigkeit oder der Integrität des Iran einen Schlag zu versetzen, wird mit lebenslanger Zwangsarbeit bestraft.“

Artikel 3 besagt:

„Jeder, der sich mit Waffengewalt, sei es durch gemeinsames Handeln mit fremder Hilfe oder von sich aus, gegen den Iran erhebt, wird mit dem Tode bestraft.“

Nach dem Sturz der Republik von Ost-Kurdistan (Mehabad) wurde jeder Kurde, der kurdische Nationalrechte forderte, als „Separatist“ bezeichnet, auch wenn es nur um geringfügige Zugeständnisse ging.

Ebenso wurden in der Türkei noch vor dem 12. September 1980, also noch vor dem Putsch von General Evren, dessen Ursache und Beweggrund u. a. die Furcht vor einer Verstärkung der kurdischen Befreiungsbewegung war, einige Paragraphen in das türkische Strafgesetz eingefügt, die sich gegen jene richteten, die des „Separatismus“ beschuldigt wurden. Im Januar 1980 verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, das am 19. Januar 1980 in der Zeitung „Tercumen“ veröffentlicht wurde. Durch dieses Gesetz wurden sämtliche Aktivitäten verboten, die dazu führen könnten, die „Einheit der Nation und des Landes“ zu zerstören oder aufzuspalten. Selbstverständlich wurden nach dem Evren-Putsch noch zahlreiche andere Gesetze zur Bekämpfung des „Separatismus“ erlassen. Viele junge Kurden wurden des „Separatismus“ angeklagt und hingerichtet.

VII. Die Entwicklung der „Autonomie“ im irakischen Teil Kurdistans

Irak ist der einzige unter den Kurdistan aufteilenden Staaten, der von „Autonomie für die Kurden“ spricht und tatsächlich eine gewisse „Autonomie“, den Vorstellungen seiner Regierung entsprechend, gewährt hat. Daher muß der Werdegang dieser „Autonomie“ untersucht werden. Tatsächlich tauchte der „Autonomie“-Gedanke zeitlich gesehen als Folge der kurdischen Septemberrevolution von 1961 in den Köpfen einiger arabischer Machthaber des Irak neu auf, entsprechend aber dem Vorbild der britischen

Kolonialherren, die nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs je nach Bedarf ja auch von „Autonomie“ gesprochen hatten.

Keineswegs wurde die „Autonomie“ sofort verwirklicht, sondern nur ganz allmählich und schrittweise. Vor der Septemberrevolution waren die arabischen Ba'athisten - wie alle anderen Nationalisten - zu keinerlei Zugeständnissen bereit, vielmehr waren sie sogar gegen eigene Organisationen der kurdischen Studenten und Lehrer, also gegen alle „kurdischen“ Organisationen. Als sie am 8. Februar 1963 (durch einen Putsch und mit Hilfe des englischen Geheimdienstes) die Kassem-Regierung stürzten und die Macht ergriffen und sich der **Tatsache** der kurdischen Revolution stellen mußten, die seinerzeit schon zwei Jahre dauerte, konnten sie sie nicht einfach ignorieren und sprachen zunächst über „Dezentralisierung“. Danach sollte der Irak in fünf Provinzen aufgeteilt werden, eine davon mit Namen Sulaimani und bestehend aus den Regionen Sulaimani, Hewler, Duhok und Taschamtschamal, was die Trennung von Kirkuk, Diyale, Khanaqin und einigen Gebieten Badinans vom übrigen irakischen Kurdistan bedeutet hätte. Dies und die damit verbundene Tatsache, daß die Ba'athisten dieses Angebot nur gezwungenermaßen gemacht hatten und nicht aus Überzeugung von der Berechtigung der kurdischen Ansprüche, konnte die damalige Führung der kurdischen Revolution, obwohl sie zunächst Gespräche mit den Ba'athisten führte, schließlich mit dieser Form der „Dezentralisierung“ nicht einverstanden sein.

Am 9. Juni desselben Jahres (1963) begannen die Ba'athisten eine brutale Offensive gegen Kurdistan, so daß der Krieg erneut aufflammte. Damit beging die damalige politisch unerfahrene Führung der Ba'athisten in ihrer Arroganz und Selbstüberschätzung einen großen Fehler, nicht nur, was die Kurden betrifft, sondern auch im Hinblick auf die Kommunisten und alle Nicht-Ba'athisten und sogar im Hinblick auf den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, der damals der Vorreiter des arabischen Nationalismus war. Daher blieben die Ba'athisten schwach, und der General Abdul-Salam Arif, ihr früherer Genosse, der Nassers Linie folgte, konnte ihre Streitmacht, „Nationalistische Garde“ vernichten.

Dieser Arif nun versprach den Kurden anfangs eine Lösung ihres Problems, obwohl er ein engstirniger Chauvinist war. Da er Rückendeckung von Nasser und den Sowjets genoß und da zu der Zeit die Reihen der kurdischen Revolutionsführung durch Aufruhrakte der Talabani-Clique und durch unehrliche Haltung angeblicher Barzani-Freunde stark geschwächt waren, nahm Arif die Gelegenheit wahr, über das ganze Projekt der „Dezentralisierung“ zu schweigen. In der von Arif geschriebenen „Verfassung“ der Republik Irak wurde das Kurdenproblem ausgeklammert. Er schickte auch erneut Truppen nach Kurdistan, bis er am 3. April 1966 durch einen Flugzeugabsturz ums Leben kam.

Daraufhin erklärte sich sein Bruder, General Abdul-Rahman Arif am 17. April 1966 zum Präsidenten. Auch er setzte den Kurdenkrieg fort. Aber als er merkte, daß er seine Kräfte überschätzt hatte, beauftragte er seinen Ministerpräsidenten Abdulrahman Bazzaz, sich mit der kurdischen Revolutionsführung in einigen Punkten zu verständigen, woraus die berühmte Deklaration vom 29. Juni 1966 hervorging, die faktisch aber lediglich einige unbedeutende Zugeständnisse enthielt - wie ja auch Abdul-Rahman Arif immer im Hinterkopf gehabt hatte - die „Autonomie Kurdistans“ nicht zu billigen. Nachdem Bazzaz diese unwesentliche Deklaration veröffentlicht hatte, wurde er zudem noch von den chauvinistischen arabischen Militärs gestürzt und entmachtet.

Die nachfolgenden Ministerpräsidenten wie Nadschi Talib und Tahir Yahya verzögerten die Durchführung der Deklaration vom 29. Juni 1966 und ließen sie dann ganz fallen. Statt dessen stärkten sie einerseits die Gegner Barzanis, wie z. B. die Talabani-Clique, die seit 1964 die Barzani-Führung bekämpften und ab 1966 mit der irakischen Regierung zusammenarbeiteten; und andererseits versuchten sie, mit dem Iran, der Türkei, Syrien, Ägypten und der Sowjetunion ein Bündnis gegen die kurdische Revolution zu erreichen. Die Deklaration vom 29. Juni 1966 blieb schließlich auch bloß ein Stück Papier. Sogar Bazzaz gab selbst zu, daß diese Deklaration aus leeren Versprechungen bestand. Er sagte jetzt, daß das nur ein Programm seiner Regierung gewesen sei und von der folgenden nicht übernommen zu werden brauchte. Bazzaz äußerte sich in diesem Sinne in einem Schreiben an die Zeitung „Al-Ta'akhi“ (Verbrüderung), dem damaligen Organ der Barzani-Führung, das den Originaltext in der Ausgabe Nr. 62 vom 2. Juli 1967 veröffentlichte.

Die Juni-Deklaration wurde nur nicht mehr erwähnt, bis die Ba'athisten unter Abdul-Razzak Naif am 17. Juli 1968 Abdul-Rahman Arif stürzten und aus dem Irak vertrieben. Um ihre Position zu festigen, gaben

sie am selben Tag eine Deklaration heraus, in der sie versprachen, das Kurdenproblem „friedlich zu lösen“, allerdings in einer Weise, die die „Einheit des Irak“ wahrte.

Aber am 30. Juli 1968 wurde auch Naif von seinen Ba'athisten-Kumpanen durch einen neuen Putsch entmachtet, und sie übernahmen nun allein die Regierungsgewalt. Anstatt aber die kurdische Frage zu lösen, begannen sie, die Gegner Barzanis zu unterstützen, wie zum Beispiel die Anhänger Talabanis, um die Kurden gegeneinander auszuspielen und das Feuer des Krieges in Kurdistan noch mehr als früher anzufachen. Ungeachtet dessen und mit dem Kalkül, so die Macht der kurdischen Revolution zu brechen, machten sie am 25. September und am 24. Oktober 1969 einige Zugeständnisse, was die Anerkennung der kurdischen Rechte betraf, etwa die Erklärung des kurdischen Newroz-Festes zum offiziellen Feiertag im Irak, Unterricht in kurdischer Sprache in den Grundschulen, Druck einiger Zeitungen in kurdischer Sprache durch die Regierung und Gründung einer Universität in Sulaimani.

Mit diesen Zugeständnissen beabsichtigten die Ba'athisten, die kurdische Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen. Das sagten sie auch. Insgeheim aber begannen sie, mit dem Iran und der Sowjetunion zu taktieren. Doch zu Beginn des Frühjahrs 1970 stellten sie fest, daß sich die kurdische Bevölkerung durch jene Zugeständnisse nicht hatte bestechen lassen und sich keineswegs den Revolutionsgegnern angeschlossen hatte. Außerdem erkannten sie, daß der Schah von Iran nicht bereit war, Krieg gegen die irakischen Kurden zu führen, ohne seine territorialen und politischen Forderungen von den Ba'athisten erfüllt zu sehen. Ebenso waren die Sowjets nicht bereit, sich mit einem schwachen ba'athistischen Regime zu verbünden, obwohl sie ein Ende des Krieges wünschten und zu diesem Zweck Druck sowohl auf die Kurden als auch auf die Ba'athisten ausübten. Außerdem waren die Ba'athisten damals sehr isoliert, weil außer den Kurden noch Kommunisten, Nasseristen und Anhänger der Schia-Konfession auf der Seite ihrer Gegner standen. Zusätzlich rivalisierten die Ba'athisten untereinander. Die Gruppe um Abdul-Khaliq Samaraie und die Gruppe um Nazim Gezar, dem Chef des Geheimdienstes waren gegen die Gruppe um Ahmad Hassan Al-Bakr und Saddam Hussein.

Also waren die Ba'athisten durch ihre Gesamtlage gezwungen, den Kurden eine gewisse „Autonomie“ zuzugestehen, um vorerst den Krieg zu beenden und sich allmählich zu stabilisieren. Wenn der Krieg damals nicht beendet worden wäre, hätte meines Erachtens nicht viel gefehlt zum Sturz des Ba'ath-Regimes. Die Ba'athisten trafen hier also eine für sie selbst richtige Entscheidung.

Die Zeit war auch in anderer Hinsicht günstig für sie. Die kurdische Revolutionsführung befand sich damals in vielfacher Hinsicht in einem desolaten Zustand. Einerseits wurde sie von den Talabani-Anhängern bekämpft, andererseits gab es in den Reihen des Revolutionsführers Barzani selbst einige, die den Krieg beenden wollten mit dem Argument: „Die Peshmerga sind müde und haben keine Lust mehr zu kämpfen.“ Außerdem gab es noch solche Leute wie Dr. Murad Aziz, Mitglied des ZK der DPK, der die Ansicht des Ostblocks vertrat, daß nur der „Imperialismus“, das hieß für ihn unter der DPK-Führung um Barzani „Amerika und der Westen“, Nutzen aus diesem Krieg zögen. Barzani befand sich also in einer Zwangslage, hatte auch keine guten Berater und kein richtiges Programm und entschloß sich daher zum Frieden. Dadurch erhielt zwar das Kleinbürgertum innerhalb der Revolution noch mehr Gewicht, doch andererseits verstummten durch diesen zeitlich begrenzten scheinbaren „Erfolg“ die Stimmen der Gegner Barzanis für einige Zeit.

Es steht fest, daß die Unterzeichnung des „Autonomieabkommens - als Abkommen vom 11. März 1970 bekannt - durch die kurdischen Revolutionsführer und die Art seines Zustandekommens der größte Fehler war, den die kurdische Revolution je begangen hat und der größte Erfolg der Ba'ath-Partei und der Feinde der Freiheit des kurdischen Volkes.

Bemerkenswert ist, daß diese Tatsache, die den kurdischen Massen und den meisten kurdischen Politikern erst einige Jahre nach dem Abkommen vom 11. März klar wurde, von den Vertretern der Neteweyî-Richtung bereits am Tag der Unterzeichnung erkannt worden ist. Die Zeitschrift „Kurdistan-Information“, die als Organ der „National Union Kurdischer Studenten in Europa“ (NUKSE) von Bruska Ibrahim (damals Student an der TU München) herausgegeben wurde, war die einzige Stimme innerhalb der kurdischen Nation, die Bedenken gegen dieses Abkommen anmeldete. „Kurdistan-Information“ schrieb in der Ausgabe Nr. 14 vom 21. März 1970 nach einer ausführlichen Auflistung sämtlicher Abkommen, die bis dahin zwischen der irakischen Regierung und der kurdischen Revolutionsführung geschlossen

worden waren: „Dieser Überblick über die Vergangenheit berechtigt nicht gerade zu einem besonderen Optimismus, besonders, wenn man weiß, daß sich die Ba'ath-Partei zu den gegenwärtigen Zugeständnissen nur gegen starken innerparteilichen Widerstand und auf massiven Druck der Sowjetunion durchringen konnte.“

Aber dieser Vortrag hat nicht den Zweck, die Gründe für das Aufflammen und den Niedergang der kurdischen Septemberrevolution zu klären. Wir berücksichtigen hier die Revolution nur insofern, als sie Bezug zum Thema hat. Vor allem müssen wir hervorheben, daß die Unterzeichnung dieses Abkommens weder den Wünschen Barzanis noch den Wünschen der Ba'athisten entsprach, sondern von beiden Seiten gezwungenermaßen erfolgte ****⁵⁹. Jede Seite erwartete einen plötzlichen Angriff der Gegenseite, und es gab kein Vertrauen. Deshalb wollte jede Seite in diesem Hazard-Spiel die Oberhand gewinnen. Allerdings unternahmen die Ba'athisten in der Regel wohlüberlegte, vorsichtige Schritte, während die kurdische Revolutionsführung öfters kopflos und völlig verkehrt reagierte, wobei das opportunistische Kleinbürgertum (um Dr. Mahmud Osman) innerhalb der Revolutionsführung eine große Rolle spielte. Die von den Ba'athisten für 1970 vorgesehene „Autonomie“ war eine verbesserte Form jener „Dezentralisierung“ von 1963 und eine Neuauflage jenes Vorschlags von Mr. Edmonds, dem ehemaligen militärischen Berater der britischen Kolonialherren im Irak, den er gleich zu Beginn der 60er Jahre in London vorgebracht hatte und der Kirkuk und einige Gebiete von Khanaqin und Badinan nicht berücksichtigte. Im Gegensatz zu Edmonds, der meinte, daß man Kurdistan in „Salahadin“ (Saladin-Provinz) umbenennen mußte, verzichteten die Ba'athisten auf dergleiche Ideen und verwendeten weiter den Namen „Kurdistan“. Die größte Leistung der Ba'athisten bestand darin, daß sie die Verwirklichung des Abkommens um vier Jahre verschoben und sich in der Frage der Grenzen Kurdistans nicht festlegten. Das Problem der Ezidi-Kurden (Yeziden) und Schabak-Kurden in Bagdad und im Süd-Irak (vor allem der Failis) wurde nicht zu Papier gebracht, und auch sonst ließ der Vertrag viele Fragen offen, was im Interesse der Ba'athisten lag.

Die Ba'athisten verloren keine Zeit, festigten zunächst ihre Macht in der Armee und beseitigten allmählich ihre internen Streitigkeiten, die zumeist durch die Gruppen um Nazim Gezar und Abdul-Khaliq Samaraie verursacht wurden. Außerdem gelang es den Ba'athisten, die Kommunisten zu besänftigen, indem sie bis zu einem gewissen Grad den auf diese ausgeübten Druck lockerten. Mit Versprechungen und Schmeicheleien, die sich später alle als Lügen entpuppten, brachten sie die Kommunisten in Gegensatz zur kurdischen Revolution, so daß sie zu Revolutionsgegnern wurden. Außerdem gelang es ihnen, in den Reihen der kurdischen Revolution Zwietracht zu säen, einige Kurden ihrer Revolution abspenstig und Leute zu Revolutionsgegnern zu machen, die vorher jahrelang treue Diener der Revolution gewesen waren. Gleichzeitig erreichten sie die „Verstaatlichung“ der Erdölförderung, so daß sie sich nun als einen der Staaten bezeichnen konnten, die „gegen imperialistische Monoporgesellschaften“ vorgehen. Zusätzlich erreichten sie eine weitere Annäherung an die Sowjetunion, indem sie mit ihr im April 1972 einen Freundschafts- und Beistandspakt schlossen, was auch die Sowjets zu Gegnern der kurdischen Revolution machte. Mit den hohen Erdöleinnahmen wurden jetzt in großer Menge Waffen von der Sowjetunion gekauft und die irakische Armee sehr stark aufgerüstet. Schließlich begannen die Ba'athisten mit einer internationalen Propaganda-Kampagne, die die kurdische Revolution unter der Führung Barzanis als eine „reaktionäre und chauvinistische“ Bewegung brandmarkte, die durch „Amerika, Israel, den Iran und den imperialistischen Westen“ angeheizt werde, um die angeblich „sozialistische, fortschrittliche“ Ba'ath-Regierung zu stürzen, die den Kurden „alle ihre Rechte“ gewährt habe...

Der historischen Wahrheit gemäß müssen wir auch erwähnen, daß die irakischen Kommunisten, die kommunistische iranische Tudeh-Partei und einige Palästinenser unter Georges Habasch (Volksfront Palästinas), die von den Ba'athisten damals Geld und Unterstützung bekamen, die Ba'athisten in dieser Phase sehr unterstützten. Die genannten Gruppen begannen, die Ba'athisten als „progressiv“ und die

⁵⁹ (****) Bei einem Zusammentreffen mit Masud Barzani, dem Sohn des verstorbenen Führers der September-Revolution und jetzigen Präsidenten der Region Kurdistans hat Barzani mir vor einigen Jahren erzählt, daß sein Vater ungerne den Autonomie-Vertrag vom 11. März 1970 unterschrieben und nach der Unterzeichnung gesagt habe, daß es ein Fehler war, mit den Baathisten zu verhandeln.

kurdischen Revolutionäre als „reaktionär“ und als „Lakaien des Schah“ zu bezeichnen.

Die Maßnahmen der kurdischen Revolutionsführung waren im Gegensatz zu denen der Ba'athisten und ihrer Verbündeten dilettantisch und planlos und daher nicht im Interesse der kurdischen Revolution. Obwohl die Revolutionsführung genau wußte, daß die Ba'athisten sich auf eine Auseinandersetzung vorbereiteten und nicht gewillt waren, den Kurden eine „Autonomie“ gemäß den kurdischen Vorstellungen zu gewähren, wartete die Revolutionsführung dennoch volle vier Jahre, sie griff nicht an. Sogar als die Ba'athisten am 29. September 1971 einige ihrer Mitglieder, als „islamische Mullahs“ verkleidet, nach Kurdistan schickten, um Barzani zu töten, wartete die Revolutionsführung weiter ab, im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß die Ba'athisten zu jener Zeit relativ schwach und sogar untereinander gespalten waren. Die stärkste Gruppe der Ba'athisten unter Nazim Gezar unternahm schließlich am 30. Juni/1. Juli 1973 einen Putschversuch, der aber scheiterte. Außerdem flossen die Öleinnahmen nicht so reichlich, die irakische Armee war noch nicht so gut gerüstet wie später. Das Ba'ath-Regime hatte unter den Großmächten noch keinen Vertragspartner. Die Sowjetunion hatte den Freundschaftsvertrag mit dem Irak noch nicht unterzeichnet. Im Gegensatz zu später unterstützte Frankreich die Ba'athisten noch nicht. Die Ba'athisten gingen einfach überlegter und planvoller ans Werk als die kurdische Revolutionsführung. Es war der Revolutionsführung bekannt, daß die Ba'ath-Führung auf geheimen und auf offiziellen Wegen eine Einigung mit dem Schah von Iran anstrebte und zu diesem Zweck einige Male Regierungsvertreter Ägyptens, der Türkei und Jordaniens als Vermittler eingesetzt hatte. Der ägyptische Journalist Muhammed Hasanain Heikal hatte dies sogar insgeheim einem Barzani-Vertreter in Kairo mitgeteilt. Dennoch hatten die Verantwortlichen der kurdischen Revolution in dieser Hinsicht keine Befürchtungen und meinten, daß eine Einigung zwischen den Ba'athisten und dem Schah niemals zustandekommen würde.

Aus alledem wird klar, daß die kurdische Revolutionsführung nach der Unterzeichnung des Märzabkommens 1970 zwei Möglichkeiten hatte, von denen sie eine hätte wählen müssen. Erstens: entweder sich für einige Zeit mit den Ba'athisten gegen den Schah zu verbünden, so daß der Krieg, den der Irak heute (1985) gegen Khomeini führt, möglicherweise damals gegen den Schah geführt worden wäre, oder zweitens: den Ba'athisten zuvorzukommen und sie zu einem Zeitpunkt anzugreifen, als sie mit internen Streitigkeiten beschäftigt waren. Da sie keine dieser Möglichkeiten wählte, hätte sie das Wiederaufflammen des Krieges in Kurdistan auf jeden Fall verhindern müssen, weil alle vorhandenen Anzeichen darauf hindeuteten, daß die gegnerische Macht vielfach überlegen und schlagkräftiger sein würde als die Kurden selbst es waren.

Nach dem Zusammenbruch der Revolution im März 1975 ergriffen die Ba'athisten anfangs, als die Tragweite der Probleme noch nicht recht abzuschätzen war, wiederum sehr geschickte Maßnahmen. Anstatt sich nun offen gegen die Kurden zu stellen, handelten sie nach einem vorbereiteten Plan. Sie sprachen zuerst von einem „gemeinsamen Erfolg des irakischen Volkes, der Araber und Kurden gleichermaßen“. Während sie Tausende kurdischer Familien in den Süd-Irak deportierten, Tausende von Ortschaften zerstörten, Hunderte von Wasserquellen zubetonierten, Tausende von Bäumen mit der Wurzel ausrissen und Tausende von Arabern an für sie frei gemachten Plätzen in Kurdistan ansiedelten, beschwichtigten sie die kurdischen Kollaborateure: „Die anderen Kurden waren reaktionäre Kurden, ihr seid progressive Kurden. Euch werden wir Kurdistan übergeben.“ Dann luden sie Hunderte ausländischer Journalisten in das Gebiet, das als „Autonomiegebiet“ bekannt ist. So betrieben die Ba'athisten, die aus der Vergangenheit gelernt hatten, einige Monate lang zum Schein eine kurdenfreundliche Politik und gaben Opportunisten, Glücksrittern, Einfaltspinseln und Kriegsgewinnlern aller Art Gelegenheit, vom Niedergang der kurdischen Revolution zu profitieren.

Zu ihrem Unglück bezeichneten die Kommunisten die ba'athistischen Maßnahmen der ersten Monate als „progressiv“, was von naiven Leuten auch geglaubt wurde, da ja tatsächlich einer der Gründe für das Scheitern der kurdischen Revolution darin bestand, daß sie sich auf falsche Freunde des kurdischen Volkes gestützt hatte. Naive Menschen dachten nicht daran zu fragen, wieso es für die kurdische Revolutionsführung Verrat bedeuten sollte, wenn sie sich mit dem Schah und dem Westen verbündete in der Hoffnung, ihr unterdrücktes Volk aus dem Dreck zu ziehen, und wenn das nur eine Hoffnung und nichts weiter war, es aber wenig später für die „sozialistischen“ Führer Algeriens und die Kommunisten

eine patriotische Tat und ehrenvolle Handlung sein sollte, wenn sie Applaus spendeten zur Einigung des Ba'ath-Regimes und des Schah-Regimes in Iran, und zwar über die zerstückelten Leichen der am Boden liegenden Kurden hinweg. Zweifelsohne kam diese Haltung die Kommunisten inzwischen sehr teuer zu stehen. Das muß gesagt werden, um die historischen Tatsachen nicht zu verfälschen. Lüge und Feigheit haben in der Geschichtsschreibung nichts zu suchen. Zwar gaben die Kommunisten einige ihrer ehemaligen Fehler zu, aber die Kunst besteht nicht darin, die gleichen Fehler zu vermeiden, sondern aus den Fehlern zu lernen.

Selbstverständlich handelte es sich bei der dargestellten ba'athistischen Politik, bei der Gründung eines „autonomen“ Gebietes und bei der Kontaktpflege mit den Kommunisten nur um eine vorübergehende Taktik. Nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution ließen sich die Ba'athisten einige Monate Zeit, um anschließend die gewährten Zugeständnisse allmählich wieder zurückzunehmen: Der Unterricht in kurdischer Sprache wurde in den Gebieten Kirkuk, Khanaqin und Badinan gänzlich gestrichen. In Bagdad, wo heute (1985) über eine halbe Million Kurden leben, außerdem in den kurdischen Gebieten des Süd- und Mittelirak wie Kut, Badre, Mandali, Zarbatiya, Jassan, Ali Gharbi usw. wurde keine einzige kurdische Schule eröffnet. Tausende von Faili-Familien wurden in den Iran vertrieben. Tausende von Kurden verschwanden spurlos, Hunderte wurden hingerichtet. 40 % des Unterrichts in kurdischer Sprache wurde in den Provinzen Sulaimani und Hewler, die zu dem sogenannten „Autonomiegebiet“ gehören, durch arabischen Unterricht ersetzt - ein erster Schritt zur Beseitigung des kurdischen Unterrichts. Die „Kurdische Akademie“ wurde beseitigt, obwohl sie dem kurdischen Fortschritt kaum diente und offensichtlich mit der Verwirrung der kurdischen Sprache und mit der Veröffentlichung reaktionärer Ideen beschäftigt war. Die „Vereinigung der Frauen Kurdistans“ wurde aufgelöst und ihre Mitglieder in die „Vereinigung der Frauen des Irak“ übernommen. Anschließend wurden sämtliche Gewerkschaften aufgelöst, darunter die Gewerkschaft der Lehrer Kurdistans und die Gewerkschaft der Arbeiter Kurdistans. Aus speziellen, im Interesse der Ba'athisten liegenden Gründen blieb die „Vereinigung der kurdischen Schriftsteller“ noch einige Zeit bestehen, wurde dann aber ebenfalls aufgelöst und ihre Mitglieder in die „Vereinigung der irakischen Schriftsteller“ überführt. Außerdem wurden die kurdischen Städte mit Arabern aus Ägypten, Jordanien, aus dem Sudan und Palästina besiedelt. Durch die Einleitung dieser Maßnahmen einige Monate nach dem Zusammenbruch der Revolution zeigten die Ba'athisten ihr wahres Gesicht. Daher hatte nun ihre Propaganda gegen Barzani und gegen die kurdische Revolution keine große Wirkung mehr auf die Bevölkerung. Aufgrund der praktischen Erfahrungen mit der Politik der Ba'athisten verlor die kurdische Bevölkerung, darunter sogar jene Teile, die vorher die Politik der Führung der kurdischen Septemberrevolution hart kritisiert hatten, jedes Vertrauen in das Ba'ath-Regime.

Als dann 1980 der Krieg des Irak gegen den Iran ausbrach, erkannten die Ba'ath-Machthaber, daß es etwas anderes ist, einen Staat wie Iran mit einer starken Armee, großen materiellen Reserven und einer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen anzugreifen, daß das schwerer ist, als ein staatenloses, wirtschaftlich schwaches Volk ohne Armee wie die Kurden niederzuringen. Gemäß ihrer alten Taktik versuchten die Ba'athisten wieder, die Kurden und Kurdistan zu gewinnen, griffen aber Ende 1983 auch das Barzani-Sammellager in Qosch-Tepe bei Hewler an und verschleppten 8000 Leute, die bis heute verschollen sind ****⁶⁰. Außerdem leugnete Saddam Hussein selbst in Kurdistan und zum kurdischen Newroz-Fest 1979 nicht, daß er die Kurden als „Teil des Irak“ und den Irak als „Teil Arabiens“, also die Kurden als Araber, betrachtet.⁶¹

⁶⁰ (****) Nach dem Sturz des Saddam-Regimes wurden bis jetzt circa 130 Massengräber mit kurdischen Leichen in Südirak gefunden. Die Überreste von 500 getöteten Kurden wurden im Jahre 2005 nach Kurdistan transportiert und begraben.

⁶¹ Vgl. die Rede des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein auf einer Massenversammlung in Kaschkoli bei Sulaimani (Süd-Kurdistan) am 21.3.1979, veröffentlicht in der kurdischsprachigen Zeitschrift "Otonomi" (Autonomie), 4. Jahrg. 1979, Nr. 4, S. 40.

VIII. Kritik der kurdischen Autonomie

Jede „Autonomie“, wie man sie auch auffaßt und in welcher Gestalt und Form sie auch auftritt, bedeutet einen Freiheitsentzug für jenes Volk, das die „Autonomie“ besitzt, im Vergleich zu dem Volk, das die zentrale Macht des Staates in der Hand hat, da das Volk, das die Autonomie hat, nur in seinen inneren Angelegenheiten frei ist und in Angelegenheiten, die zu internen Problemen keine mehr oder weniger direkte Beziehung haben, unfrei ist. So ist also das „autonome“ Volk nur teilweise an der Macht beteiligt. Hier taucht nun die Frage auf, welche Angelegenheiten eigentlich nichts mit den inneren Angelegenheiten eines Volkes zu tun haben. Vor allem müssen wir uns vor Augen führen, daß die verschiedenen Anhänger einer Autonomie für Kurdistan untereinander uneins sind, was die Ausdehnung der Befugnisse und Grenzen eines autonomen Kurdistan betrifft. Einige sagen, das kurdische Volk müsse im „Bildungsbereich“ frei sein, und meinen damit, daß der Unterricht in den Schulen in kurdischer Sprache erteilt wird. Also sollen die Kurden die Bücher, die arabische, türkische oder persische Schüler im arabischen, türkischen oder persischen Staat benutzen, in kurdischer Sprache lesen. Selbstverständlich sind diese Bücher von arabischen, türkischen und persischen Nationalisten verfaßt, und die Besonderheiten der kurdischen Gesellschaft kommen in diesen Büchern nicht vor. Beispiele für solche Bücher gibt es im Irak zuhauf, darunter ein Buch mit dem Titel „Geographie des Landes Irak“ für die 6. Klasse der Grundschule, von Bassam Abdulrahman und seinen Mitarbeitern verfaßt und 1983/84 ins Kurdische übersetzt von Jemal Rashid Arif und seinen Mitarbeitern. Auf der Seite 10 dieses Buches steht: „Im vergangenen (Schul-)Jahr haben wir unser arabisches Heimatland kennengelernt und festgestellt, daß unser Land Irak ein Teil des arabischen Landes und Volkes ist...“ Dieser Art sind nicht nur die Bücher, die für den gesamten Irak herausgegeben werden, sondern auch die Bücher, die angeblich zur kurdischen Sprache und Kultur veröffentlicht werden, folgen gezwungenermaßen der nationalistischen Ideologie des Volkes, das die Macht im Staate besitzt. So wurde z. B. im Jahre 1982 von einigen kurdischen Schriftstellern wie Ala'addin Sajadi, Dr. Izaddin Mustafa Rasul und einigen anderen ein Buch für die 5. Klasse des Gymnasiums verfaßt mit dem Titel „Die kurdische Sprache und Kultur“. Darin waren die Seiten 159 bis 161 dem „verdienstvollen Oberbefehlshaber“ Saddam Hussein vorbehalten, der unter der Überschrift „Demokratie und Gerechtigkeit“ schrieb, und die Seiten 169 bis 172 einem Artikel mit der Überschrift „Arabisches Gedankengut ist humanes Gedankengut“. Dieser war von dem ba'athistischen Schriftsteller Dr. Abdullah-Abdul-Daim verfaßt worden, hier ins Kurdische übersetzt und - jetzt als „kurdische Sprache und Kultur“ betreffend ausgegeben - unwissenden Kindern den Schlund heruntergestopft worden.

Einige „Autonomie“-Verfechter gönnen den Kurden kaum mehr als in den Grundschulen Unterricht in kurdischer Sprache mit der Begründung, nach der Grundschule müsse die Staatssprache verwendet werden und die kurdische Sprache solle nur noch zusätzlich gelehrt werden. Die „Autonomie“-Anhänger ähneln sich in ihren Sorgen und Ängsten. Und ihre Sorgen und Ängste bleiben auch immer die gleichen. Nehmen wir als Beispiel die iranische („kommunistische“) Tudeh-Partei und ihre Publikation:

„Darstellung der Vorschläge der Tudeh-Partei des Iran zur Selbstverwaltung des iranischen Kurdistan“. In Abschnitt 10 und Abschnitt 12 dieser „Vorschläge“ heißt es: „Im iranischen Kurdistan soll eine Universität gegründet werden, an der in persischer Sprache gelehrt wird“ (S. 90 - 91). Bezüglich der Aufgaben der „Selbstverwaltungsorgane Kurdistans“ heißt es: „Aufgabe der Selbstverwaltungsorgane Kurdistans ist es, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des iranischen Staates und seine Souveränität mit allen Kräften zu schützen“ (S. 91).

Andere „Autonomie“-Anhänger gehen etwas weiter und sagen, die Kurden müßten den Sozialbereich selbst verwalten, also die Bereiche Landwirtschaft und Gesundheitswesen. Andere gehen noch weiter und meinen, die Sprache der Gerichte und Verwaltungen müsse in Kurdistan Kurdisch sein, wobei die Verantwortlichen und die Beamten, die in Kurdistan arbeiten, entweder Kurden sein oder die kurdische Sprache beherrschen müßten. Wieder andere gehen noch weiter. Sie verlangen, daß die Verantwortlichen und Beamten in Kurdistan von den Kurden selbst gewählt werden müßten. Außerdem solle ein Exekutivorgan geschaffen werden, das die Beschlüsse eines lokalen, mit den Stimmen der Bewohner Kurdistans gewählten Parlaments in die Tat umsetze.

Anstatt zu diskutieren, inwiefern es in einem Landesteil überhaupt Wahlfreiheit geben kann, wenn der Gesamtstaat nicht demokratisch ist, wollen wir kurz von jenen Grundlinien sprechen, die - sofern von „Autonomie“ die Rede ist - vernachlässigt werden:

a) Wirtschaftliche Unabhängigkeit: Die Kurden sind in wirtschaftlicher Hinsicht zwangsläufig abhängig von der Zentralgewalt jener Staaten, in denen sie leben.

b) Militärische Unabhängigkeit: Die Kurden dürfen keine bewaffneten Streitkräfte haben.

c) Unabhängigkeit nach außen: Die Kurden dürfen mit keinem Staat Verträge schließen. In die Vereinten Nationen und alle anderen Weltorganisationen dürfen sie keine Vertreter entsenden.

Der Zweck der Vorenthaltung wirtschaftlicher Unabhängigkeit besteht darin, daß die Bodenschätze Kurdistans nicht den Kurden gehören sollen; Kurdistan ist besonders reich an Erdöl, Chrom, Kobalt, Gold und Schwefel. Die Kurdistan aufteilenden Staaten benötigen diese Schätze, um sich zu finanzieren. Außerdem ist Kurdistan landwirtschaftlich sehr fruchtbar und besitzt viele Seen, Flüsse und Wälder. Natürlich wollen die Besetzer Kurdistans auch diesen Reichtum nicht den Kurden selbst überlassen. Dennoch bestehen die Besetzer Kurdistans nicht nur aus Besitzgier darauf, daß die Kurden keine wirtschaftliche Unabhängigkeit bekommen sollen; sie halten die wirtschaftliche Selbständigkeit für eine Stufe zur politischen Selbständigkeit. Eben deshalb versuchen sie ja wie verrückt, ihre Staaten zu industrialisieren, denn sie wollen sich im Staatenverbund der Welt behaupten und an der Macht bleiben; in Kurdistan bauen sie aber nur wenig Industrie auf, und wenn, dann lassen sie es nicht zu, daß sie in kurdische Hände kommt.

Der Zweck der Verhinderung militärischer Unabhängigkeit besteht darin, daß die Besetzer Kurdistans nicht wollen, daß die Kurden eine schlagkräftige Streitmacht besitzen, mit der sie ihre Rechte verteidigen können. Nur deshalb sind die Besetzer gegen eine kurdische Armee: Damit sie je nach Bedarf allein durch eine Deklaration alle kurdischen „Rechte“ wieder aufheben können.

Der Zweck der Verhinderung kurdischer Beziehungen zu ausländischen Staaten oder internationalen Organisationen besteht darin, die kurdische Frage stets als „innere Angelegenheit“ selbst zu behandeln und ihre Internationalisierung zu verhindern.

In der Tat bedeutet „Autonomie“, sei es nun eine echte oder eine scheinbare Autonomie, daß es keine Unabhängigkeit geben kann. Das Gebiet, das die „Autonomie“ erhält, kann sich nicht gänzlich von den Bindungen und Verpflichtungen gegenüber der Zentralregierung befreien. Der Freiheitsgrad eines autonomen Gebietes hängt vom Regierungssystem des Staates ab, der die Autonomie gewährt hat. Aber auch wenn dieser Staat eine freiheitliche, demokratische Regierungsform besitzt, wird das autonome Gebiet als Teil dieses Staates betrachtet. Z. B. können die Bewohner des autonomen Gebietes sich nicht gegen den Zuzug von Bewohnern anderer Gebiete des entsprechenden Staates wehren. In dieser Situation kann ein Volk, dem „Autonomie“ gewährt wurde und das zahlenmäßig dem staatstragenden Volk gegenüber in der Minderheit ist, unter Umständen durch Zwangsumsiedlung und Einsiedlungsmaßnahmen seine demographische Gestalt verlieren. Es muß Einschmelzung und Vernichtung fürchten. Dieser Fall trifft auch auf allen Kurden zu - und nicht zuletzt auf die Kurden im „irakischen Kurdistan“.

Wir wissen, daß jeder Araber - ob nun Iraker oder nicht- das Recht hat, im Irak zu leben, da der Irak offiziell und seiner Verfassung nach ein Teil Arabiens ist, ebenso wie das irakische Kurdistan als Teil des Irak betrachtet wird. Daher ist es durchaus eine Gefahr, daß sich in dem Gebiet des irakischen Kurdistan, in dem heute (1985) etwa drei Millionen Kurden leben, innerhalb von zwanzig oder dreißig Jahren so viele Araber niederlassen, daß die Kurden, auch wenn sie selbst nicht aus Kurdistan vertrieben oder ausgesiedelt werden und in ihrem Gebiet bleiben dürfen⁶², dennoch zu einer Minderheit werden. Auch wenn der irakische Staat nicht chauvinistisch und diktatorisch wäre - wie er es ist - betrachtet er sich auf jeden Fall als einen Teil der „arabischen Nation und Heimat“. Das Konzept der „Autonomie“ erlaubt das. Das Ba'ath-Regime aber, chauvinistisch und demokratiefeindlich, wie es ist, lockt dazu noch mit allen Mitteln Araber von außerhalb an, sich im Irak niederzulassen und irakische Bürger zu werden, gibt ihnen Geld, Arbeit und Waffen und baut für sie Häuser im kurdischen Gebiet. Der

⁶² (******) Diese Vertreibungen und Aussiedlungen haben schon in den 80er und 90er Jahren stattgefunden.

Ba'athistenführer Ahmed Hassan Al-Bakr sagte im Jahre 1968: „Jeder Araber hat das Recht, auf irakischem Boden zu leben“.⁶³

Im Januar 1975 erließen die irakischen Ba'ath-Machthaber ein Gesetz, wonach jedem Araber die irakische Staatsangehörigkeit zu gewähren sei, „sobald er sie beantrage und gewillt sei, sich am Aufbau des Irak zu beteiligen“. Natürlich sind die Araber jener armen, mittellosen und ausgehungerten Staaten wie Ägypten, Sudan und Jordanien oder palästinensische und libanesische Flüchtlinge gerne bereit, nach Kurdistan zu ziehen, um dort zu leben und das Land zu besetzen. Diese Politik der Einsiedlung wird - zusammen mit der Politik der Zwangsumsiedlung von Kurden - schon seit langem in Khanaqin, Kirkuk, Schangar und einigen anderen Gebieten verfolgt; ebenso der Plan zur Zerstörung der kurdischen Großstadt Sulaimani. Aufgehalten wurden die Ba'athisten dabei nur durch den Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges und in zweiter Linie durch das erneute Auftreten von Peschmerga-Kämpfern in den kurdischen Bergen. Der irakisch-iranische Krieg wird aber einmal ausgestanden sein, und wir sollten uns heute schon darüber im klaren sein, daß im Rahmen von „Autonomie“ weiter Araber nach Kurdistan kommen können. Die Kurden haben jetzt und auch in Zukunft keine rechtliche Möglichkeit, ihnen den Weg zu versperren, weil diese genauso irakische „Staatsbürger“ sind wie die Kurden.

Wenn sich aber ein Kurde dagegen wehrt, kann man ihm sagen: „Du kannst auch nach Basra, Bagdad, Nasiriya oder Dilê m gehen, dort wohnen, arbeiten und studieren; niemand versperrt dir den Weg.“ Das ist richtig. Aber dieser Kurde, der in eines der genannten Gebiete zieht, wird langsam Araber. Vielleicht wird er selbst nicht Araber, aber (spätestens) seine Kinder. Ihnen wird die kurdische Kultur wahrscheinlich ganz verloren gehen. Denn die Staats- und Unterrichtssprache ist in diesen Gebieten nur Arabisch. Die Araber hingegen haben es, wenn sie nach Kurdistan kommen, nicht nötig, Kurdisch zu lernen, wenn sie es nicht selbst wollen: weil in Kurdistan die Amtssprache neben Kurdisch eben Arabisch ist. Die Kinder können von Anfang an in arabischer Sprache lernen, da es in Kurdistan arabische Schulen gibt. Der Irak ist nach der von den Arabern hergestellten Verfassung ein arabischer Staat und er ist – zusammen mit seinem Teil Kurdistans - nach der Verfassung ein Teil Arabiens.

Dies ist nicht die Zeit, davor die Augen zu verschließen: Tatsächlich ist die schrittweise Arabisierung Südkurdistans geplant. Saddam Hussein sagte bei einem Zusammentreffen mit einer Gruppe von Kurden aus Hewler im August 1983: „Hewler ist jetzt der Sitz der Autonomie. Mit Gottes Hilfe wird es in Zukunft die Sommerresidenz des Irak werden... Vor dem Krieg planten wir, eine Sommerhauptstadt für den Gesamtirak zu bauen an einem Platz in Hewler, so daß die Regierung im Sommer nach Hewler umziehen könnte. Mit Gottes Hilfe wird dieser Gedanke nach dem Krieg verwirklicht...“⁶⁴

Wenn aber die Leute, die von einer „echten Autonomie“ reden, beabsichtigen, daß bei dieser „Autonomie“ die gesetzmäßige Amtssprache in Kurdistan nur Kurdisch sein soll und jeder Araber und jeder andere mit Ausnahme der Minderheiten, die schon immer Bewohner Kurdistans waren und ihre nationalen Rechte haben werden, gezwungen sein soll, seine offiziellen Angelegenheiten in kurdischer Sprache zu erledigen, und daß die Anzahl jener, die von außerhalb nach Kurdistan kommen, um dort zu wohnen, durch die „autonome“ Regierung begrenzt werden und daß außerdem eine Streitmacht vorhanden sein soll, die jeden Angriff von außen zurückschlagen kann, so muß das - die Zuhörer und Vertreter einer solchen „Autonomie“ mögen mir verzeihen - nicht „Autonomie“, sondern ganz anders genannt werden: z. B. Föderalismus oder Konföderation (wobei es - nebenbei gesagt - auch einige Staaten mit föderalistischem Aufbau gibt, in denen nicht jeder Teil eine eigene Armee hat). „Autonomie“ ist aber nicht die Verbindung mehrerer Teile in föderalistischer Form, wobei jeder eigene Grenzen und eine eigene Armee haben kann, sondern Autonomie besteht aus der Übergabe einiger innerstaatlicher Befugnisse an einen oder mehrere Teile dieses Staates oder an ein Volk in diesem Staat, aber immer unter der Oberherrschaft der Zentralregierung. Und das ist alles.

Wenn die Autonomie ein Teil der Staatsmacht ist, den die Zentralregierung einer lokalen Regierung abtritt, müssen wir uns darüber klar sein, daß diese Machtabtretung nur in einer Demokratie durchführbar, sinnvoll und dauerhaft ist. Im Gegensatz dazu ist eine Autonomie unter einem undemokratischen, diktatorischen Regime nicht durchführbar. Unter besonderen Umständen zustande gekommen, wird sie

⁶³ Vgl. die arabischsprachige Zeitung der Talabani - Gruppe "El-Nur" (Das Licht), Nr. 8, 1968. Bagdad, 20.10. 1968.

⁶⁴ Vgl. die kurdischsprachige Zeitung "Hawkarî (Zusammenarbeit), Verlag für Kurdische Kultur und Publikationen, Bagdad, 18.8.1983, S. 1, Nr. 700.

dennoch nicht dauerhaft sein können, da es zum Wesen der Diktatur gehört, alle Macht unter ihre Kontrolle zu bringen, zu halten und in keinem Bereich auf Macht zu verzichten. Wenn die Diktatur aus einem besonderen Grund auf einen Teil der Macht verzichtet hat, wird sie ihn zurücknehmen, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet. Dafür sind die bitteren Erfahrungen der Kurden im Irak während eines Vierteljahrhunderts der beste Beweis.

Ziehen wir auch die anderen Teile Kurdistans in Betracht. Das Prinzip der „Autonomie“ in jedem Teil Kurdistans, ist so, wie es an einen der fünf Staaten gekettet ist, stets abhängig von der Regierungsform des jeweiligen Staates. Daher sind die kurdischen „Autonomisten“ im Recht, wenn sie zugleich mit ihrer „Autonomie“ die „Demokratie“ für den jeweiligen Gesamtstaat fordern. Die kurdischen Befürworter der „Autonomie“ handeln im übrigen oft gegen ihre eigenen Prinzipien, wenn sie mit jenen antidemokratischen Zentralregierungen verhandeln, die die gesamte Macht an sich gerissen haben und sich darauf versteifen, Kurdistan gewaltsam zu regieren. Da „Autonomie“ und „Demokratie“ untrennbar miteinander verbunden sind, kann ein undemokratischer Staat niemals wirklich bereit sein, den Kurden das Recht auf „Autonomie“ zu gewähren, so daß in dieser Hinsicht jedes Gespräch mit einer dieser Regierungen zwecklos ist und Zeitverlust, Selbstbetrug bzw. Betrug an der bedauernswerten Bevölkerung Kurdistans bedeutet.

Kein Diktator wird durch Dialog und Schmeicheleien zum Demokraten. Also müssen die Befürworter der Autonomie zuerst eine Änderung der Regierungsform und dann Autonomie verlangen, anstatt - wie jetzt - von einem diktatorischen Regime zu fordern, den Kurden Autonomie zu gewähren und sich in ein demokratisches System zu verwandeln. Insofern sind die Slogans „Autonomie für Kurdistan“ und „Demokratie für Irak“ oder „Demokratie für Iran“ etc. nur sinnlose Sprüche. Wenn aber eines Tages in einem jener Staaten ein demokratisches System zustandekommt (und mit Demokratie meine ich eine Demokratie in der vollen Bedeutung des Wortes und nicht nur Sprüche auf Papier oder eine durch Tricks verfälschte „Demokratie“ unter Bezeichnungen wie „revolutionäre Demokratie“, „proletarische Demokratie“ oder „autoritäre Demokratie“ oder „Volksdemokratie“ etc.), dann erwarte ich mit aller Überzeugung, daß eines der ersten Rechte, die eine solche Regierung gewähren wird, die kurdische Autonomie sein wird, aber immer noch im Sinne eines Teils jenes Staates, und nicht im Sinne des Rechts einer kurdischen Nation als Besitzer eines Landes, eines eigenen Kurdistan.

Nun, wenn die kurdischen „Autonomisten“ mit dieser Lösung zufrieden sind und sie anstreben, müssen sie vor der Autonomieforderung damit beginnen, das Regierungssystem in ihrem jeweiligen Staat zu ändern und dann zusammen mit den anderen, nichtkurdischen demokratischen „Mitbürgern“, das Recht auf Autonomie für „ihren“ Teil Kurdistans verlangen: durch Unterschriftensammlungen, Volksabstimmungen, durch Parlamentsbeschluß und andere demokratische Methoden. Die zunächst zu erfolgende Änderung der Regierungsform wird womöglich nicht gewaltlos erreicht worden sein, und dann würden natürlich nicht nur die kurdischen Autonomisten allein zu den Waffen gegriffen haben, sondern zusammen mit den anderen Mitbürgern im Rahmen einer Volkserhebung.

Aber würden die nicht-kurdischen Mitbürger mitmachen? Bis jetzt haben die meisten Volksgruppen und demokratischen Kräfte der jeweiligen Länder sich nicht besonders für die Autonomie-Forderungen der Kurden interessiert, obwohl sie, wenn sie unter Druck geraten waren, in Kurdistan Zuflucht fanden, und die kurdischen Freiheitskämpfer sind für die Durchsetzung ihrer Forderungen auf sich gestellt. Seit einem Vierteljahrhundert kämpfen sie allein in den Bergen Kurdistans gegen die Armeen der Besatzer, die in all diesen Jahren danach trachteten, das Leben kurdischer Männer, Frauen und Kinder mit allen nur denkbaren Vernichtungswaffen auszulöschen, die Dörfer und Städte Kurdistans zu zerstören, die Bäume zu fällen und Hunderttausende von Kurden zu vertreiben, wie Ihr, die kurdischen Flüchtlinge in Schweden, es am besten wißt. Trotz dieser gewaltigen Opfer war das Ergebnis - wie wir alle wissen, wenn wir uns nicht selbst belügen - weniger als Null.

Es ist aber so, daß die „Autonomiefrage“ eine innere Angelegenheit ist und daß eine Änderung der Innenpolitik eines Staates der Zusammenarbeit und der Zustimmung der Mehrheit aller Einwohner dieses Staates bedarf. Nur durch einen Teil der Einwohner kann die Innenpolitik nicht auf Dauer geändert werden, besonders, wenn dieser Teil keine ausreichende Macht hat bzw. wenn es mächtige Gegner der Änderung in dem Staate gibt.

Daher haben es auch die kurdischen Peschmerga-Kämpfer trotz all ihrer Tapferkeit und all ihrer Opfer bis jetzt nicht schaffen können, Autonomie im wahrsten Sinne durchzusetzen und das irakische Regierungssystem in ihrem Sinne zu ändern. Die Rolle der Peschmerga-Kämpfer bestand nur darin, die Führung des diktatorischen Regimes des Irak zu verwirren und zu schwächen, so daß sie immer nur den inneren Rivalen der Führung des Regimes den Weg bereiteten, bei passender Gelegenheit durch einen Putsch deren Platz einzunehmen. Das Regime aber blieb dasselbe - wie der Esel derselbe bleibt, wenn ihm der Sattel gewechselt wird. So schwächte z. B. die kurdische Revolution von September 1961 bis zum Februar 1963 das Regime Kassem so sehr, daß ihn die Ba'athisten mit Leichtigkeit stürzen und seine Stelle einnehmen konnten. Der erneute Ausbruch der Revolution im Juni 1963 gegen die Ba'athisten führte dazu, daß die Ba'athisten so geschwächt wurden, daß ihr früherer Mitarbeiter und Putschkumpan Abdul-Salam Arif sie innerhalb eines Tages vernichtete und sich selbst zum „alleinigen Führer“ machte. Anschließend ebnete der kalte Krieg zwischen den Peschmerga und der Armee von Arif II. von 1966 - 1968 den Ba'athisten den Weg, um Arif II. 1968 zu stürzen und selbst noch einmal an die Macht zu kommen. Und so weiter...

Ebenso halten seit mehr als fünf Jahren im iranischen Kurdistan die kurdischen Peschmerga den Kopf hin, während Leute wie Schapur Bakhtiar, Bani Sadr, Masoud Rajawi und „Reza II.“, der Sohn des abgesetzten Schahs, sich darauf vorbereiten, die Macht zu übernehmen, von denen keiner die Kurden als „Volk“ anerkennt. Sogar Masoud Rajawi, Führer der „Volks-Mojahedin“, dessen aus Angst um ihr Leben geflüchtete Genossen in Kurdistan Asyl fanden und finden, bezeichnet die in Iran lebenden Kurden stets als „Einwohner“ bzw. als „kurdische Bevölkerung“ und nicht als „kurdisches Volk“ oder „kurdische Nation“ und spricht bei jeder Gelegenheit von der „Integrität der iranischen Erde“.

In Masoud Rajawis sog. „Selbstverwaltungsprogramm für Kurdistan“, das der sog. „Nationale Widerstandsrat“, an dem damals auch die Demokratische Partei Kurdistans im Iran beteiligt war, im September 1983 unterschrieben hat, ist die Rede von einer „Selbstverwaltung Kurdistans innerhalb der territorialen und nationalen Einheit des Iran“. Doch Rajawi gibt bereits heute offen zu, daß dieser Beschluß des „Nationalen Widerstandsrates“ ebenso wie dessen andere Beschlüsse nicht Bestandteil einer künftigen endgültigen Verfassung der Republik Iran werden soll, daß diese Verfassung vielmehr von einem „Nationalkonvent“ beschlossen werden wird, in dem höchstens ein oder zwei Kurden sitzen werden, so daß die Kurden schon jetzt den Gedanken an eine „Selbstverwaltung“ von Rajawis Gnaden begraben können.

Im gleichen Zusammenhang sagt Rajawi, die Grenzen des autonomen iranischen Kurdistan müßten aufgrund einer Volksbefragung festgelegt werden. Ähnliches steht in der Satzung von „Jaqad“⁶⁵ bzw. „Jawqad“. Ich wiederhole nochmals, daß eine Lösung des Problems durch Autonomie stets von der Demokratisierung der Staaten, die Kurdistan teilen, abhängt. Hier erhebt sich jedoch die Frage, ob die Gruppen kleinbürgerlicher Kurden bzw. arabischer, persischer und türkischer Oppositioneller, die sich heute mit dem Problemkreis „Demokratie und Autonomie“ beschäftigen, zur Demokratisierung dieser Staaten tatsächlich beitragen können oder wollen.

Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir weniger auf das übliche nichtssagende und prahlerische Gerede achten als auf das tatsächliche Verhalten der jeweiligen Kräfte auf der politischen Bühne Kurdistans. Diese Gruppierungen, die heute über keinerlei staatliche Macht, aber jeweils über einige Peschmerga verfügen, bekämpfen sich gegenseitig und hetzen die eigenen Anhänger und Peschmerga gegen die Anhänger und Peschmerga der anderen auf, nur weil diese anderen nicht in derselben Organisation und nicht der gleichen Meinung sind wie sie selbst. Tatsächlich wurden durch die internen Parteikämpfe der Kurden bis jetzt mehr Peschmerga und kurdische Parteigänger getötet als durch sämtliche brutalen Gewaltakte der Besetzer Kurdistans, kriegerische Auseinandersetzungen einmal

⁶⁵ Jawqad (Dschawqad) ist eine gemeinsame Front mehrerer irakischer Parteien und Organisationen, die am 12.11.1980 in Damaskus ins Leben gerufen wurde. "Jawqad" umfaßte PUK, die irakische KP, die Ba'ath-Partei (syrische Richtung), HSK und einige andere, kleine Gruppen. Anfang 1981 hat "Jawqad" die Mitgliedschaft der irakischen KP und des HSK suspendiert, weil "Jawqad" die Aufnahme der DPK ablehnte, wobei die beiden genannten Parteien mit DPK wiederum in der "Jud"- Front vereint waren.

ausgenommen. Wenn sich diese Parteien in ihrer jetzigen Situation derartig verhalten, ist es dann nicht schwer vorstellbar, daß sie, wenn sie in - wohl sehr ferner - Zukunft die Macht haben, plötzlich zu demokratischen und toleranten Menschen geworden sind? Ich weiß, diese Worte sind hart, aber leider richtig, wie die Araber zu sagen pflegen: „Wer die Wahrheit verschweigt, ist ein stummer Teufel.“ Dies ist nicht nur der Zustand der kurdischen Kleinbürger, sondern auch der Zustand jener Araber, Türken und Perser, die zur Opposition zählen und angeblich gemeinsam mit der kurdischen Opposition für „Demokratie“ und „Autonomie“ Kurdistan kämpfen. Demokratie und Autonomie sind daher unter diesen Umständen nicht zu erhoffen.

IX. Die Bedeutung der „Staatenlosigkeit“ für das kurdische Volk

Die Nichtexistenz eines eigenen Staates bedeutet für jedes Volk, daß es bestimmte Machtbefugnisse, die andere Völker besitzen, nicht hat. Da aber dieses Haben Besitz und Besitz wiederum Macht bedeutet, ist es offenkundig, daß ein Volk ohne Staat keinen Anteil hat am Besitz eines Machtapparates und dadurch keinen Anteil an den Befugnissen, die dieser Besitz dem Besitzer vermittelt. Da wiederum das Verfügen über Macht auch ein Zur-Verfügung-Stellen von Freiheit bedeutet, heißt Nichtverfügen über Macht: Mangel an Freiheit. Es ist klar, daß ein Volk, das keinen Staat hat, nicht jene Freiheiten besitzt, über die in Staaten organisierte Völker verfügen.

Also zählt ein Volk ohne Staat weniger als ein Volk, das einen Staat besitzt, und zwar hinsichtlich der allgemeinen Wertschätzung und hinsichtlich der realen Gegebenheiten. Ein Volk, das keinen Staat hat, kann die Möglichkeiten und Befugnisse nicht nutzen, die einem Volk mit Staat zur Verfügung stehen: Es kann das Territorium, das es bewohnt, nicht verteidigen, kann seine Sprache, seine Kultur und seine Bräuche nicht schützen. Außerdem kann es in Notfällen seine Stimme nicht offiziell vor internationalen Organisationen und Gremien erheben. Z. B. hat das kurdische Volk in den Staaten, innerhalb deren Grenzen es lebt, weniger Wert und weniger Rechte als die Araber, Türken und Perser, welche die Staaten Irak, Syrien, Türkei und Iran besitzen. In der Türkei wird die Existenz der Kurden nicht anerkannt. Sie werden als „Bergtürken“ bezeichnet. Im Irak und Syrien werden die Kurden als „Teil der arabischen Nation“ betrachtet und im Iran als „alter persischer Stamm“ oder als „muslimische Brüder“. Der Grund dafür, daß die Kurden nirgends als selbständiges Volk bezeichnet werden, besteht darin, daß die Kurden keinen Staat haben und die erwähnten Staaten keine kurdischen Staaten sind. Wenn es nicht so wäre, warum werden dann die Türken, Araber und Perser als Nationen angesehen, die Kurden aber nicht als selbständiges Volk bezeichnet, obwohl die Kurden mit den Türken, Arabern und Persern innerhalb der gleichen Grenzen leben? Das Gerede von der Brüderlichkeit zwischen Kurden und Arabern, Kurden und Türken und Kurden und Persern, das auf einige Besetzer Kurdistan und auf linksgerichtete Kreise zurückgeht, ist nur eine schamlose Lüge, um die Kurden zu betrügen. Wirklich freiheitsliebende Araber, Türken und Perser sollten daher lieber nicht ausrufen: „Es lebe die Brüderlichkeit der Kurden und Araber bzw. der Kurden und Türken oder der Kurden und Perser!“ Diese Brüderlichkeit existiert nicht und kann daher auch nicht „leben“. Denn Brüderlichkeit heißt Gleichheit, und diese gibt es unter den heutigen Verhältnissen nicht. Man sollte daher zunächst Gleichheit herstellen, die Basis der Brüderlichkeit, und dann rufen: „Sie lebe!“ Ein Etwas, was nicht existiert, kann auch nicht leben.

Die Nichtexistenz eines kurdischen Staates bedeutet, daß auch die Existenz der Kurden ganz elementar bedroht ist. Da nur ein Staat (mit seiner staatlichen Macht) in der heutigen Situation ein Land gegen Angreifer verteidigen und in der heutigen Welt eine Legitimation dafür schaffen kann, daß das Land der Besitz eines Volkes ist, bedeutet das Fehlen eines kurdischen Staates, daß dieses Land Kurdistan, das seit mehreren tausend Jahren die Heimat der kurdischen Nation ist, nicht als Besitz der Kurden anerkannt und bezeichnet wird, sondern als Besitz jener Staaten, die Kurdistan teilen und von denen keiner ein kurdischer Staat ist. Da also das Land Kurdistan nicht als Besitz der Kurden betrachtet wird, gibt es keine ersichtliche Garantie dafür, daß die Kurden in ihrem Heimatland leben und dort bleiben dürfen. Für die neuere Zeit sind in diesem Zusammenhang drei Projekte zu erwähnen:

- 1962 das Projekt „Arabischer Gürtel“ in Syrien, wobei begonnen wurde, die Kurden aus dem Gebiet, das an das irakische und türkische Kurdistan grenzt, auszusiedeln und deren Grundbesitz arabischen Siedlern zu überlassen.
- 1975 ein Projekt im Irak im Gefolge der Zerschlagung der Septemberrevolution, wobei die Kurden aus einem ca. 20 km breiten Streifen im Bereich der Grenzen zum iranischen und türkischen Kurdistan ausgesiedelt wurden, in anderen Ortschaften zwangsweise in Häuserreihen einquartiert wurden, die an Hühnerställe erinnerten oder gänzlich in den Südirak deportiert wurden.
- 1984 das Projekt der Regierung Turgut Özal in der Türkei, wobei aus einigen Dörfern des Hakkari-Gebietes nahe der Grenze zum irakischen Kurdistan die Bewohner gewaltsam vertrieben wurden.

Ähnliche Projekte hat es auch früher gegeben, z. B. die Deportierung der Hamawand-Kurden in türkische Gebiete in der osmanischen Zeit, die Deportierung von Kurden aus Nordkurdistan in die Westtürkei unter Atatürk, die Umsiedlung der Galbachi-Kurden in der Safawidenzeit, die Umsiedlung kurdischer Stämme unter Reza Schah usw. Gleichzeitig wurden in Nordkurdistan Türken angesiedelt unter Atatürk und faktisch bis heute; unter dem irakischen König Feisal I. wurden Araber in Hawedscha und Scharazur angesiedelt, von 1963 bis heute wurden vom Irak Araber in Kirkuk, Khanaqin, Schangar usw. angesiedelt, und unter Mohammed Reza Schah Perser in Sinneh, Kermanschah usw.

Dies alles muß die Kurden alarmieren und ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Staaten, die Kurdistan teilen, die Absicht haben, die Kurden zu vernichten.

Außerdem wird jedesmal, wenn die Kurden sich rühren oder wenn kurdischer Widerstand gegen Unterdrückung und Diskriminierung aufflammt oder wenn ein Aufschrei über die Ungerechtigkeit jener Staaten ertönt, das Problem als „innere Angelegenheit“ behandelt und beiseite geschoben, nur, weil die Kurden keinen eigenen Staat haben. Wenn sie einen Staat hätten und von einer fremden Macht angegriffen würden, hätten sie die Möglichkeit, ihre Angelegenheit auf internationaler Ebene zu vertreten und schließlich die fremden Truppen aus ihrem Land zu vertreiben. Zu diesem Zweck könnten sie ihr Problem in voller Freiheit den Vereinten Nationen vorlegen und mit jedem Staat ihrer Wahl Verträge schließen, um ihr Ziel zu erreichen. Eben deshalb versuchen die Besetzer Kurdistans ständig, die kurdische Frage als „innere Angelegenheit“ zu behandeln. Die KAJYK-Partei forderte am 13. Mai 1964, also vor 21 Jahren, als gerade der Krieg in Südkurdistan wieder begonnen hatte, in einem Memorandum an Barzani, man solle das Kurdenproblem nicht intern behandeln, sondern zu einem internationalen Problem entwickeln.⁶⁶ Das war damals die richtige Strategie und ist es noch heute.

X. Selbstbestimmung in Freiheit für die Freiheit

Der Wahlspruch „Selbstbestimmung in Freiheit für die Freiheit“ ist der Wahlspruch der Vertreter und Anhänger der Kurdischen Schule des Sozialismus. Vor einiger Zeit veröffentlichte der Azad-Verlag/Stockholm ein Büchlein von mir mit dem Titel: „Einige Leitsätze der Kurdischen Schule des Sozialismus“, in dem ich einen Teil der Grundvorstellungen dieser Schule erklärt habe, darunter die Begriffe Freiheit, Gleichheit, Macht, Strategie, Taktik, Eigentum, Fanatismus und Bewußtsein, Parteilichkeit und Wissenschaft, Unverbindlichkeit und Überzeugung usw. Es ist möglich, daß einige von Euch, die Ihr heute anwesend seid, das Büchlein gelesen habt. Für das heutige Seminar sind die Vorstellungen dieser Schule maßgebend, die sich mit dem Problem der Nation beschäftigen, also mit dem „Neteweyî-Gedanken“.

Vor einem Jahr habe ich hier in Stockholm ein Seminar gehalten zum Thema „Der kurdische Neteweyî-Gedanke und seine Differenzierungen gegenüber den nationalistischen Ideen des Orients und des Abendlandes.“ Da dieser Beitrag in diesem Jahr in Druck gegangen ist und jetzt veröffentlicht wird, könnt Ihr nun darauf zurückgreifen.

Außerdem habe ich im Jahre 1983 anlässlich des 40. Jahrestages des Erscheinens der Zeitschrift

⁶⁶ Siehe "Baina KAJYK wa-1 Barzani" (Zwischen KAJYK und Barzani) in der Reihe der KAJYK-Dokumentationen, herausgegeben (in arabischer Sprache) von den Anhängern der KAJYK in Europa, 1969, S. 17

„Nischtiman“ ein Kapitel meiner Arbeit dazu dem „kurdischen Neteweyî-Gedanken“ und dem Nationalismus gewidmet. Ich hoffe, daß auch diese Arbeit in diesem Jahr veröffentlicht werden kann.⁶⁷

Die Kurdische Schule des Sozialismus geht davon aus, daß jeder vernünftige Mensch (d. h. mit gesundem Menschenverstand) denkt und jedes denkende Lebewesen ein Mensch ist, „denken“ also eine spezifisch menschliche Tätigkeit und Eigenschaft ist. Das Denken eines vernünftigen Menschen drückt sich in Freiheit aus, jener anderen grundlegenden und naturgegebenen Eigenschaft jedes vernünftigen Menschen während seines ganzen Lebens. Freiheit als untrennbarer Teil des Menschen selbst kann nicht gekauft, verkauft, verschenkt oder vererbt werden. Da das „Menschsein“ des einzelnen unteilbar ist, kann selbstverständlich die Freiheit als spezifisch menschliche Eigenschaft, als Teil des Menschen an sich, auch nicht geteilt werden. So kann die Freiheit des Menschen nicht in größeren oder kleineren Mengen zu- oder aberkannt und abgestuft werden. Man kann nicht einem Menschen A mehr Freiheitsrechte zustehen als einem Menschen B. Wenn die Freiheit eine natürliche Eigenschaft des Menschen ist, kann es zwischen „vorhandener“ und „nicht-vorhandener“ Freiheit keine Übergänge geben, ebenso wie es zwischen „Leben“ und „Tod“, die beide natürliche Zustände des Menschen sind, keine Übergänge gibt. Man kann nicht sagen: „Rostam ist ein bißchen gestorben“ oder „Er lebt ein bißchen“, sondern entweder ist Rostam gestorben oder nicht gestorben. Ebenso muß man entweder sagen: „Rostam muß frei sein wie jeder andere Mensch“ oder „Er soll nicht frei sein“. Wenn man sagt: „Er soll nicht frei sein“, dann muß auch gesagt werden „wie jeder Nicht-Mensch“, weil der „Mangel an Freiheit“ die Wegnahme einer natürlichen menschlichen Eigenschaft bedeutet. Ohne diese Eigenschaft ist er vom wirklichen Menschsein getrennt.

Da die „Freiheit“ eine spezifische Eigenschaft des vernünftigen Menschen ist, ist nur jener Mensch vernünftig, der nicht gegen die Freiheit ist. Wenn die „Freiheit“ in einer Gesellschaft verwirklicht ist, wird sich das in Gleichheit ausdrücken. Also besteht die Gleichheit in der Anwendung der menschlichen Eigenschaft „Freiheit“. Die Gleichheit zwischen zwei Menschen kann man in Gleichheit an Macht ausdrücken, weil Gleichheit an Macht alle anderen Rechte einschließt.

Ob Menschen einzeln leben oder in Gruppen, wird an der Freiheit als natürlicher Eigenschaft nichts ändern, daher gilt die Gleichheit der Menschen untereinander nicht nur für einzelne, sondern auch für Gruppen.

Da aber jede Nation der Erde aus einer Gruppe von Menschen besteht, ist ersichtlich, daß diese großen Gruppen das Recht auf Gleichheit haben. Aus diesem Recht auf Gleichheit folgt, daß sie auch in der Machtausübung gleich sein müssen. Das bedeutet, daß keine Nation das Recht hat, Stufen und Grenzen der Freiheit einer anderen Nation zu bestimmen. Z. B. haben die Araber, Türken und Perser kein Recht, den Kurden zu sagen: „Ihr müßt mit einer Autonomie zufrieden sein, aber wir selbst müssen eigene unabhängige Nationalstaaten besitzen.“

Nationen, die freiwillig miteinander leben wollen, müssen gleichgestellt sein, also einander die gleiche Macht zugestehen. Mit anderen Worten: Entweder werden die Kurden wie die anderen einen unabhängigen Nationalstaat erhalten oder die anderen müssen ebenfalls mit einer „Autonomie“ oder einer anderen Regierungsform zufrieden sein, von der sie alle gleichermaßen betroffen sind. Wenn sie das nicht tun, folgt daraus, daß ein arabischer, türkischer oder persischer Mensch mehr Macht besitzt als ein kurdischer Mensch, also mehr Freiheit hat, obwohl - wie schon gesagt wurde - die Freiheit eine Eigenschaft jedes vernünftigen Menschen ist und nicht abgestuft werden kann.

Kein Feind der Freiheit zu sein, heißt nicht einfach nur, daß sich einzelne Menschen oder verschiedene Nationen gegenseitig die gleiche Freiheit gönnen. Kein Feind der Freiheit zu sein, verlangt auch, nicht Gegner der eigenen Freiheit zu sein. Wenn z. B. also eines Tages die Kurden das Selbstbestimmungsrecht erreicht haben, wird nach der Meinung der Kurdischen Schule des Sozialismus diese Selbstbestimmung nur dann eine Legitimation haben, wenn sie in Freiheit beschlossen wurde - ohne irgendwelche Angst oder irgendwelchen Betrug bzw. Täuschung.

⁶⁷ . Diese Arbeit ist unter folgendem Titel erschienen: "Die kurdische Zeitschrift 'Nischtiman' Juli 1943 - Mai 1944, Organ der kurdischen Jekaf-Partei (16.9. 1942 - 15.11.1945) und das Geistesgut des intellektuellen nationalistischen Kleinbürgertums in Kurdistan. Ein Beitrag zur Erforschung des Nationalismus im Vorderen Orient. Zum Anlaß des 40. Jahrestages des ersten Erscheinens der Zeitschrift. Publikation der Kurdischen Akademie für Wissenschaft und Kunst/ Stockholm, Azad-Verlag 1985, Stockholm.

Wenn die Kurden sich mit einem untertänigen Status innerhalb eines Regierungssystems zufrieden geben, bei dem ihre Macht geringer ist als die anderer Nationen, dann haben sie im Vergleich zu anderen Nationen auf einen Teil ihrer Freiheit verzichtet. Und wenn sie sich für ein Regime entscheiden, das prinzipiell gegen die Freiheit ist, z. B. ein diktatorisches, faschistisches, totalitäres oder autoritäres Regime, dann haben sie „gegen die Freiheit“ und nicht „für die Freiheit“ entschieden. **Einen solchen Beschluß könnten die Vertreter der Kurdischen Schule des Sozialismus nicht akzeptieren und müßten dagegen Widerstand leisten, selbst wenn die große Mehrheit der Kurden damit einverstanden wäre. Kein Mensch und keine Gruppe, auch keine Nation, hat die Freiheit, sich gegen die Freiheit zu stellen, gleichgültig, ob diese Freiheit die eigene ist oder nicht. Jede Entscheidung gegen die Freiheit widerspricht der Vernunft, und eine Entscheidung, die nicht auf Vernunft basiert, wird nicht dadurch legitim, daß sie zahlreiche Anhänger hat.**

Demzufolge muß jeder kurdische Staat und jede andere nationale Organisationsform der kurdischen Gesellschaft „in Freiheit“ und „für die Freiheit“ entstehen. „Der kurdische Staat“ an sich ist nicht das Ziel der Vertreter der Kurdischen Schule des Sozialismus, für sie ist vielmehr der Staat Ausgangspunkt und Grundlage der Freiheitsrechte der kurdischen Menschen zur Selbstbestimmung und zur Bestimmung ihrer Lebensumstände innerhalb der eigenen Gesellschaft.

Das heißt, wenn ein territorial unabhängiger Staat gegründet wird und das kurdische Volk in seinen Beschlüssen und deren Verwirklichung nicht frei ist, dann wird dieser Staat nicht als ein Staat der ganzen kurdischen Gesellschaft angesehen. **Da die Freiheit - wie bereits erwähnt - eine Eigenschaft jedes vernünftigen Menschen ist, darf ein Kurde nicht mit einem „bißchen Freiheit“ zufrieden sein. Freiheit für alle Kurden in Gleichheit, sowohl untereinander als auch in den Beziehungen nach außen, das ist unsere auf Vernunft basierende Forderung.**

Für die Kurdische Schule des Sozialismus besteht das Problem in der Freiheit der Entscheidung und der Verwirklichung dieser Freiheit seitens der kurdischen Gesellschaft und nicht darin, ob es eine Flagge, einen Präsidenten und ein Parlament Kurdistans gibt. Denn es gibt viele Staaten, die eine Flagge, einen Präsidenten und eine Armee besitzen, aber nicht frei sind in ihren Entscheidungen und in der Verwirklichung ihrer Bestimmung. Allein die Existenz eines Staates bedeutet nicht, daß jenes Volk, nach dem der Staat benannt wird, frei ist. Aber ein freies Volk braucht heute eine bestimmte Form politischer Institution, um seine Wünsche und Beschlüsse zu verwirklichen und sein Territorium und das Erreichte zu verteidigen. Diese Institution kann in einem unabhängigen Staat bestehen oder in einer Union mehrerer Staaten oder Völker auf der Basis der Selbstverwaltung. Wichtig ist nur, daß sie auf die Gleichberechtigung der Staaten oder Völker, die sich freiwillig zusammenschließen, gegründet ist.

Nur aus diesem Grunde reden die Vertreter der Kurdischen Schule des Sozialismus jetzt seit mehr als einem Vierteljahrhundert nicht von der „Unabhängigkeit Kurdistans“, sondern von der „Freiheit der Kurden und Kurdistans“, Freiheit, sich selbst zu führen, weil sie glauben, daß Freiheit mehr ist als Unabhängigkeit. Unabhängigkeit ist ein Teil der Freiheit und nicht die ganze Freiheit. Denn es ist nicht auszuschließen, daß ein Volk einen unabhängigen Staat oder mehrere unabhängige Staaten besitzt, aber in seinen Entscheidungen und deren Verwirklichung nicht frei ist. Daher lautete einer der beiden Grundsätze der KAJYK: „Kurdistan für die Kurden“ und nicht „Ein unabhängiges Kurdistan“. Gemeint war schon damals, daß die Kurden in Freiheit Kurdistan regieren können sollten, unbeeinflusst von nicht-kurdischer Autorität.

Nachdem wir nun das Problem des Selbstbestimmungsrechts in Freiheit für die Freiheit geklärt haben, müssen wir noch erörtern, wie diese Kurdische Schule des Sozialismus den Begriff der „Nation“ definiert. Wie bereits erwähnt, verbinden bürgerliche und marxistische Wissenschaftler das Problem der Existenz einer „Nation“ mehr oder weniger mit der Existenz eines Staates. Hierbei betrachten sie gemeinsame Wirtschaft, gemeinsame Sprache, gemeinsame Geschichte und gemeinsames Territorium als Voraussetzungen der Existenz einer Nation. Die Kurdische Schule des Sozialismus ist der Meinung, daß **das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals die wichtigste Grundlage für die Existenz einer Nation bildet.**

Natürlich entsteht das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals bzw. ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl nicht von alleine, sondern infolge einer langen und komplizierten Entwicklung. Aber wenn eine Gruppe von Menschen das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals hat, dann sind auch die anderen Voraussetzungen entstanden: die gemeinsame Sprache, das gemeinsame Territorium und der gemeinsame Staat.

Hierfür sind die Juden ein gutes Beispiel. Sie waren Tausende von Jahren von ihrer angestammten Heimat getrennt und lebten in verschiedenen Staaten, sprachen die Sprachen dieses und jenes Volkes und besaßen keine gemeinsame Geschichte - außer der ganz alten Überlieferung. Aber das Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals und das Aufeinander-Angewiesensein brachten sie dazu, ihre alte religiöse Sprache, das Hebräische, wieder zu beleben, zur Amtssprache zu erheben, in die alte Heimat zurückzukehren, die sie vor mehreren tausend Jahren verlassen hatten und einen ihnen gemeinsamen Staat zu gründen.

Ein anderes Beispiel sind die indischen Moslems, die ein Teil Indiens waren. Aber da ihre Religion anders war, wurden sie sich ihres gemeinsamen Schicksals bewußt, schafften sie es, die Urdu-Sprache in arabischer Schrift wieder zu beleben und zur Nationalsprache zu machen und gründeten in der Folge einen unabhängigen Staat mit dem Namen Pakistan.